



Plenarprotokoll

27. Sitzung

Freitag, 23. März 2018

Generationengerechtigkeit leben - Schulden Tilgungsplan entwickeln ...	1842
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/591	
Ole-Christopher Plambeck [CDU]	1842
Beate Raudies [SPD].....	1843
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1845
Annabell Krämer [FDP].....	1846
Jörg Nobis [AfD].....	1847
Lars Harms [SSW].....	1848
Monika Heinold, Finanzministerin	1849
Beschluss: Annahme.....	1851

Kirchen auf Eiderstedt retten	1851
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/568	
Lars Harms [SSW].....	1851
Anette Röttger [CDU].....	1852
Martin Habersaat [SPD].....	1853
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	1854
Anita Klahn [FDP].....	1855
Jörg Nobis [AfD].....	1857
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur	1858

Beschluss: Überweisung federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	1859	Volker Schnurrbusch [AfD].....	1882
		Lars Harms [SSW].....	1883, 1891
		Sandra Redmann [SPD].....	1884, 1890
		Kai Vogel [SPD].....	1887
		Lukas Kilian [CDU].....	1888
		Christopher Vogt [FDP].....	1892
Mündlicher Bericht der Landesregierung zur Ausweitung des HVV ..	1860	Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 19/623 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	1894
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/580			
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	1860	Bewerbung immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe „deutsch-dänisches Grenzland“ unterstützen	1894
Kai Vogel [SPD].....	1863		
Hans-Jörn Arp [CDU].....	1865	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/569 (neu)	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1867		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	1868	Beschluss: Annahme.....	1894
Jörg Nobis [AfD].....	1869		
Flemming Meyer [SSW].....	1870	Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein	1894
Heiner Rickers [CDU].....	1871		
Beschluss: Wir bleiben nach wie vor beim „Sie“ im Hohen Hause. - Gibt es weitere Abgeordnete aus dem Kreis Steinburg, die etwas sagen möchten? - Das ist nicht der Fall. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.....	1872	Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes	1894
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 19/580 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	1872	Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen	1894
		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/473	
Bericht zum Planfeststellungsbeschluss zur Festen Fehmarnbelt-Querung	1872	Beschluss: Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Punkt sollen zu Protokoll gegeben werden.....	1894
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/623		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	1894
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	1872, 1886	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	1894
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1874, 1885		
Hans-Jörn Arp [CDU].....	1876		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1879, 1890	Drucksache 19/602	
Kay Richert [FDP].....	1881		

Beschluss: Annahme..... 1895

* * * *

Reden zu Protokoll

Bewerbung immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe „deutsch-dänisches Grenzland“ unterstützen

1896

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/569 (neu)

Peter Lehnert [CDU]..... 1896

Dr. Heiner Dunckel [SPD]..... 1896

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1897

Kay Richert [FDP]..... 1898

Volker Schnurrbusch [AfD]..... 1899

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1900

Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein 1901

Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes 1901

Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen 1901

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/473

Barbara Ostmeier [CDU]..... 1901

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1902

Jan Marcus Rossa [FDP]..... 1903

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zum heutigen Sitzungstag und eröffne die Sitzung. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, habe ich einige Mitteilungen zu machen: Erkrankt sind aus der CDU-Fraktion die Kollegin Barbara Ostmeier und der Kollege Claus Christian Clausen, aus der SPD-Fraktion die Abgeordnete Birte Pauls und aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Ines Strehlau. Ihnen allen wünschen wir gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist die Kollegin Regina Poersch aus der SPD-Fraktion. Wegen auswärtiger Verpflichtungen - das sieht mir sehr stark nach einer Sitzung des Bundesrats aus - sind von der Landesregierung Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, Minister Dr. Garg und Minister Dr. Habeck beurlaubt.

Wir haben noch einen Nachtrag bei den Krankmeldungen. Auch der Kollege Fehrs aus der CDU-Fraktion ist erkrankt. Auch ihm wünschen wir natürlich gute Besserung.

(Beifall)

Bevor wir in den ersten Tagesordnungspunkt einsteigen, haben uns die Parlamentarischen Geschäftsführer mitgeteilt, dass der Tagesordnungspunkt 10, Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes, vertagt wird und heute hier im Plenum nicht mehr behandelt werden soll.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Generationengerechtigkeit leben - Schuldentilgungsplan entwickeln

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/591

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Ole Plambeck für die CDU-Fraktion.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Guten Morgen! - Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahrzehnten hat sich unser Bundesland leider immer weiter verschuldet. So sind die Kapitalmarktschulden von 10,3 Milliar-

den € im Jahr 1990 auf heute rund 26,4 Milliarden € angestiegen. Im Jahr 2012 hat die Verschuldung mit mehr als 27,5 Milliarden € sogar ihren bisherigen Höhepunkt erreicht.

Vor allem dank der guten Konjunktur und der historisch niedrigen Zinsen, aber auch mit Hilfe verschiedener Konsolidierungsmaßnahmen konnte das Land in den vergangenen Jahren einen anderen Weg einschlagen und erstmals seit einem halben Jahrhundert einen Beitrag zum Abbau der Schulden leisten. In der nächsten Landtagstagung, also in der April-Tagung dieses Plenums, werden wir zu unser aller Bedauern über einen Nachtragshaushalt beraten, der die Schulden des Landes - entgegen der positiven Entwicklung - um weitere 2,95 Milliarden € aufgrund der HSH-Nordbank ansteigen lässt. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein steigt damit erstmals auf über 10.000 €.

Doch das sind nur die Kapitalmarktschulden. Hinzu kommen Versorgungsverpflichtungen gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ein Sanierungsstau bei Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäusern und Hochschulen. Das alles zusammengerechnet sind bereits rund 70 Milliarden € allein für unser Land.

Diese Verschuldung wurde in den letzten Jahrzehnten sehenden Auges aufgebaut. Unsere Großeltern, unsere Eltern, aber auch wir haben davon profitiert. Jetzt liegt es an uns, dass nicht allein unsere Kinder und Kindeskinde dafür zahlen müssen. Wir müssen die Herausforderungen annehmen und jetzt den Grundstein dafür legen, dass dieser Schuldenberg in Zukunft Stück für Stück abgebaut werden kann.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger, und das erwarten sie zu Recht. Trotz der neuen Schulden durch die HSH Nordbank, insgesamt werden es ja mindestens 5,4 Milliarden € sein, haben wir schon in dieser Legislaturperiode einige vernünftige und richtige Schritte gemacht, um dem Schuldenberg Herr zu werden.

Bereits im Haushalt 2018 haben wir insgesamt über 1 Milliarde € für Investitionen vorgesehen, die wichtig für die Zukunft unseres Landes sind. Dies trägt maßgeblich zum zügigen Abbau des Sanierungsstaus bei. Außerdem werden wir dem Versorgungsfonds des Landes ab diesem Jahr Mittel zuführen, um die Versorgung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ruhestand sicherzustellen.

(Ole-Christopher Plambeck)

Mit diesen genannten Maßnahmen richten wir den Blick auf die verdeckte Verschuldung. Es bleiben noch die Kapitalmarktschulden. Diese sind mit bald über 30 Milliarden € so hoch, dass keiner von uns sich so richtig vorstellen kann, wie viel Geld das eigentlich ist. Es ist mehr als doppelt so viel wie ein kompletter Landeshaushalt. Natürlich könnte man sich fragen: Warum friert man diesen Betrag nicht einfach ein und lässt ihn stehen? - Wenn da nicht die Zinsen wären.

Aktuell haben wir Glück. Wir leben in einer Niedrigzinsphase, sogar in einer historischen Niedrigzinsphase. So konnten die jährlichen Zinsausgaben aufgrund der günstigen Marktentwicklungen von 2010 bis heute um knapp 440 Millionen € gesenkt werden. Das ist Geld, welches wieder zur politischen Gestaltung zur Verfügung steht. Und nicht nur das: Durch die hervorragende Arbeit der Abteilung für Kredit- und Zinsmanagement im Finanzministerium sichern wir uns die günstigen Zinsen für die nächsten Jahre mit Zinssicherungsgeschäften über Optionen und Swaps. Frau Heindorf, einen herzlichen Dank an dieser Stelle an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier wirklich einen guten Job machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Trotzdem müssen wir damit rechnen, dass es auf dem Zinsmarkt über kurz oder lang eine Trendwende geben wird. Erste Anzeichen sind schon auf dem Markt zu beobachten. Eine durchschnittliche Steigerung des Zinssatzes um nur einen Prozentpunkt würde für das Land Mehrausgaben in Höhe von über 270 Millionen € verursachen. 270 Millionen; das entspricht unserem kompletten Kommunalpaket. Es ist vor allem Geld, welches nicht mehr zur politischen Gestaltung zur Verfügung steht, zum Beispiel für Kitas oder Schulen. Daher ist es extrem wichtig, dass wir neben Zinssicherungen vor allem eines tun, nämlich die Bemessungsgrundlage für die Zinsen zu senken, und zwar durch eine regel- und vor allem planmäßige Tilgung der Schulden, denn bisher wurde eher zufällig nach Kassenlage getilgt.

(Jörg Nobis [AfD]: Wo wollen Sie das Geld sparen?)

Die Tatsache, dass uns unsere Verfassung verbietet, ab 2020 neue Schulden zu machen, ist richtig, aber das reicht allein dafür nicht aus. Um mittelfristig zu einer planbaren Tilgung zu gelangen, bedarf es der Entwicklung eines konkreten Zeit- und Maßnahmenplans. Diesen wollen wir jetzt anpacken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Jeder Euro, den wir heute nicht ausgeben, sondern für die Schuldentilgung verwenden, wird unseren Kindern und Kindeskindern in Zukunft zur politischen Gestaltung zur Verfügung stehen. Das gilt umso mehr aufgrund des Zinseszins-effekts. Wir dürfen nicht nur von Generationengerechtigkeit reden, sondern wir müssen Generationengerechtigkeit leben, und dazu zählt neben dem Abbau der versteckten Schulden und anderen Dingen eben auch der Abbau der Altschulden.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, einen Zeit- und Maßnahmenplan zu entwickeln, damit wir die Schulden endlich tilgen können, und das mit einem System. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir zur nächsten Rednerin kommen, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Oldenburg in Holstein. - Herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich reden wir heute über Selbstverständlichkeiten.

(Lachen CDU)

Schon nach § 9 Absätze 1 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten, also auch Kreditaufnahme und Zinsausgaben, darzustellen. Ich sage ja: Selbstverständlichkeiten. Das bedeutet das nämlich. Aber alle, die diesem Hause schon länger angehören - dazu zähle ich mich nicht -, wissen, dass es beileibe keine Selbstverständlichkeit ist.

Nachdem die Gesamtverschuldung im Jahr 2012 ihren höchsten Stand erreicht hatte - Herr Kollege

(Beate Raudies)

Plambeck hat darauf hingewiesen -, lag sie Ende des Jahres 2017 bei knapp 26 Milliarden € und damit mehr als 1 Milliarde € unter diesem Höchststand. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden bereits eingehalten, der Abbau des strukturellen Defizits gelingt wohl drei Jahre früher als erforderlich.

Ich möchte daher nicht versäumen, meine Damen und Herren, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es die Arbeit der Küstenkoalition gewesen ist, die die heutige Regierung überhaupt erst in die Lage versetzt hat, konkret über den Tilgungsplan nachzudenken.

(Lachen CDU - Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Trotz hoher, unvorhergesehener Mehrausgaben - -

(Unruhe)

- Herr Präsident.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ihr Hinweis ist sehr wohl gerechtfertigt. Ich möchte Sie bitten, den Ausführungen der Rednerin zu folgen und Zwischenrufe wieder in das übliche Maß zu bringen. Das gilt besonders auch für die erste Reihe in der CDU-Fraktion.

(Beifall SPD)

Beate Raudies [SPD]:

Trotz hoher unvorhergesehener Mehrausgaben konnten in der vergangenen Legislatur die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten werden. In den Jahren 2013, 2015, 2016 und 2017 konnte sogar ein Haushaltsüberschuss erzielt und gleichzeitig dem Sondervermögen IMPULS 2013 Mittel zugeführt werden, um ab 2016 mit dem Abbau des Sanierungsstaus zu beginnen. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann fragen Sie einmal Ihre Finanzministerin; die kann Ihnen das auch erzählen.

Die Idee, einen Tilgungsplan zu entwickeln, ist also nicht neu und schon gar keine Erfindung von Jamaika. Denn bereits im Jahre 2014 hat der Landtag beschlossen, dass im Anschluss an den Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits die Tilgung der aufgelaufenen Altschulden erfolgen soll. Das war 2014. Den Beschluss dazu haben wir übrigens einstimmig gefasst. Ich nenne den Kollegen gerne noch die Drucksachenummer. Dabei haben wir das Ziel bekräftigt, die Altschulden vollständig zu tilgen sowie zum Schuldenabbau einen Tilgungsplan zu erstellen.

Allerdings hatten wir dabei auf Hilfe des Bundes bei der Altschuldentilgung gehofft. Diese Hoffnung hat sich leider zerschlagen.

(Zurufe CDU und FDP: Ah!)

Aber wenn Sie das noch einmal nachlesen, Herr Vogt, dann werden Sie sehen: Nach dem Abbau des strukturellen Defizits ist mit der Tilgung der Altschulden zu beginnen. Das steht in der Drucksache 18/1807; das können Sie gern noch einmal nachlesen.

Es würde also eigentlich reichen, diesen Beschluss zu bekräftigen. Aber Jamaika möchte mit dem heutigen Antrag wohl Tatkraft demonstrieren - das kann ja auch nicht schaden - und hat den damaligen Beschluss konkretisiert um den Hinweis auf einen Zeit- und Maßnahmenplan. Spannend wäre es nun zu hören, welche Maßnahmen und vor allem welchen Zeitraum sich die Koalitionäre vorstellen. Das aber bleibt heute im Ungewissen. In einem Jahr soll die Landesregierung uns eine entsprechende Beratungsgrundlage vorlegen. Nicht nur ich bin schon sehr gespannt.

Der Schuldenstand des Landes ist hoch - der Kollege Plambeck hat dies lang und breit dargestellt -; da müssen wir nicht drum herumreden. Durch die Schuldenübernahme der HSH Nordbank kommen in diesem Jahr weitere fast 3 Milliarden € hinzu. Dagegen wirken die Tilgungsleistungen, die die Küstenkoalition in den letzten Jahren erwirtschaften konnte, wie die berühmten Peanuts.

Unbestreitbar braucht es also einen Plan. Dabei haben Sie uns an Ihrer Seite, denn auch im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen gibt es keine Alternative. Der Schuldenstand des Landes muss mittelfristig deutlich sinken. Warten wir also auf die Beratungsgrundlage. Ich lege den Antrag dann mal auf Wiedervorlage für April 2019.

Aber auch der schönste Plan - das möchte ich hier dann doch noch zu bedenken geben - ist nur so gut wie seine Umsetzung; denn die reale Tilgung wird am Ende abhängig sein von der Höhe der tatsächlichen Steuereinnahmen, der Zinsentwicklung und insbesondere von der Entscheidung dieses Hauses, inwiefern mögliche Haushaltsüberschüsse für Infrastruktur, Sondervermögen oder die Beamtenversorgung verwendet werden sollen.

Meine Damen und Herren, Grundsätzliches kann man gegen Ihren Antrag nicht einwenden. Deswegen stimmen wir ihm auch gern zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ein Staat kann seine Ausgaben vornehmlich durch zwei Maßnahmen finanzieren, und das sind auf der einen Seite Steuern und auf der anderen Seite Schulden. Wenn wir uns die Haushalte der Länder und des Bundes anschauen, dann sieht man sehr deutlich, für welchen der beiden Wege man sich in der Vergangenheit entschieden hat.

Ich bin gerade hier vorne an der Schuldenuhr vorbeigegangen, die damals vom Bund der Steuerzahler gemeinsam mit Monika Heinold angebracht worden ist. Wenn man sich die Zahl von 26 Milliarden €, die jetzt darauf steht und die in naher Zukunft noch weiter erhöht werden wird, anschaut, dann kommt man nicht umhin, auch einen Generationenkonflikt anzusprechen. Es geht um die Generation vieler, die hier im Haus sind, und um deren Eltern, die über die Verhältnisse meiner Generation gelebt haben. Wenn wir über Verhältnisse reden, dann kommen wir auch nicht umhin, über die HSH Nordbank zu sprechen, über die wir in der kommenden Plenardebatte noch eingehend debattieren werden. Aber auch dadurch wird sich der Schuldenstand aller Voraussicht nach auf mehr als 30 Milliarden € erhöhen.

Deswegen ist es Zeit, mit einem Zeit- und Maßnahmenplan eine gewisse Struktur in die Tilgung zu bringen, um Schuldentilgung nicht immer wieder in jedem Haushaltsjahr politisch neu aushandeln zu müssen oder um zumindest eine Richtschnur zu haben, an der sich diese Verhandlungen ausrichten sollen. Das bedeutet für uns allerdings nicht, dass es zwangsläufig eine Schuldenbremse hoch zwei werden soll; denn die Gestaltungsmöglichkeiten in der Gegenwart sind auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Wir können es uns nicht so einfach machen, jedes Jahr eine Summe zu definieren, indem man einfach sagt, diese Summe X muss jedes Jahr getilgt werden, damit wir zum Zeitpunkt Y frei von Schulden sein werden. Wir müssen vielmehr über Mechanismen diskutieren, um die unterschiedlichen Faktoren zu bedienen; denn es gibt viele Effekte, die die Schuldentilgung beeinflussen können. Unter anderem wäre da selbstverständlich die Konjunktur zu

nennen. Aber auch die Inflation spielt dabei eine wichtige Rolle und allem voran natürlich auch der Zinssatz. Gerade mit Blick auf den Zinssatz dürfen wir nicht müde werden, lange Diskussionen zu führen.

Wir müssen weiterhin auch über Kooperationsmöglichkeiten mit dem Bund und den Kommunen nachdenken und darüber diskutieren, wie wir die Zinsen optimieren können. Denn es kann immer wieder sinnvoll sein, den Zinssatz durch gemeinsame Betrachtungen zu senken; das sorgt für eine Entlastung vor Ort und direkt in Bezug auf die Gegenwart.

Ein Zeit- und Maßnahmenplan ist letzten Endes eine Art Instrument zur Tilgungsdisziplin. Das ist eine Disziplin, die in der Vergangenheit nicht immer funktioniert hat, in den letzten fünf Jahren hat sie allerdings funktioniert. Es wurden Schulden getilgt, aber das war nicht immer der Fall.

Wenn wir über diese Tilgungsdisziplin und über diesen Mechanismus nachdenken, dann müssen wir bitte auch weiter als von der Tapete bis zur Wand denken, und wir müssen auch Vergleiche mit schwäbischen Hausfrauen auslassen. Denn es ist meiner Meinung nach zutiefst unseriös, wie diese Debatte häufig öffentlich geführt wird. Ein privater Haushalt ist eben doch etwas anderes als ein Staatshaushalt.

Und: Sparen ist kein Selbstzweck. Ich habe dies mehrfach gesagt und betone das immer wieder gern. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, ob wir in der Gegenwart die Möglichkeit haben, zu gestalten oder ob wir einfach nur sparen und dafür die Infrastruktur, die Schulen und alles andere hops gegen lassen. Davon hat meine Generation nichts und die Generation nach mir noch viel weniger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christopher Vogt [FDP])

Insofern müssen wir auch hier schauen, wie sich der Mechanismus orientiert an Investitionsquoten, an Konjunkturlagen, an gerade stattfindenden oder eben nicht stattfindenden Wirtschaftskrisen.

All diese Variablen müssen Berücksichtigung finden. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir in der Erstellung dieses Konzeptes auch eine Befassung im Finanzausschuss haben, wo wir die Möglichkeit zur Anhörung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben, die einen Blick auf diesen Tilgungsplan werfen und ihre Expertise einbringen können. Ich habe eingangs gesagt, der Staat kann

(Lasse Petersdotter)

sich hauptsächlich über Steuern und Schulden finanzieren. Eine Schuldentilgung funktioniert nicht immer nur über die Ausgabeseite. Sparen ist die ungerechteste Form des Schuldentilgens. Wir werden vielleicht nicht in diesem Maßnahme- und Zeitplan über die Ausgabeseite sprechen können, weil es landespolitisch kaum greifbar ist. Aber wir werden gesellschaftlich weiterhin Debatten über Steuern führen müssen, über die Frage wer besteuert und wie stark besteuert wird, ob die Lasten alle gerecht verteilt sind. Wir haben im Koalitionsvertrag einige Sätze dazu, Stichwort: Share Deals, die längst nicht alles finanzieren, Stichwort: Besteuerung von internationalen Unternehmen oder auch die Anzeigepflicht von Steuergestaltungsmodellen.

Auf die Ausgabeseite allein zu schauen, reicht als Gesellschaft nicht. Aber der Zeit- und Maßnahmenplan wird eine Möglichkeit geben, sich strukturiert und diszipliniert dem Thema der Schulden zu widmen und vor allen Dingen nicht nur von der Tapete bis zur Wand zu denken, sondern kommende Generationen im Mechanismus zu berücksichtigen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Schleswig-Holstein war lange Haushaltsnotlage-land, und trotzdem - oder gerade deshalb - hat es die Schuldenbremse bereits im Jahr 2010 - als erstes Bundesland überhaupt - hier in die Landesverfassung geschafft. Eine ausgesprochen robuste Konjunktur und historische Niedrigzinsen ermöglichen uns bereits seit einigen Jahren Nettotilgungen. Das hat den Landtag schon im Jahr 2014 dazu bewogen - interfraktionell -, eine Tilgung der aufgelaufenen Altschulden ins Auge zu fassen und eine entsprechende Lösung einzufordern. Sowohl die Verankerung der Schuldenbremse als auch die Formulierung des Tilgungsziels sind fraktionsübergreifend zustande gekommen. Nun jedoch, weitere vier Jahre später, ist es unserer Meinung nach an der Zeit, an konkreten Regelungen zu arbeiten, wie ein stetiger und planvoller Schuldenabbau verbindlich festgeschrieben werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie notwendig eine rechtlich verbindliche Regelung ist,

lässt sich bereits an folgender Tatsache ablesen: In diesem Jahr werden die Zinsausgaben rund eine halbe Milliarde Euro betragen. Schon das ist eine gewaltige Summe, die unseren politischen Handlungsspielraum immens einschränkt. Doch wenn wir uns überlegen, dass das nur die Hälfte dessen ist, was wir noch im Jahr 2010 an Zinsen ausgeben mussten und das bei einem nahezu identischen Schuldenstand von aktuell 26 Milliarden €, dann ist das ein erheblicher Unterschied. Wenn wir jetzt noch überlegen, dass wir 2010 für das heutige Jahr 2018 von einer Zinslast für dieses Haushaltsjahr von 1,5 Milliarden € ausgegangen sind, also 1 Milliarde € mehr, als wir in diesem historisch niedrigen Zinsumfeld zu zahlen haben, wird uns dieser Handlungszwang erst recht bewusst, den wir jetzt haben.

Gerade vor diesem Hintergrund müssen wir uns einmal vor Augen führen, was unser Haushaltsüberschuss 2017 eigentlich bedeutet. Diesen haben wir den historisch niedrigen Marktzinsen zu verdanken. Wären die Zinsprognosen von 2010 auch nur annähernd eingetroffen, hätten wir in diesem Jahr und auch in den Vorjahren ein Haushaltsdefizit gehabt. Die Zinswende wird kommen. Das wissen wir alle, auch wenn wir heute noch nicht wissen, wann es so weit sein wird. Die gebeutelten Sparer sehnen diesen Zeitpunkt mit Recht herbei, denn ihre Einlagen schmelzen unter den aktuellen negativen Realzinsen Jahr für Jahr dahin. Aber wir Finanzpolitiker müssen diesen Zeitpunkt verdammt noch einmal fürchten und die öffentlichen Haushalte deshalb jetzt für steigende Zinsausgaben wappnen.

Das ist für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir müssen die Haushaltsrisiken bändigen und dürfen nicht zulassen, dass uns die Zinslasten jene Investitionsmittel entziehen, die wir brauchen, um unsere Infrastruktur funktionsfähig zu halten. Da bin ich auch beim Kollegen Petersdotter. Wir wollen unsere Investitionsquote aufrechterhalten. Das ist ein elementares Ziel von Jamaika. Wir wollen dauerhaft über 1 Milliarde € investieren. Dann müssen wir gerade jetzt dafür Vorsorge schaffen, dass uns in späteren Jahren die Luft zum Atmen bleibt.

Wir bändigen die Haushaltsrisiken aktuell zwar kurzfristig, indem wir uns - Frau Heinold sei Dank - eines hervorragenden Zinsmanagements, auch mit der Absicherung von Derivaten, bedienen. Doch langfristig, meine Damen und Herren, hilft hier nur ein konsequentes Abtragen unseres Schuldenberges.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Annabell Krämer)

Dieser Schuldenberg wächst durch die unvermeidliche Übernahme der HSH-Altlasten um mindestens 5,5 Milliarden € auf die unfassbare Summe von über 30 Milliarden € an. Das ist unglaublich bitter und eine schwere Hypothek für die Zukunft, mit der wir jetzt umgehen müssen. Das HSH-Debakel muss für uns Ansporn sein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die zukünftigen Belastungen zu begrenzen. Die Politik - Sie wissen es alle - steht tief in der Schuld zukünftiger Generationen. Das müssen wir uns bei all unserem Handeln immer wieder vor Augen führen.

Der vorliegende Antrag ist somit eine erste Antwort dieser Koalition auf die schwere Entscheidung, die wir in der nächsten Tagung zu treffen haben. Wir fegen den Scherbenhaufen zusammen und suchen den richtigen Umgang mit den finanziellen Folgen schwerer Fehlentscheidungen früherer Jahre.

Ein stetiger planvoller und verbindlicher Schuldenabbau ist unser Ziel. Zwar sind auch in den letzten Jahren schon Nettotilgungen vorgenommen worden, doch wenn wir ehrlich sind, hingen diese Tilgungen vor allem mit konjunkturellen Mehreinnahmen zusammen. Nettotilgungen werden durch das Haushaltsgesetz begünstigt, indem etwaige Haushaltsüberschüsse am Jahresende ausschließlich für Tilgungen oder für Zuführungen zu Sondervermögen verwendet werden dürfen. Diese Regel ist sinnvoll und trägt einer generationenübergreifenden Haushaltspolitik Rechnung. Doch wenn wir unser strategisches Ziel der Schuldentilgung ernst nehmen wollen, dürfen wir uns nicht auf konjunkturelle Sondereffekte verlassen. Wir wollen und müssen auch strukturell tilgen, und zwar nach einem mit unserem Zinsmanagement abgestimmten Plan, der dem Landeshaushalt aber auch weiterhin konjunkturelles Atmen ermöglichen muss.

Ich freue mich auf die Diskussion im Finanzausschuss und die Vorschläge aus der Finanzwissenschaft und hoffe somit auf breite Unterstützung hier im Haus. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Freunde der sprichwörtli-

chen schwäbischen Hausfrau! Ich Sorge mich um die geistig-seelische Verfasstheit der Regierungskoalition. Mit Verlaub: Ihr Antrag ist ein Fall akuter Schizophrenie.

(Zurufe CDU)

Er gehört eigentlich auf die Couch zum Psychiater und nicht in dieses Hohe Haus.

(Zurufe CDU: Hey! Hey!)

Ich zitiere:

„Wir werden ... einen Tilgungsplan für die vorhandenen Altschulden des Landes erarbeiten, mit dem wir ab 2021 zu planbaren Tilgungen gelangen.“

- stammt - Herr Koch, Sie schauen. Das aus dem Koalitionsvertrag.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Einmal mehr scheint es so, als müssten die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auffordern, den Koalitionsvertrag und auch das Regierungsprogramm umzusetzen.

(Tobias Koch [CDU]: Oh! - Zurufe CDU und FDP)

Jamaika führt Selbstgespräche mit Jamaika.

(Zurufe CDU)

Das könnte man noch als Schrulligkeit abtun. Vielleicht gehört es auch einfach zum großen politischen Spiel dazu. Wenn Sie nun aber, genau einen Monat, nachdem Sie den Haushalt verabschiedet haben, genau einen Monat, nachdem Sie die Möglichkeit gehabt hätten, erste Weichen zu stellen, wenn Sie nun also einen Monat nach der finalen Haushaltsdebatte hier in diesem Haus mit einem Antrag um die Ecke kommen, der so klingt wie Auszüge aus meiner damaligen Rede,

(Lachen CDU und FDP)

fange ich ernsthaft an, mir Sorgen zu machen. Sie reden jetzt von Generationengerechtigkeit.

(Lukas Kilian [CDU]: Kommt Ihr Antrag noch vor dem Wochenende?!)

Schuldenabbau und Investitionen stehen oft in einem Zielkonflikt, schließen sich aber nicht aus. Die bisherigen Regelungen zu IMPULS 2030 boten aus unserer Sicht einen guten Kompromiss: Bereitstellung von Mitteln in einer ordentlichen, aber begrenzten Höhe, die sowohl eine Auflösung des Investitionsstaus im Land sicherstellt als auch den Fokus auf den so wichtigen Schuldenabbau legt.

(Jörg Nobis)

Wenn Ihnen diese Worte bekannt vorkommen - das dürfen sie, weil ich exakt diese Worte vor einem Monat gewählt habe.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Was ist seitdem neu? Ich sage es Ihnen, meine Damen und Herren. Der Landesregierung ist aufgegangen, dass sie jetzt 2,95 Milliarden € neue Schulden aus dem HSH-Nordbank-Desaster übernehmen muss beziehungsweise dies jetzt für sinnvoll erachtet. Wir werden im April darüber reden. Vor einem Monat feierte sich Jamaika - Kabinett und Fraktionen - freudetrunken selbst für ihr Eigenprädikat Gesamtkunstwerk Haushalt 2018. Ihr Haushalt ist tiefrot, und das scheint Ihnen langsam, aber sicher bewusst zu werden.

Was ist noch neu? Nun, nicht viel. Seit letztem Jahr liegt ungenutzte Liquidität in Größenordnungen in Sondervermögen, dass Dagobert Duck seine wahre Freude daran hätte. Der Geldspeicher IMPULS 2030 ist prall gefüllt.

Zum 28. Februar dieses Jahres verzeichnete alleine das Sondervermögen IMPULS 2030 einen Kontostand von über 743 Millionen €. Etwas bescheidener, aber immer noch finanzstark geht es auch mit MOIN.SH und REFUGIUM weiter. Sie lassen Geld brachliegen und fabulieren nun davon, dass die - ich zitiere - „planvolle Tilgung der Schulden“ für Sie Generationengerechtigkeit sei. Ich brauche keinen Wissenschaftler beziehungsweise keine wissenschaftliche Beratung, um zu wissen, wie ich Schulden tilge.

Erst führen Sie hier über Drucksachen Selbstgespräche, dann wieder scheinen Sie ein völlig anderes Selbst herausgekrant zu haben. Jedenfalls scheint Jamaika Ende März 2018 nichts mehr mit Jamaika vom Februar 2018 zu tun zu haben.

Meine Damen und Herren, kommen Sie mit sich selbst ins Reine, lassen Sie die Spielereien, lassen Sie die haushaltspolitischen Tricksereien, machen Sie sich ehrlich, und fangen Sie einfach an zu sparen. Anregungen dazu, wie das geht, haben wir Ihnen im Februar vorgelegt. Ich erspare Ihnen an dieser Stelle die Wiederholung.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist auch gut so!)

Machen Sie es einfach, reden Sie weniger darüber. Sparen ist der Schlüssel zur Schuldentilgung. Die schwäbische Hausfrau wusste es schon immer. Ihnen wird es langsam bewusst. Das ist toll. Darüber freuen wir uns. Ich freue mich auch auf die Haus-

haltsberatungen im Herbst. Dann werden wir sehen, wie viel Schuldentilgung eingeplant werden wird.

Wir finden Schuldentilgung gut. Daher werden wir dem Antrag auch zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, ein kurzer Hinweis an meinen Vorredner: In den letzten Haushalten wurde gespart, weil wir in diesen letzten Haushalten Schulden getilgt haben. Das war bei der Küstenkoalition und ist auch bei der jetzigen Koalition der Fall. Insofern erfüllen wir das, was Sie von uns gefordert haben, schon, wer auch immer in den letzten Jahren regiert hat. Ich glaube, da sind wir auch eigentlich ganz gut davor.

Obwohl das Land Schleswig-Holstein derzeit hohe Steuereinnahmen zu verzeichnen hat und bereits seit einigen Jahren darüber hinaus ausgeglichene Haushalte vorweisen konnte und eben auch Schulden getilgt hat, bedeutet das natürlich nicht, dass wir die Schulden aus der Vergangenheit einfach abschreiben können. Seit den 70er-Jahren - das ist das Grundproblem - hat das Land jahrzehntelang neue Schulden aufgenommen. Höhepunkt war eine Nettokreditaufnahme von 1,5 Milliarden € zur Deckung des reinen Haushalts im Jahr 2005.

Seit 2010 ist, wie Sie wissen, die Schuldenbremse nicht nur in der Landesverfassung verankert, sondern auch im Grundgesetz. Sie ist auch eine Lehre aus der Banken- und Finanzkrise ab den Jahren 2007 und 2008. Also auch aus der Tatsache, dass es mit der HSH Nordbank schiefgegangen ist, haben wir als Politik Schlussfolgerungen gezogen und uns darauf vereinbart, ab 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen. Die Schuldenbremse hatte in der Tat anfangs viele Skeptiker, weil man nicht wusste, wie man mit ihr klarkommen sollte. Wir haben sie trotzdem immer befürwortet, und ich glaube, auch aus heutiger Sicht hat sich die Schuldenbremse bewährt.

Obwohl man sich dank der Schuldenbremse deutlich gegen eine Neuverschuldung verpflichtet hat, besteht für uns als Land Schleswig-Holstein immer noch eine große Herausforderung: der Verkauf der

(Lars Harms)

HSH Nordbank. Aufgrund des geplanten Verkaufs der Bank macht Schleswig-Holstein auf einen Schlag 2,95 Milliarden € neue Schulden in diesem Jahr. Allerdings: Würden wir das bei unseren Institutionen lassen, wo es bisher geparkt ist, wäre der Zinseszinsseffekt noch größer als das, was wir anhand des Zinsmanagements, das relativ perfekt läuft, zu erwarten haben.

Ja, es ist bitter. Es wirft unsere solide Haushaltspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte um Generationen zurück. Das ist völlig klar. Aber es ist immer noch die bessere Lösung, als alles so zu lassen, wie es jetzt ist.

Wie soll man es ausdrücken? Wir wissen, dass wir ein Problem haben, nämlich das Problem, dass die staatlichen Institutionen, dass wir als Land nur im begrenzten Umfang eigene Einnahmen haben und dass wir auch nicht immer eigenständig über diese Einnahmen verfügen können. Darin sind eben auch Kofinanzierungsmittel enthalten, es sind auch Steueranteile dabei, die wir selbst nicht steuern können. Das heißt auch, dass die Länder und Kommunen letztlich keinen direkten Einfluss auf die Höhe ihrer eigenen Einnahmen haben. Das ist das Grundproblem. Das heißt, wenn wir von den Schulden wegkommen wollen, dann ist das nur über Einsparungen möglich, die ja auch gemacht werden. Es ist ja nicht so, dass man nicht einspart, aber es ist eben auch unsere Verantwortung, unsere Zukunft zu gestalten.

Wenn wir nur der schwäbischen Hausfrau naheifern, dann sind wir vielleicht irgendwann im wahren Sinne des Wortes pleite, weil die Wirtschaft davon nicht gut hat, die Bildung davon nicht guthat, die Kultur davon nicht guthat, die innere Sicherheit davon nicht guthat.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Umwelt!)

- Richtig, Frau von Kalben, auch die Umwelt hätte nicht gut davon. Wir müssen nun einmal als Staat eben auch investieren. Derzeit sind wir dazu recht gut in der Lage, aber es kann durchaus sein, dass wir in Zeiten kommen, in denen diese Investitionen außerordentlich schwierig sind. Wenn wir jetzt damit anfangen, uns Gedanken darüber zu machen, wie man Schulden tilgen kann, damit man sich Haushaltsspielräume in den kommenden Jahrzehnten erkämpfen kann, dann ist das auch eine Investition in die Zukunft.

Vor diesem Hintergrund geht es auch um Generationengerechtigkeit. Es geht aber auch darum, sich Spielräume für die Zukunft zu erarbeiten, wenn wir

alle möglicherweise schon nicht mehr hier sitzen, sondern andere hier Politik machen. Auch Ihnen gegenüber, den zukünftigen Gesellschaften gegenüber, haben wir eine Verantwortung. Deswegen finden wir es richtig, dass wir einen Tilgungsplan aufstellen - einen Plan, wie wir die Tilgung machen wollen. So würde ich es eher sagen; es ist ja nicht nur ein reiner Tilgungsplan.

Das ist der richtige Weg. Ich finde, wir sollten auch versuchen, dies gemeinsam hinzubekommen. Denn ich glaube, das ist eine Aufgabe, die weit über das hinausgeht, was dieser Landtag in dieser Wahlperiode leisten kann. Daran werden noch über Generationen zu arbeiten haben. Daher wäre es schon schlau, wir würden dies gemeinsam tun. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Landesregierung erteile ich nun der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fortschritt und Rückschlag. Das ist das richtige Bild, wenn wir uns den Schuldenberg des Landes anschauen. Der Fortschritt liegt darin, dass wir es geschafft haben, in den Jahren 2013, 2015, 2016, 2017 - vermutlich wird es auch 2019 so sein -, Schulden zu tilgen. Der Rückschlag heißt Eigenverpflichtung für die HSH Nordbank mit rund 5 Milliarden €, die wir dafür wohl mindestens werden zahlen müssen.

Wer hätte im Jahr 2010 gedacht, dass es überhaupt gelingen kann, bereits vor 2020 mit der Tilgung zu beginnen? Haben wir uns doch Sorgen gemacht, wie es gelingen kann, Einnahmen und Ausgaben übereinander zu bringen. Und dann ist es mit Kraftanstrengung, mit Optimismus, mit einem Nicht-lockerlassen gelungen, die gute Situation in Verbindung mit all den unterschiedlichen Schritten der Haushaltskonsolidierung zusammenzubinden und mit der Tilgung zu beginnen.

Es ist ein unglaublich großer Erfolg, dass Schleswig-Holstein inzwischen im Regelfall mit den Einnahmen, die wir haben, die Ausgaben ohne Neuverschuldung finanzieren kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

(Ministerin Monika Heinold)

Deshalb war es richtig, die Schuldenbremse im Jahr 2010 auf den Weg zu bringen. Sie wissen, auch ich habe mir 2010 Gedanken darüber gemacht, ob es denn funktionieren kann, wie es denn ohne allzu tiefe Einschnitte funktionieren kann. Aber wir haben damals mit sehr breiter Mehrheit hier im Landtag gesagt: Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen, wir wollen nicht mehr Schulden machen, sondern Schulden tilgen, mit unserem Geld auskommen, in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

Der erste Schritt ist gemacht, und nun sagt das Parlament heute, jetzt solle der zweite Schritt kommen. Wir wollen nicht mehr nur keine neuen Schulden mehr machen, sondern auch verbindlich tilgen.

Ich habe mir einmal angeschaut, wie der Altersdurchschnitt hier im Parlament, bei Ihnen, ist.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gemein! - Lars Harms [SSW]: Die Rente ist sicher!)

Er beträgt rund 51 Jahre.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie es für die Regierung auch einmal ausgerechnet?)

Und wie ist der Altersdurchschnitt bei jenen, die den Antrag unterschrieben haben?

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Er beträgt 35 Jahre.

(Beate Raudies [SPD]: Gut, dass Sie mich nicht gefragt haben!)

- Das hätte den Schnitt nach oben gezogen, Frau Kollegin. Das hätte mich gefreut.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist vielleicht kein Zufall, dass es die junge Generation ist, die darauf drängt und sagt: Wir müssen diese Altschulden der Vergangenheit planbar abbauen.

Wir wissen - das ist ja auch gesagt worden -: Es sind nicht nur die Kapitalmarktschulden, es sind die hohen Pensionsverpflichtungen - kapitalisiert ungefähr 34 Milliarden € -, es ist die Infrastruktur mit 5 Milliarden €, es sind die neuen Schulden der HSH, die auf uns zukommen.

Natürlich stellt sich die Frage: Wie viel will ich in den nächsten Jahren für Vergangenheit bezahlen, und wie viel will ich für Zukunftsgestaltung bezahlen? Denn wir wissen es: Je schneller ich die Schulden reduziere, desto weniger Zinslast habe ich in

der Zukunft. Aber je schneller ich die Schulden reduziere, desto weniger Gestaltungsspielraum habe ich natürlich in den Jahren, in denen ich Schulden tilge.

Wenn wir uns einmal anschauen, wie viel Schleswig-Holstein denn inzwischen für Vergangenheitskosten zahlt, dann sehen wir, wenn wir nur die Zinsen und die Pensionsverpflichtungen nehmen, dass dies im Jahr 2018 ungefähr 17 % unserer Ausgaben ausmacht. Werden noch Verpflichtungen aus der Sanierung der Infrastruktur hinzugenommen, dann sind wir bei mindestens 20 %, die wir schon heute für Vergangenheit bezahlen, die wir aus den Einnahmen hierfür einsetzen.

Nun sagt der Landtag - und das ist die große Herausforderung -: Wir wollen zusätzlich noch einen Teil unserer Einnahmen nehmen, um davon Schulden zu tilgen.

Deshalb ist es auch richtig, dass wir uns Zeit nehmen und diese Debatte auch gründlich mit Expertinnen und Experten führen. Gern wollen wir als Finanzministerium einen ersten Baustein für die Debatte liefern. Wir werden Ihnen einen ausführlicheren Bericht erstellen. Ich hoffe, dass dies dann eine gute Grundlage darstellt und dass dieser Bericht auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern aufzeigen kann, wo wir als Land bei der Verschuldung stehen, wo wir bei der Zinssteuerquote stehen. Die unterschiedlichen Möglichkeiten, die es nun gibt, werden wir Ihnen ebenfalls aufzeigen; mit Sicherheit wird es sogar noch weitere Möglichkeiten geben.

Ich habe mir in einem ersten Gedankenspiel einmal überlegt, wie dies denn erfolgen könnte. Wir könnten natürlich sagen: Wir nehmen einen festen Prozentsatz unserer Ausgaben und legen diesen Betrag immer für Vergangenheitskosten zurück, also für Tilgung, für Zinszahlungen, für Versorgung.

Die zweite Möglichkeit wäre, dass wir einen festen Prozentsatz unserer Ausgaben immer für Zins und Tilgung einsetzen. Sind die Zinsen niedrig, ist die Tilgung hoch, oder umgekehrt. Damit hätte man auch eine gute finanzpolitische Planbarkeit.

Die dritte Möglichkeit: Wir nehmen eine feste Summe, etwa 100 Millionen €, 200 Millionen €. Würden wir beispielsweise 250 Millionen € für Tilgung einsetzen, bräuchten wir 120 Jahre. Das wäre am Anfang eine große Belastung, wenn es um 250 Millionen € pro Jahr ginge. In 50 bis 60 Jahren würden die dann amtierenden Abgeordneten aufgrund der Kostenentwicklung wohl sagen: „Ja, das zahlen wir aus der Portokasse.“

(Ministerin Monika Heinold)

Die vierte Möglichkeit: Wir nehmen eine Anfangssumme, beispielsweise 150 Millionen €, und steigern diese inflationsbereinigt, sodass dieser Betrag im Verhältnis immer gleich ist. Dann bräuchten wir nicht 120 Jahre, sondern nur rund 100 Jahre.

Die fünfte Möglichkeit: Wir sagen, wir brauchen ja immer einen bestimmten Abstand zur Verfassung, weil wir einfach zukünftig keine Schulden mehr machen müssen. Das heißt, unsere zukünftigen Haushalte dürfen wir nicht mehr auf der Null planen. Wir werden immer strukturelle Ausgaben als Puffer einplanen müssen. Natürlich wäre es auch eine Möglichkeit zu sagen: Da schreibt man eine Summe fest, und wenn das Jahr wie geplant läuft, geht dies automatisch in die Tilgung der Altschulden, steht dann aber auch nicht mehr für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung. - Also, die Dinge stehen auch gegeneinander.

Es gibt sicherlich viele weitere Möglichkeiten. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung als Finanzministerin sagen: Wichtig ist, dass wir auch immer Reservepuffer für den Alltag mit einplanen - die Flut, die Schweinepest, die Keimkrise, Medikamentenankäufe, Lehrernachsteuerung; es gibt viel, was uns dort begegnen kann.

Ich freue mich auf die Debatte. Es wird mit Sicherheit eine spannende Debatte, und es wird eine notwendige Debatte sein. Diese Debatte wird möglicherweise aber auch ein bisschen wehtun. Denn wenn die Zahlen deutlich werden, wenn sich die Größenordnungen abzeichnen, die wir eigentlich bräuchten, um voranzukommen, dann ist damit natürlich auch eine Selbstbegrenzung dessen verbunden, was wir sonst alles noch tun könnten.

Insofern: Wir liefern gerne einen Bericht, und dann schauen wir, zu welcher guten gemeinsamen Lösung wir kommen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten und 44 Sekunden überzogen. Diese Redezeit stünde nun den Fraktionen jeweils noch zur Verfügung. Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll. Weitere Wortmeldungen liegen auch darüber hinaus nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen

will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag, Drucksache 19/591, einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Kirchen auf Eiderstedt retten

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/568

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion hat der Abgeordnete Lars Harms vom SSW.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich könnte es mir heute wirklich einfach machen und einfach nur sagen, dass diejenigen, die noch in der letzten Landtagstagung mit großer Inbrunst für den protestantisch-christlichen Reformationstag als Feiertag eingetreten sind, jetzt auch einmal wirklich der Evangelischen Kirche helfen können, indem ein einmaliges Kulturgut - die Eiderstedter Kirchen - auch mit Landesmitteln erhalten wird. Das wäre natürlich populistisch, und deshalb sage ich es ja auch nicht.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Scherz beiseite: Mir ist schon klar, dass die Zuwendungen, die die Nordkirche auch von Landesseite erhält, natürlich auch Bauzuschüsse beinhaltet. Es gibt allerdings auch andere Lebensbereiche, in denen wir noch mehr Geld als üblicherweise lockermachen. Dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn es sich um eine besondere Herausforderung handelt. Das kann eine besondere finanzielle Herausforderung sein oder eben auch eine besondere inhaltliche Herausforderung.

Betrachten wir die finanzielle Herausforderung, dann kann man schon sagen, dass der Erhalt von 16 der 18 Eiderstedter Kirchen für den Kirchenkreis Nordfriesland durchaus eine Herausforderung ist. Hier ballt sich der Sanierungsbedarf, der über das allgemeine Maß auch im Gebiet des Kirchenkreises an sich hinausgeht.

Das hat auch der Bund gesehen und zugesagt, sich mit 9,3 Millionen € an der Gesamtsumme von 18,6 Millionen € zu beteiligen. Der Kirchenkreis geht aufgrund der besonderen Situation besondere Wege, indem er ein Fundraising macht, das über

(Lars Harms)

das normale Maß hinausgeht. Er nennt dieses Fundraising „Eiderstedter Schutzengel“ und wendet sich dabei auch über eine Homepage direkt an Bürger und Gäste, um hier jeden Euro lockerzumachen. Trotzdem fehlen immer noch Millionenbeträge. Das heißt, jeder Euro, auch aus der Landeskasse, hilft.

Aber auch inhaltlich haben wir hier eine besondere Situation. Da ist die kulturgeschichtliche Bedeutung der Kirchen. Die Dichte an Kirchengebäuden ist einmalig in Deutschland, und sie zeugt nicht nur von der Christianisierung Nordfrieslands, sondern auch von der wirtschaftlichen Entwicklung Eiderstedts im Mittelalter. Das macht die Kirchen zu mehr als nur Gotteshäusern. Die Kirchen sind eben nicht nur einfach Gotteshäuser, sondern auch Kultur- und Veranstaltungsstätten - und auch das über das normale Maß hinaus. Da gibt es zum Beispiel seit 1977 die „Sommerkirche Welt“ mit Kulturveranstaltungen, Konzerten und Vorträgen. Dort hört man etwas über den „Spagat zwischen zwei Kulturen - Christentum und Islam“ oder auch über das Thema „Fracking - Fluch oder Segen?“. Aktuelle Themen werden nicht nur in der Kirche in Welt, sondern in den Kirchen auf ganz Eiderstedt in den verschiedensten Veranstaltungen angesprochen. Die Kirche in Westerhever am Nationalpark Wattenmeer und inmitten des Vogelschutzgebiets Eiderstedt soll nun möglicherweise auch als Umweltkirche genutzt werden.

Das ist der eigentliche Kern: Eiderstedt vermarktet sich als eine Region, die den Kulturtourismus und den Naturtourismus großschreibt, und beides findet in den Eiderstedter Kirchen statt. Gerade das Naturerlebnis, das man am Strand, auf dem Deich oder in der Marsch haben kann, wird in Vorträgen und Veranstaltungen in den Kirchen noch vertieft - eigentlich ein Idealzustand, den wir aus Sicht des Natur- und Kulturtourismus gerne überall hätten. Hier haben wir ihn, und dieser Idealzustand ist bedroht, weil die Gebäude an sich bedroht sind. Genau hier setzen wir an.

Wir haben in unserem Antrag bewusst keine Summe genannt, und zwar zum einen, weil wir wissen, dass eine Finanzierung anspruchsvoll ist, zum anderen aber auch, weil wir wissen, dass es natürlich verschiedene Möglichkeiten gibt - wenn denn der politische Wille da ist. Und für den politischen Willen werben wir heute. Man kann einmalig eine größere Summe in die Hand nehmen, oder man kann die Maßnahmen mit kleineren Summen jährlich bis zur endgültigen Fertigstellung im Jahr 2024 unter-

stützen. Beides hätte etwas für sich, und beides würde helfen.

Wir möchten, dass die Landesregierung mit dem Kirchenkreis und mit der Nordkirche in Gespräche eintritt, und hoffen, dass dann für die nächsten Haushaltsberatungen eine Lösung gefunden werden kann, eine Lösung, die hilft, ein einmaliges Kulturgut zu erhalten, und die gleichzeitig durchaus auch als Unterstützung für den Natur- und Kulturtourismus gesehen werden kann.

Meine Damen und Herren, ich beantrage die Überweisung des Antrags in den Finanzausschuss.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer auf der Halbinsel Eiderstedt unterwegs ist, erlebt nicht nur einen ganz besonderen Landstrich, sondern einen einzigartigen Teil Schleswig-Holsteins. Hier kann man nicht nur weit gucken, hier hat ein Landstrich auch seine Bewohner geprägt. Hier ist im wahrsten Sinne des Wortes „die Kirche im Dorf geblieben“. Die 18 historischen Kirchen auf der Halbinsel Eiderstedt sind Zeugnis für ein ganz besonderes Kulturerbe. Sie erinnern in ihrer Ausstattung an die Zeiten intensiver Handelsbeziehungen mit England und den Niederlanden. Eine derartige Kirchendichte findet sich sonst in keiner anderen Region Deutschlands. Seit dem 12. Jahrhundert prägen die Kirchtürme als höchste Erhebungen dieses Flachland.

Die Kirchen sind die Orte des Christentums, an denen Menschen immer schon zusammengekommen sind, um getauft, konfirmiert, getraut oder beerdigt zu werden. Die Dorfkirchen sind aber auch Orte der Besinnung und der Entschleunigung und darüber hinaus geeignet für eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen. Mehr denn je suchen heute Menschen in ihrer freien Zeit im Jahr nach derartigen Räumen und Besinnungsorten, an denen man mal so richtig abschalten kann und abschalten muss.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weit, so gut. An dieser Stelle freuen wir uns sehr darüber, dass es eine Finanzierungszusage des Bun-

(Anette Röttger)

des aus dem November 2015 in Höhe von 9,3 Millionen € für die notwendigen Renovierungen dieses Kirchenensembles gibt. Der kalkulierte Finanzierungsbedarf liegt allerdings mit über 18 Millionen € doppelt so hoch. Nun stellt sich die Frage: Wer kommt eigentlich für den Rest auf?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gute Frage!)

Für die Sanierung der Eiderstädter Kirchen hat es vor einigen Jahren diese Antragstellung beim Bund gegeben, ohne zeitgleich die erforderlichen Komplementärmittel vor Ort abzusichern. Hierüber hätte man doch bereits in der vergangenen Legislaturperiode ausführlich reden müssen!

Liebe Abgeordnete vom SSW, Herr Harms, Sie hätten längst und spätestens vor wenigen Wochen im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Antrag stellen können. Darauf haben Sie verzichtet.

(Anita Klahn [FDP]: Stimmt allerdings! - Weitere Zurufe)

Sie kommen damit erst heute, und das verstehe ich an dieser Stelle wirklich nicht.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich auch nicht!)

Sicher ist es naheliegend, die Deckungslücke nun schließen zu wollen und beim Land dafür 7,5 Millionen € einzufordern, damit die Umsetzung gelingen kann. Aber bleiben wir an dieser Stelle ehrlich miteinander: Die Eiderstedter Kirchen sind eine große Chance für den Auftrag der Kirche in dieser Zeit. Wir wollen, dass Kirchen als Gotteshäuser erhalten bleiben, und wir wollen diese mit Leben füllen. Nicht nur der Reformationstag ist eine gute Gelegenheit dafür, Herr Harms. Es ist unser gemeinsames Anliegen, historisch-kulturelle Schätze in Schleswig-Holstein auch für die nachfolgende Generation dauerhaft zu sichern.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ob sich das Land an dieser Stelle überhaupt einbringen sollte und wenn ja, in welcher Form, kann erst dann entschieden werden, wenn vor Ort die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Ich verweise dazu auf die deutliche Antwort durch das Bildungsministerium auf die Kleine Anfrage des SSW.

Wir müssen beachten, dass unser Land neben diesem einzigartigen Kirchenensemble auf Eiderstedt über ein weites und reiches kulturelles Erbe ver-

fügt, und es ist klar, wie schnell weitere Begehrlichkeiten geweckt werden.

Ich beantrage daher die Überweisung in die Ausschüsse für Bildung und Kultur, Wirtschaft und Tourismus sowie Finanzen, um dort gemeinsam mit den Vertretern der Nordkirche die aktuelle Situation fachlich zu erörtern.

Ich schließe mit dem Slogan der Tourismuszentrale Eiderstedt: 18 historische Kirchen für etwa 14.000 Christen sind ein besonderes Kulturerbe, eine besondere Verantwortung und manchmal eine große Herausforderung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, das war ja ein sehr langer Slogan. Damit werben die wirklich auf Plakaten?

(Zurufe)

16.000 Einwohner, 18 Kirchen, 300 km² - das sind die Zahlen, das lässt einige Rückschlüsse zu. Der erste an die Kollegen meiner Fraktion, die vorge schlagen haben, wir sollten das einmal per Fahrrad erkunden, 300 km² Quadratkilometer!

(Zurufe)

- Das dauert länger. Zweitens ist das eine Dichte von Kirchen, die schon besonders ist, zumal die meisten Kirchen aus dem späten Mittelalter, meist aus dem 12. Jahrhundert stammen. Diese Überversorgung mit Kirchen liegt ja nicht an der weitsichtigen Vorausplanung der damaligen Kirchenbaumeister für die Bedürfnisse des heutigen Kulturtourismus oder für Menschen, die einmal abschalten wollen - wovon auch immer -,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Arbeit!)

sondern an der ursprünglich völlig zerklüfteten Topografie in einer Reihe von Inseln und Halligen, aus denen sich erst später die heutige Halbinsel gebildet hat. Angesichts des Alters der Kirchen kann es nicht verwundern, dass nur für zwei der 18 Kirchen aktuell kein Sanierungsbedarf festgestellt wird und er für die übrigen 16 Kirchen zwischen 300.000 und 3,7 Millionen € liegt. Der Gesamtbe-

(Martin Habersaat)

darf - das wurde erwähnt - wird auf 18,7 Millionen € beziffert. Allerdings stammt diese Zahl aus dem Jahr 2016. Es ist zu befürchten, da die Grundsätze kostenstabilen Bauens nur in Hamburg eingerechnet werden und in Schleswig-Holstein noch nicht, dass die Zahl inzwischen größer geworden ist.

Ich möchte ein zusätzliches Problem anführen: Das ist die ehemalige Kirche Sankt Knud in Friedrichstadt, die denkmalgeschützt ist und einen Sanierungsbedarf von 800.000 € hat. Dafür kommt die Evangelische Kirche nicht einmal teilweise auf, weil das eine katholische Kirche war.

(Zurufe)

Trotz der Profanierung hat die Katholische Kirche ein Interesse am Erhalt des Baudenkmals, aber die Finanzierung ist völlig offen, wenngleich es auch da die Zusage des Bundes gäbe, sich zu beteiligen. Insofern gehört das mit in den Problemkreis, den wir besprechen.

Wie das Kulturministerium auf die Kleine Anfrage des Kollegen Harms mitgeteilt hat, hat der Haushaltsausschuss des Bundestags bereits vor drei Jahren beschlossen, die Hälfte des Sanierungsbedarfs zu finanzieren. Die Evangelische Kirche, genauer gesagt der Kirchenkreis Nordfriesland, kann aus zweckgebundenen Rücklagen der Kirchengemeinschaften nur etwa 300.000 € beisteuern und will den Rest über Spenden, Sammlungen und Kreditaufnahmen absichern. Das ist sehr ambitioniert, zumal das vorliegende Konzept davon ausgeht, dass es der bauliche Zustand der Kirchen schwierig macht, die Sanierungsarbeiten auf mehrere Jahrzehnte zu strecken. Ein Abschluss der Arbeiten an allen betroffenen Kirchen soll dem Gutachten zufolge innerhalb der nächsten sechs Jahre erfolgen.

Dennoch ist es für mich nicht unbedingt gesagt, dass an allen 16 Kirchen gleichzeitig gearbeitet werden muss. Ich glaube, der Sanierungsbedarf wird nicht überall gleich hoch sein. Es wird möglich sein, bestimmte Kirchen gegenüber anderen zu priorisieren. Das würde den Gesamtbetrag, auch mögliche Belastungen des Landes, wenn es sich denn zu einer Beteiligung entschließen könnte, eher begrenzen, als es jetzt der Fall ist.

Der SSW beantragt nun, die Finanzierungslücke teilweise mit Landesmitteln zu schließen. Wir haben herausgearbeitet: Im Haushalt ist das noch nicht vorgesehen. Die Kirche würde sich wünschen, dass das Land ein Viertel des Gesamtbetrages, also etwa 4,7 Millionen €, übernimmt. Das ist kein kleiner Betrag. Wir haben eben über künftige Genera-

tionen gesprochen, die einerseits mit Sicherheit Interesse daran haben, historische Bauten auf Eiderstedt zu besichtigen, andererseits aber auch einen Schuldenberg vorzufinden, der beherrschbar ist - so formuliere ich es einmal. Die nächsten fünf Generationen werden sicherlich noch keinen abgeschafften Schuldenberg sehen können.

Wir müssen auch einräumen, dass die Kirchen in Eiderstedt zwar regional von einer wahnsinnig großen Bedeutung sind, diese Bedeutung aber landespolitisch einzuordnen ist, zumal - wir haben recherchiert - da nicht einmal richtige Hexenverfolgungen stattgefunden haben, anders als zum Beispiel in Schleswig.

(Zurufe)

Angesichts der Auswirkungen des HSH-Verkaufs auf den Landeshaushalt ist das aus meiner Sicht keine Summe, über die wir eben schnell verfügen sollten. Deswegen sind wir dafür, das in den zuständigen Ausschüssen zu beraten. Wir bitten darum, den Problemfall Sankt Knud mitzuberaten, wenn wir schon dabei sind. - Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es heißt, man könne von jedem Ort auf Eiderstedt mindestens drei Kirchen in unmittelbarer Nähe sehen - und das nicht, weil es dort keine Berge gibt, die den Blick verstellen, sondern weil es eben so viele Kirchen sind. Diese Weitsicht hat die Kirche möglicherweise fehlen lassen, als sie davon ausging, dass 50 % der Kosten, die der Bund nicht für die Sanierung bezahlt, vom Land zu bezahlen seien. Ich glaube - das ist hier schon in den Reden angeklungen -, dass dies etwas ist, was nicht ohne Weiteres funktionieren kann.

Martin Habersaat, ich habe es unter anderem auch immer so verstanden, dass es eben nicht geht, einzelne Kirchen herauszunehmen. Die Zusage des Bundes ist eben erfolgt, weil es sich um diesen Ensemble-Charakter handelt. Der ist als erhaltenswert und denkmalgeschützt angesehen. Deshalb wird es nicht möglich sein, einzelne Kirchen vorzuziehen

(Marlies Fritzen)

und sozusagen sukzessive eine Finanzierung zu bekommen.

Es ist davon gesprochen worden, Lars Harms, dass es eine besondere Situation ist. - Ja, wir haben eine besondere Situation. Diese ist euch und Ihnen im SSW nur zu gut bekannt. Wir tragen die Rote Laterne innerhalb der Kulturförderung in ganz Deutschland. Wir haben nicht genügend Geld, um kulturelle Bildung auskömmlich zu finanzieren. Ihr wollt gern die Leihgebühr in Bibliotheken abschaffen. Auch dafür gibt es eigentlich keine wirkliche Gegenfinanzierung. Wir haben Situationen im Kulturbereich, in denen Kulturschaffende oder Kulturarbeitende in den Institutionen prekäre Einkommensverhältnisse und Selbstausbeutung hinnehmen, weil sie ein hohes Interesse daran haben, in diesem Bereich zu arbeiten und Dinge zu gestalten, aber die Gegenfinanzierung nicht anständig auf den Weg kommt.

Wir haben Riesenbaustellen bei der Schulsanierung, wir haben Riesenbaustellen bei der Theaterförderung. Für die drei Theater im Land können wir nicht annähernd auskömmliche Finanzzusagen machen. Das sind in der Tat besondere Situationen, nicht zu schweigen von den 120 Jahren, die wir, wie Monika Heinold aufgerechnet hat, brauchen, bis wir unsere Altschulden getilgt haben. Insofern finde ich das, liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW, einen wohlfeilen Antrag. Während wir uns in der letzten Legislaturperiode noch darüber einig waren, dass Geld nur einmal ausgegeben werden kann und wir dieses Geld für die Eiderstedter Kirchen nicht auch nur ansatzweise im Kulturhaushalt hätten irgendwo finden oder unterbringen können, zeigt Ihr jetziger Antrag, dass Opposition doch nicht nur Mist sein kann, weil man hier fröhlich Anträge stellen und sagen kann, man wolle 3 Millionen € für die kostenlose Ausleihe und jetzt auch noch 7,5 Millionen € oder vielleicht einen Teil davon für die Rettung der Eiderstedter Kirchen.

Um hier nicht falsch verstanden zu werden: Natürlich ist das ein besonderes Merkmal auf Eiderstedt, und natürlich ist es ein besonderes Ensemble, das schützenswert ist. Ich glaube, das stellt hier niemand infrage. So habe ich auch den Kollegen Martin Habersaat gerade nicht verstanden. Aber es ist am Ende das Geld, das fehlt. Was auch noch wichtig war zu betonen - das habt ihr in eurer Rede auch gesagt -, ist, dass der weit überwiegende Teil dieser Kirchen überhaupt nicht mehr als Gotteshäuser genutzt wird. Die Kirche selbst sagt, in der Hauptsaison sind es fast 100 % Touristen, in der Nebensaison noch immer 75 %, die diese Orte wegen ihrer

Besonderheit besuchen, aber auch wegen der Veranstaltungen, die dort stattfinden. Das ist schön, und das soll auch gern so bleiben. Das wünsche ich mir auch.

Aber noch einmal: Wir haben keine oder kaum Möglichkeiten, dies zu finanzieren. Ich sehe überhaupt nicht, wie das aus dem Kulturretat kommen soll. Deshalb finde ich es richtig, wenn wir das drei Ausschüssen überweisen und darüber nachdenken, wo es sonst Mittel geben könnte. Mir würden da Mittel einfallen wie zum Beispiel die für die Gemeinschaftsaufgabe für die regionale Wirtschaftsstruktur, weil es eigentlich regionale Wertschöpfung ist, die dort in diesen Kirchen stattfindet, wenn man an diese Verbindung mit dem Tourismus denkt, die ihr gerade aufgezeigt habt.

(Zuruf Thomas Rother [SPD])

- Da wäre ich sehr vorsichtig. Ich wäre sehr vorsichtig, weil - das sage ich noch einmal - ich finde, so erhaltenswert es ist und so nachdenkenswert es ist, ob man Mittel findet, es steht - jedenfalls in der jetzt vorgelegten Finanzierungsstruktur - in keinem - ich betone: wirklich in nicht annähernd irgendeinem! - Verhältnis zu dem, was wir ansonsten in der Kulturförderung in Schleswig-Holstein machen. Das gilt es, am Ende doch auch zu bedenken und mit irgendwelchen Zusagen vorsichtig zu sein.

Ich bin im Übrigen - das als letzter Satz - auch damit einverstanden und finde es wichtig, wenn wir darüber nachdenken, was wir mit den Eiderstedter Kirchen machen, dass wir die Kirche in Friedrichstadt auch im Blick behalten. Auch da gibt es - aus ganz anderen Gründen - besondere Notwendigkeiten, vielleicht zu unterstützen.

Insofern schließe ich mich der Bitte um Überweisung in drei Ausschüsse an und glaube, dass wir noch eine Menge Aufgaben haben, darüber nachzudenken, wie wir helfen können, wenn wir das denn überhaupt als Land tun wollten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Kai Vogel [SPD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Region Eiderstedt einen besonderen, einmaligen Kulturschatz besitzt, haben

(Anita Klahn)

schon viele Redner hervorgehoben. Es wurde auch hervorgehoben, dass diese Kirchen auf der Halbinsel nicht nur Zeugnisse des Glaubens, sondern auch der Geschichte, der Kunst und der Kultur und eben schon weit über 900 Jahre alt sind. Damit geht natürlich einher, dass nahezu alle Kirchen - 16 von 18 - dringend sanierungsbedürftig sind. Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage des SSW haben wir diesen Finanzierungsbedarf für die Sanierung in Höhe von 18,7 Millionen € entnommen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir aufgrund des geltenden Staatskirchenvertrages zwischen dem Land und der Evangelischen Landeskirche in Artikel 20 die Pflicht zur baulichen Erhaltung von Kirchen eindeutig bei der Kirche sehen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

So ist uns auch allen klar, dass die 18 Eiderstedter Kirchen nicht die einzigen sind, die zu sanieren sind, sondern dass auch an anderen Orten kostenintensive Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden vorgenommen werden müssen. Auch wenn sich die Kirche seinerzeit ausdrücklich dazu verpflichtet hat, gerade besondere Aufmerksamkeit der Erhaltung und Pflege denkmalwichtiger Gebäude zu widmen, so hat dieses Ensemble doch durchaus eine über die kirchliche Bedeutung hinausgehende hohe kulturelle Bedeutung und ist für die Region sicher auch von touristischem Wert.

Um also erstens die dringend notwendige Sanierung und zweitens die dazu notwendige Finanzierung auf den Weg zu bringen, hat sich meines Wissens unser damaliger und in die Region verbundene Bundestagsabgeordneter a. D. Jürgen Koppelin bereits engagiert, denn ihm war bewusst, dass weder die Nordkirche, noch die Kommune, noch das Land Schleswig-Holstein allein diesen finanziellen Kraftakt stemmen könnten.

Im Ergebnis hat er mit Unterstützung von Johannes Kahrs von der SPD Hamburg bereits Ende 2015 eine 50-prozentige Bezuschussung durch den Bund erreichen können.

(Beifall FDP)

Im Gegenzug haben die Kirchengemeinden und die Nordkirche zugesichert, den gleichen Mitteleinsatz für die Rettung der Eiderstedter Kirchen sicherzustellen. Man kalkulierte Eigenmittel in Höhe von 300.000 €, 7,5 Millionen € über eine Kreditaufnahme zu decken und hatte die Idee, weitere 1,5 Millionen € durch einen Spendenaufruf einzuwerben. Letzteres halte ich für eine besonders gute Idee, vor

allem, wenn man sieht, wie viel Geld derzeit mit solchen Spendenaufrufen für Kulturprojekte zusammengebracht wird. Bekanntestes Beispiel ist wohl das Berliner Schloss, dessen Fassade auch mit vielen Millionen Euro aus Spendenmitteln rekonstruiert wird.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unnötigerweise!)

Für die vom SSW skizzierte Finanzierungslücke gibt es durchaus gute Lösungsvorschläge. Wie gesagt, die vom Bund bereitgestellten Mittel von mehr als 9 Millionen € sind eine erhebliche staatliche Unterstützung.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Ich denke, man darf diese auch als Kompensation für fehlende Landes- und Kommunalmittel sehen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht vernommen habe, dass die Kirche von uns erwartet, dass wir in Höhe von 9 Millionen € bezuschussen sollen, sondern dass man sich ein Signal erhofft, das man auch benutzen kann, um das bürgerschaftliche Engagement im Zusammenhang mit dem Spendenaufruf zu fördern.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, unter dem Aspekt, dass die Eiderstedter Kirchen aufgrund des besonderen kulturellen Wertes und ihrer touristischen Strahlkraft auch Einnahmen für die Region und Schleswig-Holstein generieren, schliesse ich eine zusätzliche kleine finanzielle Förderung seitens des Landes nicht aus,

(Jörg Nobis [AfD]: 1 Euro!)

zumal sich das Land auch bei der Erhaltung anderer schützenswerter Sakralbauten engagiert. Allein für die Sanierung des Schleswiger Domes gibt das Land 4 Millionen € aus, auch unter dem Aspekt, dass es eine kulturelle Förderung ist.

Allerdings brauchen wir tatsächlich neue, valide Zahlen, und wir brauchen vor allem einen klaren Umsetzungsplan für die einzelnen Sanierungsschritte, denn ich gebe auch zu bedenken, ob die Kostenschätzung aus 2015 noch passt. Vielleicht sind auch Schäden viel größer geworden, und wir müssen über andere Maßnahmen nachdenken.

Ich halte es ebenfalls für sinnvoll, das in mehreren Ausschüssen zu diskutieren: nicht nur im Bildungs- und Kultur-, Wirtschafts- und Finanzbereich, sondern dann vielleicht auch den Umweltbereich dazu

(Anita Klahn)

zu nehmen, um vielleicht Mittel für den ländlichen Raum abgreifen zu können. Wenn wir etwas für die Kirchen tun wollen, dann sollten wir schauen, welche Möglichkeiten gegeben sind.

Zum Schluss möchte ich eine kleine Anregung geben: Wie wäre es, wenn wir die Eiderstedter Kirchen zur Aufnahme in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes vorschlägen? Das verschaffte ihnen Aufmerksamkeit und vielleicht auch Mittel. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kirchen sind weithin sichtbare Zeichen christlicher Identität. Sie sind - verbunden mit dem Dorfplatz - Mittelpunkt des dörflichen Lebens. Von den Marschbauern auf Eiderstedt gestiftet zeugen diese Kirchen mit ihren Glockentürmen von der jahrhundertealten Geschichte der Orte. Gerade in einer Region, die auf Tourismus angewiesen ist, sollten Windräder nicht zum Wahrzeichen der Marschlandschaft werden. Kirchtürme sind da ein angenehmer Kontrapunkt.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Waren Sie schon mal da? Gibt es da ein einziges Windrad? - Weitere Zurufe)

Deshalb müssen diese Bauten natürlich erhalten werden.

Die entscheidende Frage ist aber, wer sich in welchem Umfang an der Finanzierung beteiligt. Die Evangelische Kirche hat im Jahr 2016 insgesamt 5,45 Milliarden € eingenommen. Das ist ein Rekord, trotz stetig sinkender Mitgliederzahlen. Zu den Steuereinnahmen - also letztlich Mitgliedsbeiträgen, wenn Sie so wollen - kommen noch weitere Mittel aus den allgemeinen Haushalten - also von allen Steuerzahlern getragen. Der Staat zahlt Zuschüsse in nicht unbedeutender Höhe für das Betreiben von Schulen, Kindergärten oder etwa Krankenhäusern. Das ist auch durchaus gerechtfertigt. Nur, nicht überall, wo zum Beispiel „evangelisch“ dransteht, stammt auch die Finanzierung mehrheitlich von der jeweiligen Gliedkirche. Das ist vor dem Hintergrund der Trennung von Kirche und Staat zumindest problematisch.

Wirklich bedenklich wird es bei der direkten Kirchenfinanzierung durch den Staat, die noch immer als Folge des Säkularisierungsprozesses weitgehend unbekannter Fakt ist. Über 500 Millionen € erhalten die beiden Amtskirchen nach wie vor jährlich vom Staat - also von uns allen, von allen Steuerzahlern. Dass die Bischöfe vom Staat bezahlt werden, mag 1803 beim Reichsdeputationshauptausschuss noch ein zeitgemäßer Kompromiss gewesen sein - im Jahr 2018 ist das endgültig aus der Zeit gefallen, meine Damen und Herren.

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Die Geschäftsgrundlage für diesen alten Deal ist entfallen. Die Kirche hält sich nicht, wie eigentlich vorgesehen, im Wesentlichen aus der Politik heraus. Nein, die postmoderne Kirche in Bund und Land Anno Domini 2018 politisiert fröhlich vor sich hin. Deutlich wird dies im Umgang mit der AfD.

(Zurufe SPD: Ah!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Abgeordneter Nobis, ich bitte Sie, zum Tagesordnungspunkt zu sprechen, zu dem Antrag des SSW und zu nichts anderem.

(Beifall CDU und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Jörg Nobis [AfD]:

Ja, dazu rede ich jetzt. - Deutlich wird es im Umgang mit der AfD: Die ideologische Haltung der Amtskirche wurde mit der Nichtwahlempfehlung der AfD vor der Bundestagswahl deutlich. Ich zitiere: Die AfD ist keine Partei, die Christinnen und Christen guten Gewissens wählen können.

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der Landesbischof zu Berlin, Markus Dröge, ruft Christen in der AfD gar zum Parteaustritt auf. Politische Hetze und Diffamierungen durch Amtsträger sind heute eher die Regel als die Ausnahme.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Nobis, ich ermahne Sie noch einmal, dass Sie bitte zum Sachverhalt, der hier auf der Tagesordnung steht, sprechen. Tun Sie dies nicht, bin ich laut der Geschäftsordnung dazu gezwungen, Ihnen das Wort zu entziehen. Bitte sprechen Sie jetzt

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

zu dem Antrag des SSW, der Gegenstand der Beratung ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Genau!)

Jörg Nobis [AfD]:

Die Kirche muss sich erst mal auf sich selbst konzentrieren und mit sich selbst ins Reine kommen, und dann nehmen wir sie in die Pflicht. Wir stellen uns nicht gegen staatliche Unterstützung beim Erhalt historischer Gebäude. Das ist vorwiegend bei den Eiderstedter Kirchen auch nicht der Fall: Ungefähr die Hälfte der veranschlagten Sanierungskosten trägt ja bereits der Steuerzahler, konkret über den Bund. Für die andere Hälfte sollte die Evangelische Kirche noch einmal genau nachsehen, ob sich nicht irgendwo eine kleine Reserve auftut, denn arm ist die Kirche nicht.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja, so ist das!)

Wenn es auch keine offizielle Konzernbilanz gibt - mal bilanzrechtlich gesprochen -: Die beiden großen Kirchen in Deutschland verfügen über geschätzte Vermögen von 435 Milliarden €. Nebenbei, bei der Katholischen Kirche, wurde schon sinniert, die Kirche könne ihrer missionarischen Pflicht viel besser nachkommen, wenn sie sich entweltlicht und von ihrer materiellen und politischen Last befreit. - Urheber dieser weisen Erkenntnis ist niemand Geringeres als der emeritierte Papst Benedikt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Wir sind bereit, in Eiderstedt gemeinsam Verantwortung für historische, sinnstiftende Bauwerke zu übernehmen, aber eben nur gemeinsam mit der Eigentümerin. Den vom Kommunalwahlkampf getragenen Antrag des SSW lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Serpil Midyatli [SPD]: AfD gegen das Christentum! - Dennys Bornhöft [FDP]: Das war eben der Beitrag zur Erhaltung des Abendlandes!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren!

Die Kirchengebäude und -institutionen - die evangelischen und katholischen Kirchen - sind Teil unserer Heimat und Kultur. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Es sind inzwischen auch Synagogen Teil unserer Kultur,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Jörg Nobis [AfD])

und auch Moscheen sind inzwischen Teil der Kultur in unserem Land.

Lassen Sie mich zu Ihren interessanten Ausführungen sagen: Es waren die Väter und Mütter der Weimarer Reichsverfassung und des Grundgesetzes, die sich nicht für eine strikte Trennung zwischen Kirche und Staat, sondern für ein kooperatives und verschränktes Modell, wie wir es in Deutschland haben, entschieden haben. Ich glaube nach wie vor, dass es die richtige Entscheidung gewesen ist. Ich würde das heute an dieser Stelle gern betonen.

Warum sind Kirchen so wichtig? - Sie sind Gotteshäuser, sie sind architektonische Meisterwerke, sie sind Konzertsäle, geistige Heimat und Schutzraum - all das ist heute betont worden. Sie sind touristische Attraktionen und eben auch Denkmäler. Das kann man sich beim Kirchenensemble auf Eiderstedt sehr eindrucksvoll anschauen. Sie leisten viel für Integration, Toleranz, Verständigung und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, der ja auf manche Bewährungsprobe gestellt wird. Deshalb ist es auch richtig, dass wir als Land Schleswig-Holstein die Kirchen unterstützen. Kirchen sind uns lieb und teuer, und dazu bekennen wir uns als Landesregierung auch ausdrücklich.

(Beifall CDU und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Trotzdem muss man natürlich - ganz konkret zu dem Sachverhalt - die Frage stellen, Herr Harms: Wer ist für das, was Sie fordern, denn eigentlich zuständig? - Dazu ist schon einiges gesagt worden. Ich finde, wir sollten uns diese Frage erst mal nüchtern stellen, um dann gemeinsam weiter zu überlegen.

Dass die Kirchen für den Erhalt ihrer Gebäude zuständig sind - auch im Kirchenkreis Nordfriesland -, ist klar. Dass die Aufgabe, die auf Eiderstedt zu leisten ist, natürlich eine gewaltige ist, ist uns auch allen klar. Ich freue mich sehr darüber, dass das dem Bund auch so klar geworden ist. Die 9,3 Millionen €, die der Bund dort zugesagt hat, sind ja schon eine sehr großzügige Bewilligung. Der Bund leistet dort einen großen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes in unserem Land. Ich will

(Ministerin Karin Prien)

ihm an dieser Stelle dafür auch noch einmal Dank sagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Martin Habersaat [SPD])

Im Ergebnis heißt das, dass es die Kirchensteuerzahler sind, dass es aber auch normale Steuerzahler sind, die einen riesen Beitrag leisten, damit die Rettung der Kirchen auf Eiderstedt so gelingen kann.

Meine Damen und Herren, dahinter steht natürlich ein Konzept. Das ist auch erwähnt worden. Der Evangelisch-Lutherische Kirchenkreis Nordfriesland hat sich viel vorgenommen. Ich habe davor große Hochachtung. Es geht darum, Spendengelder einzuwerben, und es geht auch darum, den Bau und die Sanierung durch eine Kreditaufnahme zu finanzieren. Hier stellt sich jetzt natürlich die Frage: Sollte das Land sozusagen nachträglich bei diesem Konzept, das die Kirche bei der Antragstellung selbst entwickelt hat, in die Pflicht genommen werden können?

Ich glaube, die Rechtslage ist klar: Eine Pflicht gibt es nicht. Das ist hier auch sehr deutlich geworden. Es ist auf den Kirchenstaatsvertrag hingewiesen worden. Ich darf die Zahlen noch einmal nachtragen:

2017 waren es 13,3 Millionen €, die das Land mit steigender Tendenz zur Verfügung gestellt hat. In 2018 sind es jetzt 13,6 Millionen €. Auch dies will ich sagen: Auch außerhalb des Kirchenstaatsvertrags hat es immer wieder Fälle gegeben, in denen das Land zusätzliche Leistungen erbracht hat. Ich will nur auf die sehr umfangreiche Sanierung des Doms in Schleswig hinweisen. Immerhin geht es hier um 4,1 Millionen € zusätzlich und außerhalb des Kirchenstaatsvertrags. Die Bereitschaft, hier immer wieder etwas zu tun, besteht schon.

Meine sehr geehrten Damen und Herren vom SSW, trotzdem würde ich Ihren Antrag gern in den Zusammenhang mit den Mitteln stellen, die wir insgesamt zum Erhalt unseres kulturellen Erbes zur Verfügung haben. Sie wissen, das sind keine besonders hohen Beträge. Wir reden im Augenblick über rund 1,2 Millionen €. Wenn Sie diese Summe ins Verhältnis zu dem setzen, was Ihnen vorschwebt, dann sehen Sie, dass dies nicht ansatzweise in einem angemessenen Verhältnis stehen würde, denn wir haben auch andere kulturelle Aufgaben. Frau Fritzen hat darauf hingewiesen. Wir haben dies im Gesamtkonzept der Aufgaben, die wir zu leisten haben, abzuwägen, auch im Zusammenhang mit dem Erhalt des kulturellen Erbes. Insofern glaube ich, uns allen ist klar, dass das so einfach nicht sein kann und

dass hier auch politisch wichtige Abwägungsfragen zu klären sind. Das werden Sie miteinander in den Ausschüssen tun.

Ehrlich gesagt, ich hätte mir gewünscht, dass man dies auch von Ihrer Seite ein wenig in diesem relativen Kontext darstellt. Jetzt nach Haushaltsaufstellung zu kommen und zu sagen: Nun legt mal das Geld auf den Tisch, ohne eine Gegenfinanzierung vorzuschlagen, ist, das wissen Sie auch aus Ihren Erfahrungen aus der letzten Legislaturperiode, natürlich schwierig.

Insofern finde ich es gut, wenn wir insgesamt über die Bedeutung des kulturellen Erbes, auch der Kirchen auf Eiderstedt, miteinander in den Ausschüssen beraten. Es ist aber ein dickes Brett, und wir müssen den Gesamtkontext unserer großen Aufgaben im Kulturbereich sehen und dies in die richtige Relation bringen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/568 an folgende Ausschüsse zu überweisen: den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Umwelt- und Agrarausschuss sowie den Finanzausschuss. Wir müssen noch miteinander klären, welcher Ausschuss federführend ist.

(Zurufe)

- Der Finanzausschuss wird öfter genannt. Daher schlage ich vor, den Antrag federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an die anderen genannten Ausschüsse zu überweisen. Wer möchte so beschließen? - Wer stimmt gegen die Ausschussüberweisung? - Stimmenthaltungen kann es nicht geben. Dann ist der Antrag mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion an die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich einen organisatorischen Hinweis geben: Dem Präsidium liegt noch nicht jede Rednerin oder jeder Redner für die Debatte zum Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 29 B vor. Ich bitte darum, dass die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und die Parlamentarischen Geschäftsführer, sofern sie es noch nicht getan haben, ihre Redner vorn bei uns melden.

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Auf der Besuchertribüne möchte ich gemeinsam mit Ihnen neue Gäste begrüßen. Das sind Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Friedrichsort und Schülerinnen und Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums, Neumünster. - Herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Mündlicher Bericht der Landesregierung zur Ausweitung des HVV

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/580

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herrn Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident, ich danke herzlich! - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den HVV-Beitritt ist in diesem Hohen Haus in der letzten Wahlperiode reichlich und oft gesprochen worden. Insofern berichte ich gern darüber, wo wir beim Thema HVV-Beitritt Steinburgs stehen. Ich berichte aber auch gern darüber, was wir darüber hinaus tun und was in diesem Zusammenhang wichtig ist, zu erwähnen, denn natürlich ist der HVV-Beitritt für viele Kunden eine höchst attraktive Sache. Das sind ja höchst attraktive Preise.

Fakt ist aber auch, dass der Schleswig-Holstein-Tarif, den wir in diesem Land haben, auch nach Hamburg durchlässig ist. Das heißt, die Fahrgäste, die bei uns ein Ticket bis Hamburg lösen, dürfen damit das ganze Hamburger Stadtgebiet befahren. Das wissen leider nicht alle.

Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, zunächst einmal unabhängig vom HVV-Tarif festzustellen: Der Schleswig-Holstein-Tarif macht es allen mög-

lich, das Hamburger Stadtgebiet mit diesem Ticket zu befahren. Schleswig-Holsteiner nehmen immer noch eine Tarifgrenze wahr und glauben, für Hamburg ein Anschlussticket lösen zu müssen. Das ist nicht der Fall. Insofern sind wir mit unserem Schleswig-Holstein-Tarif deutlich besser aufgestellt als andere Regionen.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass wir einen transparenten Nordtarif für Hamburg, Schleswig-Holstein und den Norden Niedersachsens anstreben. Das haben hier im Hohen Haus auch alle gewollt. Als Zwischenlösung, so heißt es im Koalitionsvertrag, unterstützen wir den HVV-Beitritt des Kreises Steinburg. Das ist verabredet, und das machen wir auch so.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Die NAH.SH hat deshalb von mir den Auftrag erhalten, die notwendigen Schritte für einen HVV-Beitritt des Kreises Steinburg einzuleiten, und zwar gemeinsam mit dem Zweckverband ÖPNV des Kreises Steinburg, der für den Buslinienverkehr verantwortlich ist.

Die Umsetzung haben wir bereits in Angriff genommen. Es hat ein erstes Gespräch mit dem Zweckverband, dem Landrat des Kreises Steinburg und der NAH.SH stattgefunden. Darin wurde verbindlich vereinbart, dass die NAH.SH und der Zweckverband die Verhandlungen mit dem HVV gemeinsam führen; die einen für den Schienenverkehr, die anderen für den Busverkehr. Dies haben NAH.SH und der Zweckverband der HVV GmbH auch bereits angekündigt, damit klar ist, wer mit wem am Tisch sitzt und die nächsten Schritte vorbereitet.

In Kürze findet das erste Treffen beim HVV statt, um die weiteren Umsetzungsschritte zu erörtern. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dies hier in aller Klarheit sagen: Es sind nicht wenige Umsetzungsschritte. Die Ausweitung des HVV-Tarifs ist kein 08/15-Vorhaben, das man mal eben schnell umsetzen kann. Das werde ich gleich an einigen Beispielen, aber auch anhand von bestimmten Erwartungen und Erkenntnissen aus Niedersachsen noch einmal zum Besten geben, denn ich weiß, dass es in Steinburg zurzeit Leute gibt, die sagen: Ja, hurra, HVV-Beitritt. Geht es denn morgen los?

(Serpil Midyatli [SPD]: Der hat schuld! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Ich muss an dieser Stelle sagen, dass aus Niedersachsen bekannt ist, dass Beitrittsverhandlungen zum HVV vier, ja manchmal sogar fünf Jahre dauern, bis tatsächlich realisiert ist, was angestrebt wurde. Das muss allen Beteiligten klar sein. Es wird auch nicht helfen, sich dieses Thema alle drei Monate auf Wiedervorlage zu legen. Wir werden ein ganz dickes Brett bohren müssen.

Es muss ein praktikables Tarifmodell für das Beitrittsgebiet inklusive der konkreten Einnahmeaufteilung erarbeitet werden. Dazu müssen Ringe oder Zonen festgelegt werden, und es muss geklärt sein, welcher Ort welcher Zone zugeordnet wird. Wir brauchen Daten darüber, welche Fahrscheine und Gruppentickets heute in der Regel verkauft werden und wie groß die Differenz zum heutigen HVV-Ticket wäre, denn diese Differenz muss durch die Kommunen beziehungsweise das Land ausgeglichen werden.

Es müssen dann die genauen Kosten des Beitritts ermittelt werden, und es muss verbindlich dargestellt werden, wer welche Kosten zu finanzieren hat. Spätestens hier könnte es für den einen oder anderen - vorsichtig formuliert - zu Erkenntnisgewinnen kommen, denn den HVV-Beitritt wird ja irgendwer bezahlen müssen, und es geht dabei, lassen Sie mich das sagen, um eine große Menge an Geld.

Per Gutachten muss allerdings nicht nur berechnet werden, welche konkreten Mindereinnahmen beim Status quo auszugleichen sind, sondern es muss auch prognostiziert werden, welche weiteren Kosten entstehen könnten, wenn sich durch den günstigeren HVV-Tarif mehr Menschen entschließen würden, den ÖPNV zu nutzen, was ja grundsätzlich eine sehr schöne Sache ist. Es erhöht aber auch die Tariffdifferenz und entsprechend die Kosten für den Kreis und das Land.

Dann brauchen wir verbindliche Beschlüsse in den zuständigen Gremien zur Übernahme der Kosten. Möglicherweise brauchen wir auch Variantendarstellungen, falls die Finanzierbarkeit nicht gegeben ist. Erst dann können Verträge geschlossen werden. Danach kommen dann die technischen Anpassungen bei den Verkehrsunternehmen und natürlich bei der Infrastruktur, also neue Haltestellen, neues Haltestellendesign, entsprechende Fahrgastinfos und vieles mehr. Allein hierfür plant man beim HVV nach unseren Informationen rund ein Jahr Zeit für die Umsetzung ein.

Kurz und knapp: Es wird Geduld brauchen, bis Steinburg tatsächlich den HVV-Tarif hat.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: So kann man es auch machen!)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir arbeiten daran. Wir wollen, dass Steinburg hineinkommt, aber ich sage auch mit aller Deutlichkeit: Wir sollten sehr genau überlegen, ob es tatsächlich so schlau ist, Forderungen zu erheben, weitere Gebiete Schleswig-Holsteins in den HVV zu bringen. Denn in Wahrheit gibt es in Richtung Westen durchaus noch weitere Gebiete. Wenn man sich die Tarifzonen ansieht, dann kann man das sehr gut sehen. Das endet im Westen bei der Tarifzone C; es gibt aber auch noch die Tarifzonen D und E, die wir nach Westen durchaus erschließen könnten. Aber die Tarifzonen D und E haben wir bereits in Richtung Norden und in Richtung Osten.

Wer also jetzt kommt und sagt, Lübeck, Neumünster und vielleicht noch viele weitere Regionen mehr wären doch auch gut im HVV untergebracht, der beginnt eine Diskussion, die mit der Frage fortgesetzt wird: Warum eigentlich sollten neben Lübeck nicht auch den Südtteil Ostholsteins und damit ganz Ostholstein in den HVV rein? Dementsprechend ist der HVV dann am liebsten bis Puttgarden gültig.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bitte, das kann man gerne wollen. Es würde aber den hier im Hause bestehenden Bestrebungen, einen Nordtarif auf die Reise zu schicken, deutlich entgegenwirken.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich gern.

Birgit Herdejürgen [SPD]: Herr Minister Buchholz, Sie haben hier beschrieben, dass der Beitritt des Kreises Steinburg zum HVV ein langfristiges Projekt sei. Das war auch immer meine Einschätzung im Gegensatz zu anderen Teilen dieses Hauses. Wenn Sie nun sagen, es dauere ungefähr vier bis fünf Jahre, bis man einen solchen Beitritt herbeiführen könnte, dann frage ich Sie: Welche Zeitplanung haben Sie denn für den Nordtarif? Wenn der HVV-Beitritt eine Zwischenlösung

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

sein soll, dann müsste es ja insoweit einen zeitlichen Vorteil geben.

- Ja, das denkt man so, Frau Kollegin. Deshalb will ich Ihnen Folgendes sagen: Meine ersten Gespräche in Richtung Hamburg und die Vorbereitungsarbeiten, die in Richtung Nordtarif gemacht worden sind, sollten uns jetzt nicht zu euphorisch werden lassen. Über den Nordtarif, den wir wollen, besteht ja Übereinstimmung. Aber es gibt Regionen, die ebenfalls dazugehören wollen, und die wollen den eigentlich gar nicht. Deshalb geht es nun um Überzeugungsarbeit, insbesondere bei der Metropolstadt in der Mitte. Diese hat nämlich bisher nicht signalisiert, dass sie über das begeistert ist, was wir vorhaben und was wir mit ihr gemeinsam auf die Reise bringen wollen.

Deshalb sage ich: Wir würden uns einen Tort antun, wenn wir dem HVV jetzt noch weitere Gebiete zuschieben würden. Dies würde Hamburg das Argument liefern, mit uns über einen Nordtarif gar nicht mehr zu reden. Die würden sagen: „Dann kommt doch erst einmal mit den ganzen Regionen da rein, und dann brauchen wir nicht mehr über einen Nordtarif reden.“

Wir sind ja schon weiter als die Niedersachsen, weil wir wenigstens einen einheitlichen Schleswig-Holstein-Tarif haben; das haben die dort im Süden ja gar nicht. Aber wenn wir wirklich das Ziel haben, einen Nordtarif zu beflügeln, dann müssen wir damit aufhören, mit jeder Kleckerregion in den HVV beitreten zu wollen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an der Stelle noch etwas sehr klar sagen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister Buchholz, es gibt den Bedarf nach einer weiteren Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Herdejürgen.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich sehe hier meine Zeit weglaufen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Die wird erstens gestoppt, und zweitens sind Sie ja auch sonst nicht so zurückhaltend dabei, die Zeit auszunutzen, die Sie als Minister ja ohnehin fast unendlich zur Verfügung haben.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Im Interesse der Diskussion lasse ich das natürlich gerne zu.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]: Ich frage einfach noch einmal: Welche Zeitvorstellungen gibt es?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Es gibt die Zeitvorstellung, mit den Beteiligten - die aber noch nicht einmal feststehen - zu sprechen und denen zu sagen, wir könnten uns in die Richtung bewegen, die Verhandlungen so voranzutreiben, dass wir zunächst Überzeugungsarbeit geleistet haben, um dann über den Weg einer Tarifallianz einen Schritt dahin zu machen, letztlich zu einem Nordtarif zu kommen. Frau Kollegin, insoweit kann ich Ihnen sagen, ich würde das gerne morgen oder übermorgen machen. Ich sage Ihnen nur: Die Forderungen aus Ihrer Fraktion, Herr Vogel, auch noch Lübeck, Neumünster und weitere Gebiete in den HVV zu bringen, konterkarieren diese Bestrebungen, mit dem Nordtarif voranzukommen. Deshalb sind sie falsch, meine ich.

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich noch eines sagen: Das ist natürlich auch eine Frage des Geldes. Der Beitritt des Kreises Steinburg zum HVV kostet das Land jährlich 2,5 Millionen € und den Kreis wahrscheinlich noch eine halbe Million extra. Ein Beitritt der gesamten Metropolregion würde im Land Kosten in Höhe von 15 Millionen € verursachen: 12 Millionen € würden auf das Land für den Schienenpersonennahverkehr zukommen. Allein Lübeck würde einen großen Batzen von 5 Millionen bis 6 Millionen € Landesanteil ausmachen, und Neumünster würde mit 1,5 Millionen bis 2 Millionen € Landesanteil hinzukommen. Das alles würde also mit insgesamt 6,5 Millionen bis 8 Millionen € Landesanteil zu Buche schlagen. Nicht nur diese Kosten, Herr Vogel, sprechen gegen eine weitere Ausweitung des HVV. Dieses Argument bitte ich hier einmal zu wägen.

Wer die weitere Ausweitung des HVV unbedingt betreibt, der sagt auch, dass die wesentlichen Teile Schleswig-Holsteins, was das Tarifgefüge angeht, nicht mehr in diesem Land und nicht mehr in diesem Haus entschieden werden. Die werden dann

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

von der Hamburgischen Bürgerschaft entschieden. Ich glaube, dass das langfristig für uns nicht rasend hilfreich sein würde, gerade dann nicht, wenn wir ein aufeinander abgestimmtes Nordtarifgefüge wollen.

Deshalb, meine Damen und Herren: Aus der Sicht der Landesregierung streben wir nach Steinburg keine weitere Aufnahme von Kreisgebieten in den HVV mehr an. Wir streben vielmehr an, die Bestrebungen zum Nordtarif voranzutreiben. Dies wird schon in der nächsten Woche im Rahmen eines Hausleitergesprächs mit der Freien und Hansestadt Hamburg Gesprächsthema sein. Unterstützen Sie uns bitte dabei! Das bringt das Land deutlich besser voran. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Herr Minister hat trotz gestoppter Redezeit für die Beantwortung von Zwischenfragen die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten und 13 Sekunden überschritten. Diese Zeit steht den Rednern der Fraktionen nun natürlich zusätzlich zu den jeweils 5 Minuten Redezeit für jede Fraktion zur Verfügung.

Das Wort hat für die antragstellende SPD-Fraktion zunächst Herr Abgeordneter Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Minister, für den mündlichen Bericht. Ich muss ganz ehrlich sagen: Euphorie geht anders.

Uns kam es insbesondere darauf an, das genauer zu beleuchten, was der Koalitionsvertrag den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Steinburg versprochen hat. Als Zwischenlösung bis hin zum Nordtarif haben Sie den Beitritt des Kreises Steinburg zum HVV unterstützt oder zumindest zugesichert. Warum jetzt allerdings alle anderen Kreise, die gegebenenfalls auch ein Interesse daran hätten, dem HVV beizutreten, einen Nordtarif konterkarieren, der Kreis Steinburg aber nicht, erschließt sich mir nicht.

Wenn Sie des Weiteren sagen, es wäre nicht hilfreich, wenn jede „Kleckerregion“ auch noch ein Interesse daran hätte, dem HVV beizutreten - Herr Kollege Arp, Sie sehen mir das nach -, dann ist der Kreis Steinburg leider auch eine „Kleckerregion“. Ich finde, wenn ein Kreis einen solchen Anspruch

erhebt, dann muss das für alle anderen Kreise genauso gelten. Ich finde das erstaunlich.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Überschriften der vergangenen Monate zeigen auch in der Koalition keine eindeutige Linie, unabhängig von Ihrem Bericht, Herr Minister. Bernd Buchholz äußerte sich zum Beispiel beim UV Untereibe-Westküste zum vollständigen Beitritt des Kreises Steinburg - so konnte man lesen - skeptisch. Man konnte auch lesen: Der Minister bremst den HVV-Beitritt. Bernd Voß sagte, es ist Zeit für eine Versachlichung der Diskussion. Hans-Jörn Arp meinte, der HVV-Beitritt sei auf einem guten Weg.

Nun haben wir aber gerade von einer Zeitspanne von vier bis fünf Jahren gehört. Herr Arp, ich weiß ja nicht, welchen „guten Weg“ Sie Ihren Wählerinnen und Wählern im Kreis versprochen haben. Aber ich glaube, ab heute sollten Sie einen großen Bogen um den eigenen Wahlkreis machen.

(Lachen Hans-Jörn Arp [CDU])

Denn Ihre Wählerinnen und Wähler haben definitiv eine andere Forderung als die an Sie gestellt, die Sie hier im Landtag immer erhoben haben, nämlich dass Sie sich dafür einsetzen werden. Und nun soll das Ganze vier bis fünf Jahre dauern. Ich muss ganz ehrlich sagen: Vor diesem Zeithorizont kann man doch nicht sagen, dass Sie da etwas auf einen „guten Weg“ gebracht hätten.

(Beifall SPD)

Laut Aussage des Ministeriums dauern die Gespräche über einen Beitrag mehrere Jahre. Für mich ist das ein großes Hin und Her. Der eine bremst, der andere treibt, der eine sieht sich auf einem guten Weg, der andere spricht von mehreren Jahren. Zuverlässige Regierungspolitik geht anders. Deshalb auch dieser Berichtsantrag. Stellen Sie endlich Klarheit über den aktuellen Planungs-, Realisierungs- und Finanzierungsstand her!

Die Kollegin Herdejürgen hat eben zum Thema Nordtarif nachgefragt. Die Verve kann ich da auch nicht so richtig erkennen. In der letzten Legislaturperiode, Kollege Vogt, hat es auch mit Ihrer Stimme bei einer namentlichen Abstimmung ein eindeutiges Votum für diesen Nordtarif gegeben. Drängen Sie doch den Minister wie in anderen Projekten auch einmal!

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach über das Thema HVV-Ausweitung ge-

(Kai Vogel)

sprochen. Einstimmig wurde, wie ich es eben sagte, den Gesprächen für den Nordtarif zugestimmt. Die Formulierung im Koalitionsvertrag ist eine Übergangslösung. Doch wenn es eine Übergangslösung für einen Kreis geben sollte, müssen sich die Landesregierung und der Landtag kritisch mit der Frage der Gleichbehandlung auseinandersetzen.

Nehmen wir doch einmal den Vergleich - ich zähle jetzt nicht alle Kreise auf - von Steinburg und der Hansestadt Lübeck. In Steinburg und Lübeck haben sich verschiedene politische Vertretungen für einen Beitritt zum HVV ausgesprochen. Gleichstand. In Lübeck wohnen allerdings 214.000 Menschen und in Steinburg nur 131.000 Menschen. Punkt für Lübeck. Die Anzahl der Pendlerinnen und Pendler in der Metropolregion, wobei die meisten nach Hamburg fahren, ist fast identisch. Knapp 21.500 pendeln aus Steinburg in Richtung der Metropolregion und überwiegend nach Hamburg. Aus Lübeck pendeln täglich fast 24.000 Menschen in Richtung Hamburg. Kleiner Vorteil für Lübeck. Der Lübecker Bahnhof liegt 20 km weiter weg vom Hamburger Hauptbahnhof als der Bahnhof in Itzehoe. Punktvorteil für Itzehoe oder Steinburg. Auf der anderen Seite dauert die Fahrt mit der Bahn von Lübeck zum Hamburger Hauptbahnhof 43 Minuten, von Itzehoe zum Hamburger Hauptbahnhof schon 60 Minuten. Wiederum Punktvorteil für Lübeck.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Kollegen Tietze? - Herr Tietze, bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. - Da Sie in Ihrer Rede gerade bei dem Thema Lübeck sind, will ich Sie vielleicht fragen oder darauf hinweisen, wenn Sie erlauben, dass Lübeck erhebliche innerstädtische Verkehre hat, die Sie dann auch mit dem HVV-Tarif bezahlen. Wie wollen Sie denn dann argumentieren, dass hier eine besondere Bevorzugung einer großen kreisfreien Stadt besteht? Nehmen Sie das einmal für Kiel: ähnliche Situation, hohe Kosten für innerstädtische Verkehre, die Sie dann mit dem HVV-Tarif subventionieren wollen. Das heißt, Sie haben ein Problem. Wenn Sie jetzt die Gerechtigkeitsfrage aufmachen, dann ist es, wie ich finde, sehr schräg, wenn Sie gerade in dieser Gerechtigkeitsfrage Steinburg und Lübeck vergleichen. Ich wollte nur ein-

mal herausarbeiten, ob Sie das dann besonders gerecht finden.

Kai Vogel [SPD]:

Vielen Dank für die Frage, muss ich sagen, Herr Kollege Tietze. Die Gerechtigkeitsfrage haben genau Sie mit Ihrem Koalitionsvertrag gestellt, in dem Sie einem einzigen Kreis den Beitritt zum HVV als Zwischenlösung versprochen haben, und es gibt genügend andere Kreise, die das ebenso wünschen. Ich kann das nicht nachvollziehen.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Tietze!

Kai Vogel [SPD]:

Wir waren uns - -

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Moment einmal!

Kai Vogel [SPD]:

Entschuldigung, Herr Präsident.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich möchte erst einmal klären, was Herr Tietze im Kopf hat,

(Heiterkeit - Volker Schnurrbusch [AfD]: Das dauert zu lange, dafür haben wir keine Zeit!)

wie er sich den weiteren Verlauf der Sitzung vorstellt. Gibt es den Bedarf für eine weitere Zwischenfrage, weil Sie begonnen haben zu reden? Das konnte ich gerade nicht erkennen. Okay. Dann können Sie jetzt fortfahren, Herr Kollege Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. -Wir waren uns im Hause bisher immer einig, dass der Beitritt zum HVV nicht mit besseren Zugleistungen einhergeht. Das heißt, der Beitritt zum HVV schafft keine zusätzlichen Zughalte. Der Beitritt zum HVV schafft keine zusätzlichen Zugverbindungen. Aber der HVV ist neben anderen Hamburger Labels positiv besetzt. Der Minister hat das bereits erwähnt. Er steht für einen modernen und leistungsfähigen Nahverkehr.

(Kai Vogel)

Für den Kunden ist der Beitritt zum HVV einzig und allein ein monetärer Vorteil. Es ist sehr gut nachvollziehbar, dass viele Bürgerinnen und Bürger ein Interesse daran haben, Geld zu sparen und deshalb dem HVV beizutreten. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass der Landesregierung jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt gleich wichtig ist, sollte fairerweise bei den Gesprächen der Landesregierung mit der Freien und Hansestadt Hamburg über eine Übergangslösung zum HVV nicht nur der Blick in Richtung Steinburg gerichtet werden, sondern zwingend auch in Richtung anderer Kreise und kreisfreien Städte wie zum Beispiel der Hansestadt Lübeck. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Jetzt kommt wieder die A 20!)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Keine Sorge, die kommt.

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Vogel, wissen Sie eigentlich, was Sie mit Manni Kaltz gemeinsam haben? Er ist eigentlich auch ein netter Kerl, aber bekannt dafür, dass er die meisten Eigentore in der Bundesliga geschossen hat.

(Heiterkeit - Zurufe CDU)

Jedes Mal wieder ein klassisches Eigentor.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da war der HSV noch erfolgreich!)

Das war zu einer Zeit, als die SPD noch erfolgreich war. Das ist leider auch nicht mehr der Fall. Also der Vergleich SPD und HSV passt.

Aber ich will noch einmal auf den Vergleich mit Manni Kaltz zurückkommen, der dafür bekannt war, dass er ein netter Kerl, aber ein großes Risiko war, wenn er Anträge gestellt, in diesem Fall, wenn er Fußball gespielt hat, dass er Eigentore schoss. Dies war ein klassisches Eigentor. Was Sie dabei vergessen, ist: Sie haben - das waren nicht Sie selbst, sondern insbesondere Herr Meyer - immer wieder gesagt, es gebe keinen Beitritt des Kreises

Steinburg zum HVV. Jetzt sagen Sie, das sei alles nicht schnell genug und man sollte lieber Lübeck nehmen. Fragen Sie einmal Ihren Sitznachbarn. Sie haben bei allem, was Sie von Lübeck aufgezählt haben, vergessen, dass es dort Marzipan gibt. Das haben Sie nicht erwähnt. Dafür haben wir in Steinburg Matjes. Das ist viel gesünder.

(Heiterkeit)

Man sieht auch an unser beider Figur, welches der beiden Produkte gesünder ist.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist eine Büttendrede! Der Fasching ist schon vorbei! - Unruhe)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Sehr geehrter Kollege, wir sollten versuchen, uns wieder etwas zusammenzureißen und - -

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Zu dem eigentlichen Thema HVV-Beitritt des Kreises Steinburg zurückzukommen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Genau, zum eigentlichen Thema zurückzukommen.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident, ich bin Ihnen sehr dankbar für den Hinweis. Es ist Folgendes zu sagen: Auch ein langer Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

(Zurufe SPD und AfD: Oh!)

Der erste Schritt hat bei Ihnen und Herrn Meyer nie stattgefunden. Das gab es nicht. Ich weiß noch, wie es in der letzten Legislaturperiode war, wie man sich draußen in Panik getroffen hat. Dann kam die Idee mit dem Nordtarif. Nun erzählen Sie mir einmal, warum Hamburg einem Nordtarif beitreten sollte, der für sie nur Nachteile hätte. Das haben Sie versucht, im Wahlkampf zu verkaufen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Der Minister arbeitet doch daran!)

Sie haben die Grünen in Mithaftung genommen, obwohl Sie von Anfang an davon überzeugt waren, dass das nicht der richtige Weg war. Wir haben das umgesetzt, und das ist für Sie ungewöhnlich. Wir haben das gehalten, was wir im Wahlkampf versprochen haben. Wir haben im Wahlkampf gesagt, wir werden uns dafür einsetzen. Da haben Sie gesagt, das geht nicht. Wir haben es gemacht, und jetzt setzen wir es um. Bernd Buchholz hat voll-

(Hans-Jörn Arp)

kommen recht, wenn er sagt, das ist noch ein langer Weg.

(Zurufe SPD)

Das hat in Niedersachsen mit einem Kreis sieben Jahre gedauert. Wir haben auch nie gesagt, dass wir sofort loslegen. Aber wenn wir jetzt nicht anfangen, wird es nie etwas. Wir fangen jetzt an, und es geht auch los. Wir werden weiterhin an einem Nordtarif arbeiten, weil es ein Interesse von uns ist. Das wird sicherlich noch mehrere Jahre dauern. Aber keine Sorge, diese Debatte, die Sie hier führen, wird Ihnen im Wahlkampf nicht helfen. Wir wollen es, und wir gehen den Weg. Denn vergessen Sie bei all dem nicht - das ist Ihnen vollkommen aus den Augen verloren gegangen -: Es geht um die Pendler, die jeden Tag nach Hamburg fahren, die Leistungsträger der Gesellschaft. Es sind 8.000 bis 10.000 Pendler aus dem Kreis Steinburg, die heute einen Tarif haben, der in Elmshorn endet. Dann müssen sie den HVV-Tarif nehmen. Das ist sehr kompliziert. Dann müssen sie eine neue Karte lösen. Es geht um Ersparnisse zwischen 50 € und 80 € im Monat. Das ist die Ersparnis eines Arbeitnehmers, wenn er im HVV-Tarif ist. Dafür setzen wir uns ein, weil das diejenigen sind, die dafür sorgen, dass wir so hohe Steuereinnahmen haben. Für den Arbeitnehmer, für den Pendler, der jeden Tag zur Arbeit fährt, lohnt es sich schon einmal, diese Debatte zu führen.

Wir sagen auch, wir werden das nicht auf die Busse umlegen.

(Beate Raudies [SPD]: Was?)

Das ist ja klar. Das kann nur auf der Schiene sein, im Schienenpersonennahverkehr. Im Busverkehr ist es von keinem gewollt. Bisher sind auch die Gemeinden bereit, einen Anteil mitzutragen.

(Lachen SPD)

Herr Minister, das können wir beide ja noch einmal besprechen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Arp, Sie kommunizieren jetzt nicht mit dem Minister, sondern eventuell mit dem Kollegen Vogel, der sich zu einer Zwischenfrage gemeldet hat. Gestatten Sie die?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Aber gern. Wenn es dazu beiträgt, dass er noch etwas dazulernt, jederzeit.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Frage geht in die Richtung, weil Sie argumentieren, dass Steinburg kommen soll. Ich gebe ehrlich zu, die Formulierung „HVV-Beitritt jetzt“ ist durchaus interpretationswürdig, wenn man von vier bis fünf Jahren ausgeht. Mich interessiert aber - dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt -, warum Steinburg und nicht eine - ich habe es dargelegt - mehr oder weniger vergleichbare Gebietskörperschaft wie Lübeck? Warum nur Steinburg? Warum dürfen alle anderen Bürgerinnen und Bürger, die in einer vergleichbaren Situation leben, nicht in den vermeintlichen Genuss des HVV-Beitritts kommen? Mir ist nicht klar, warum die Steinburger Bürgerinnen und Bürger Ihnen definitiv mehr wert sind als andere Bürgerinnen und Bürger.

- Ich habe nie gesagt, dass sie mehr oder weniger wert sind. Einen solchen Gebrauch von Bürgern würde ich für mich überhaupt nicht in Anspruch nehmen. Alle Bürger des Landes Schleswig-Holstein und von mir aus auch Deutschlands und der Welt sind gleich viel wert. Das sagt sogar unser Grundgesetz, Herr Kollege Vogel.

(Beifall CDU und FDP)

Darüber brauchen wir nicht miteinander zu diskutieren. Ein solches Niveau nehme ich gar nicht erst an. Aber ich will Ihnen etwas sagen: Bei uns war es ein Thema im Wahlkampf. Ich habe das nicht in Neumünster gehört. Ich habe es nicht in Lübeck gehört. Bei uns ist es so, dass wir mit den Pendlern, die jeden Tag zur Arbeit fahren, ständig ein Problem auf der A 23 haben, weil Sie es nicht geschafft haben, die A 20 auszubauen.

(Zurufe SPD)

Wir haben immer dafür geworben, möglichst viele Menschen, die als Pendler jeden Tag zur Arbeit fahren, auf die Schiene zu bringen. Das ist insbesondere zwischen Itzehoe, Glückstadt und Hamburg ein großer Anteil. Dort hat man - wie auch in Lüneburg - immer wieder den Wunsch gehabt, Mitglied im HVV zu werden. Sie wollten die gleichen Bedingungen haben. Deshalb haben wir uns im Wahlkampf dafür eingesetzt. Wenn das andere nicht in dieser Weise zum Thema gemacht haben, dann ist bei ihnen der Druck wahrscheinlich nicht so hoch gewesen.

(Zuruf)

- Ich wollte nicht sagen, dass das auch mit mir zu tun hat, aber Heiner Rickers und andere waren es

(Hans-Jörn Arp)

genauso. Selbst Oliver Kumbartzky von der FDP hat sich immer wieder dafür eingesetzt.

(Beifall FDP)

Darum ist es am Ende auch ein Erfolg von fleißigen Abgeordneten in der Region. - Auch von Bernd Voß. Ohne Frage. Er stand immer zwischen Baum und Borke. Hier hatte er Meyer zu gehorchen, und vor Ort wusste er genau, was seine grünen Wähler von ihm wollten. Insofern haben wir es gemeinsam durchgesetzt. Wir sind stolz darauf, und wir wissen, dass es bei Bernd Buchholz in guten Händen ist. Ich mache mir da überhaupt keine Sorgen. Der Beitritt kommt früher oder später, aber er wird kommen. Das ist sicher.

(Sandra Redmann [SPD]: Genau! Früher oder später!)

Das Geld dafür ist auch bereitgestellt. Ich weiß gar nicht, was die Debatte hier soll.

Also noch einmal, Herr Vogel: Das war ein Eigentor.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verkehrsdebatten am Freitagmittag in diesem Hohen Hause haben immer einen besonderen Charme. Ich will mit dem Zitat eines berühmten Menschen beginnen. Sie sind bestimmt wie ich alle Fan von Asterix. In einem dieser wunderbaren Asterix-Comics hat Julius Cäsar gesagt: Alea iacta est. - Der Würfel ist geworfen.

(Zurufe: Ist gefallen!)

- Wörtlich heißt es „geworfen“, die Interpretation ist „gefallen“. - Das Kleine Latinum. - Deshalb steht im Koalitionsvertrag:

„Wir streben einen transparenten Nordtarif mit fairen Tarifzonen und durchgängigem Fahrkartensystem für Hamburg, Schleswig-Holstein an ...“

Ich darf noch einmal daran erinnern: Erst der Nordtarif. Und dann:

„Als Zwischenlösung werden wir den HVV-Beitritt des Kreises Steinburg unterstützen.“

Das ist die Grundlage, die wir gemeinsam vereinbart haben. Genau das machen wir.

Es geht also nicht um das Ob, sondern es geht um das Wie. Bei den Fragen des Wie, lieber Herr Herr Vogt, haben Sie dem Herrn Minister wahrscheinlich nicht zugehört.

(Zurufe FDP: Vogel!)

- Ja, Vogel. Freud lässt grüßen! - Sie haben dem Minister nicht genau zugehört. Er hat gesagt, es liegt nicht allein in unserer Hand, dieses System zu verhandeln. Ich darf noch einmal daran erinnern: Ihr Denkfehler beziehungsweise der Systemfehler ist: Wir wollen einen HVV-Betrieb. Sie wissen doch wie ich, wofür das H steht. Es steht für Hamburg und nicht für Schleswig-Holstein. Sonst würde es SHVV heißen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das heißt, Sie brauchen den Hamburger Senat. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Sie können hier fordern, was Sie wollen. Sie sind übrigens Vorsitzender des gemeinsamen Ausschusses. Insofern haben Sie auch eine Verantwortung. Also einmal ran an den Speck! Der Minister hat klar und deutlich gemacht: Erarbeitung des Tarifmodells, Diskussion über Einnahmeaufteilung - eine ganz spannende Debatte bei Tarifen, kann ich Ihnen sagen; dabei kommen Sie bestimmt nicht leicht und schnell vom Platz -, Kostenermittlung, Finanzierbarkeit, Gremienbeschlüsse, Verträge, in der Technik muss vorgearbeitet werden, Infrastruktur. Sie haben das alles genannt, Herr Minister, und Sie haben darauf hingewiesen, dass wir als Schleswig-Holstein nicht alleine diese Erfahrung mit dem HVV-Beitritt machen. Es gibt Beispiele. Sie haben gesagt, wie lange das dauert. Das ist allen, die in diesem Hause seriös Politik betreiben, bekannt gewesen.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Ich habe hier nie - - Sie werden bei den Grünen in der Verkehrspolitik nicht erleben, dass wir in Wahlkämpfen Dinge versprechen, die wir nicht halten können. Das ist eher bei Ihnen der Fall, bei uns jedenfalls nicht.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Wir haben weder bei der A 20 noch bei der Fehmarnbelt-Querung noch beim HVV etwas versprochen, was wir hinterher nicht halten konnten. Das weise ich zurück. Da bleiben Sie bitte schön bei Ihrer Partei! Das ist nicht unser Stil.

(Dr. Andreas Tietze)

Deshalb sage ich Ihnen: Auch in der Küstenkoalition war die Debatte um diesen Tarif ein mühsames Tagesgeschäft. Ich erinnere daran. Auch hier gab es Begehrlichkeiten. Wir wurden in dem Gutachten darauf hingewiesen, dass es entsprechend Zeit braucht und dass es eben nicht schnell geht.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal die Debatte aufgreifen, die Herr Kollege Vogel angestoßen hat. Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen den HVV-Beitritt für alle öffnen, dann wissen Sie auch: Wenn Sie das mit Lübeck, mit Ostholstein, mit all den Kreisen machen, dann kommen noch ganz andere Debatten auf. Kiel und Neumünster kommen auch dazu. Der gesamte Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zum HVV würde ungefähr 23 Millionen € pro Jahr kosten. Da haben wir jetzt aber noch keine zusätzliche Leistung. Da fährt nicht ein Bus mehr, da fährt nicht ein Zug mehr, damit haben wir keine besonderen Vorteile im Sinne eines besseren ÖPNV. Vielmehr würden wir dieses Geld dahin gehend investieren.

Wenn Sie aber fragen, wie wir den öffentlichen Nahverkehr gerechter machen, oder wenn Sie fragen, wie wir ihn fahrscheinlos machen, oder wenn Sie mit mir darüber diskutieren wollen, wie wir ihn gar kostenlos machen, wie es die Bundesregierung jetzt vorgeschlagen hat, öffnen Sie bei mir alle Türen, und ich bin sofort bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren. Nur, dann reden wir über ganz andere Zuschussströme, dann reden wir über ganz andere Verantwortlichkeiten. Dann ist auch der Bund in der Pflicht. Dann reden wir darüber, ob der ÖPNV insgesamt nicht auch eine Strategie gegen die Dieselskandale und die Fahrverbote in den Städten ist.

Da bin ich sofort bei Ihnen. Wir können sehr gerne darüber nachdenken, wie wir es in Deutschland anders organisieren, auf andere Säulen stellen. Aber diese Klein-Klein-Debatte, die wir hier führen, bringt uns an der Stelle nicht weiter.

Wir sind gerne bereit, bei dem Thema Tarife einen größeren Schritt zu gehen. Wir haben es jetzt auch mit dem Semesterticket vor, was übrigens auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Wir sind auch offen für Bürgertickets, für Neun-Uhr-Tickets, wir sind bereit, uns die Schritte in der Tarifpolitik anzuschauen und sie im Sinne und zum Wohle der Menschen und auch der Umwelt zu gehen. - Hierzu gibt es ein paar interessante Ideen, die wir übrigens in diesem Hause gemeinsam teilen. - Deshalb werden Sie beim Thema Tarife mit uns immer konstruktive Politik sehen und erleben können.

Ich darf auch daran erinnern, dass vom Land Niedersachsen eine HVV-Card vorgeschlagen wurde, die so ausgestaltet ist, dass sie verbundübergreifend genutzt werden könnte. Es gibt ja in Deutschland Verbundsysteme. Ich erinnere an den Tarifverbund Berlin-Brandenburg, ich erinnere an den Rhein-Ruhr-Tarifverbund, die es geschafft haben, diese lokalen Paritäten zu überwinden, bei denen gesagt worden ist: Es ist nicht nur die Metropole in der Mitte, die profitiert, sondern wir alle - auch die Peripherie - profitieren davon. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir einen Tarifverbund für die gesamte Tarifregion machen. Mehr Qualität, mehr Leistung, aber auch eine bessere Ausnutzung des ÖPNV - das ist ja der Vorteil solcher Verbundsysteme wie Berlin-Brandenburg oder Rhein-Ruhr.

Ich finde, insoweit müssen wir mutiger werden. Da müssen wir wohl auch als Region mehr tun. Denn wir stehen auch in Konkurrenz mit der Rhein-Ruhr-Region, mit der Nord-Region und mit der Berlin-Brandenburg-Region, wenn es um Wirtschaftsentwicklung, um Ansiedlung von Menschen, um Ausbildung, also um Fachkräfte, geht.

Deshalb sage ich Ihnen, es ist klug, dass sich Hamburg hier tatsächlich als Partner versteht. Wir kennen es aus der Verkehrspolitik: Es muss nicht immer alles zum Hauptbahnhof führen, es muss nicht alles auf die Mitte Hamburgs ausgerichtet sein. Insoweit ist auch Hamburg gefragt, einmal zu überlegen, wie eine intensivere und bessere Verkehrspolitik aussieht.

Wir sind bereit, diese Debatte mit Hamburg zu führen. Wir haben einen ersten Schritt gemacht. Ich sage noch einmal: Vertrag ist Vertrag. Wir stehen solidarisch zu diesem Vertrag. Die weiteren Schritte werden wir hier im Hause noch besprechen.

Ich danke dem Herrn Minister noch einmal für den Bericht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich noch sehr gut an die Debatte im Sommer 2016 hier im Landtag, als wir über den HVV-Beitritt Steinburgs debattiert haben. Damals

(**Oliver Kumbartzky**)

lag ein Antrag von FDP, CDU und PIRATEN vor. Die Küstenkoalition hat diesen Antrag abgelehnt.

Nachdem Sie treibende Kraft bei der Anlehnung dieses Antrags im Jahr 2016 waren, sind Sie nun auf einmal offen für einen Beitritt, wie der Kollege Vogel kürzlich auch medial verbreiten ließ. Das entspricht der flexiblen SPD-Politik, die wir bereits in den letzten Monaten und auch in dieser Sitzungswoche wieder beobachten durften: In der Opposition das fordern, was man als Regierungspartei abgelehnt oder ignoriert hat. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, ich freue mich, dass unsere guten Argumente schlussendlich auch Sie überzeugt haben.

(Beifall FDP und CDU)

Wie Sie wissen, setzt sich die FDP schon lange für einen HVV-Beitritt Steinburgs ein, genauso wie auch der Kreistag Steinburgs, der dies fraktionsübergreifend schon viele Jahre tut. Dafür gibt es, wie schon gesagt, auch viele gute Gründe. Das sind die Pendler, die von Steinburg nach Hamburg pendeln, aber auch jene, die aus Hamburg oder dem Hamburger Umland nach Steinburg pendeln. Die gibt es natürlich auch.

Aber gerade auch für den Tagestourismus ist das eine ganz entscheidende Sache, auch aus dem Bereich südlich von Hamburg. Es ist gut, wenn die Fahrgäste dann auf den HHV-Tickets auch Steinburg oder beispielsweise auch Glückstadt und Itzehoe entdecken und diese Orte als Ziel von Tagesausflügen wählen können. Das ist eine gute Sache, und so etwas unterstützen wir natürlich gerne.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir haben als FDP, wie ich schon sagte, den HVV-Beitritt Steinburgs schon länger gefordert, auch im Wahlprogramm für die letzte Landtagswahl. Dies ist dann auch in den Koalitionsvertrag gekommen, und insofern ist es doch konsequent, dass wir diese Maßnahme jetzt umsetzen. Es ist gut, dass der Zug rollt und dass die Verhandlungen zwischen NAH.SH, dem Steinburger Zweckverband und der HVV GmbH nun starten. Ich wünsche ihnen viel Erfolg bei den Gesprächen.

Herr Vogel, Sie nolen hier herum und sagen, vier Jahre seien ein viel zu langer Zeitraum. Man muss aber auch noch einmal feststellen, wer denn in Hamburg regiert. Wenn auch Sie jetzt für den HVV-Beitritt sind, dann nutzen Sie doch Ihre guten Kontakte, und sorgen Sie mit dafür, dass es dann eventuell auch schneller geht!

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es gelingt, dann ist das vielleicht auch kein Eigentor mehr, dann ist es eine klassische Bananenflanke. Wie sagte Horst Hrubesch noch: „Manni Bananenflanke, ich Kopf: Tor!“ An diesem Erfolg können Sie dann gemeinsam teilhaben, wenn wir den HVV-Beitritt endlich hinbekommen haben.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Mir ist es auch noch einmal wichtig festzuhalten, dass es sich hier um einen Einzelfall handelt, was Steinburg betrifft. Wir haben im Koalitionsvertrag in Bezug auf die HVV-Ausweitung eben nur Steinburg erwähnt und nicht auch Lübeck und Ostholstein. Deswegen können Sie auch davon ausgehen, dass Lübeck und Ostholstein in dieser Legislaturperiode dem HVV nicht beitreten werden.

Aber das andere Thema ist ja schon erwähnt worden, nämlich der Nordtarif. Den haben wir doch nicht aus den Augen verloren. Daran arbeiten wir wirklich weiter. Kollege Tietze hat es auch noch einmal ausgeführt. Ich glaube, wenn wir dann zu dem Nordtarif kommen und eben auch den Einfluss auf die Gestaltung der Tarife des Nahverkehrs hier in unserem echten Norden haben, dann ist das eine gute Sache. Deswegen halten wir natürlich an diesem Ziel fest. Das ist doch ganz klar, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Die Jamaika-Koalition stellt sich der Aufgabe, den Nahverkehr grundsätzlich attraktiver und übersichtlicher zu gestalten, ohne dabei die Tarifhoheit des Landes aus unseren Händen zu geben. - Ich hätte jetzt noch viereinhalb Minuten Redezeit, aber ich denke, es ist inzwischen schon zu viel Zeit verschwendet worden - gerade weil Sie noch vor einem Jahr das ganze Thema blockiert haben.

(Zurufe SPD)

Wir hätten schon viel weiter sein können, wenn Sie damals als SPD zugestimmt hätten. Das haben Sie aber nicht getan. Aber nun geht es los. Glück auf! Alles Gute! - Danke schön.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir bedanken uns bei Herrn Minister Buchholz für seinen ausführlichen Bericht. Das

(Jörg Nobis)

klung für uns alles sehr plausibel. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass eine tarifliche Einbindung Steinburgs in den HVV eine große Entlastung, insbesondere für die vielen Pendler, darstellen und auch die Attraktivität der Region weiter fördern würde. Die Erweiterung des HVV-Gebiets sehen wir wie auch viele andere Fraktionen hier als grundsätzlich richtiges Ziel an.

Aber auch Herr Vogel hat recht, wenn er fragt, warum nicht auch andere Regionen vom HVV-Tarif profitieren sollten. Langfristig sollte allerdings der gemeinsame Nordtarif das eigentliche Ziel sein. Der HVV-Tarif orientiert sich leider doch sehr stark an den Bedürfnissen eines auf ein Zentrum zugeschnittenen Streckennetzes - das wurde ja auch schon erwähnt -, wir wollen in Schleswig-Holstein aber auch leistungsstarke Querverbindungen zu attraktiven Preisen schaffen. Da ist eine Anlehnung an oder eine mögliche Teilintegration in den HVV denkbar, um Kosten und Nutzen auszutarieren und die tarifliche Einheit im Land zu erreichen, ausgerichtet am Nutzen für alle Bürger, von Lauenburg bis Itzehoe.

Aber Herr Minister Buchholz hat natürlich recht: Wenn wir einen Nordtarif favorisieren, dann können wir uns nicht mit allen Umlandregionen dem HVV anschließen. Das kann dann auch nur eine Zwischenlösung sein.

An einem Schwarzer-Peter-Spiel der SPD in Richtung Verkehrsministerium werden wir uns heute nicht beteiligen. Dazu ist das Thema zu wichtig. Wir sollten dies im Verkehrsausschuss beziehungsweise im Wirtschaftsausschuss beraten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wenn über die Ausweitung des HVV auf den Kreis Steinburg gesprochen wird, dann muss endlich Butter bei die Fische. Es scheint, dass diese Diskussion oft in der Weise geführt wurde, als würde so ein Beitritt das Land kein Geld kosten. Entsprechend haben sich CDU und FDP seinerzeit im Landtagswahlkampf massiv für den Beitritt Steinburgs ausgesprochen. Was ist aber

seitdem passiert? Der Beitritt Steinburgs ist immer noch ein Wahlversprechen.

Für uns als Küstenkoalition war es seinerzeit wichtig, den landesweiten ÖPNV qualitativ voranzubringen und ihn damit für alle Menschen im Land attraktiver zu machen. Die zusätzlichen Regionalisierungsmittel, die dem Land zur Verfügung gestellt werden, wurden seinerzeit für Maßnahmen eingeplant, die dem landesweiten ÖPNV zugutekommen sollten. Die Zielsetzung der Küstenkoalition war, dass alle im Land von den zusätzlichen Mitteln profitieren sollten, indem der ÖPNV ausgebaut wird, attraktiv gestaltet wird und die Qualität verbessert wird. Diese Maßnahmen sind eben nicht zum Nulltarif zu haben.

Darüber hinaus sollte die Landesregierung mit den Ländern Hamburg und Niedersachsen Gespräche führen mit dem Ziel eines Norddeutschen Tarifverbunds - wohl wissend, dass das ein sehr dickes Brett ist, muss dies immer noch das politische Ziel des Landes sein. So lese ich auch den Koalitionsvertrag von Jamaika.

Auf dem Weg dorthin soll der HVV-Beitritt des Kreises Steinburg eine Zwischenlösung darstellen. Dass wir als SSW diese Zwischenlösung politisch nicht gut finden, dürfte klar sein. Da auch diese Landesregierung den Euro nur einmal ausgeben kann, frage ich die Koalition, wo sie dann an anderer Stelle beim ÖPNV einsparen will. Das gehört für mich zur Wahrheit dazu.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vor dieser Debatte hatte ich mir in der Zwischenzeit die Frage gestellt, ob das mit dem Beitritt des Kreises Steinburg im Koalitionsvertrag doch nicht so ernst gemeint ist. Denn mittlerweile muss doch daran gezweifelt werden, dass der politische Wille für den Beitritt des gesamten Kreises Steinburg überhaupt noch vorhanden ist. Wir konnten mittlerweile, nämlich im November letzten Jahres, der Presse entnehmen, dass Minister Buchholz bei einer Veranstaltung beim Unternehmensverband Untereibe-Westküste darauf hingewiesen hat, dass der HVV-Tarif nur auf das Stadtgebiet ausgelegt ist. Zudem konnte der Minister dort nicht sagen, ob es eine Integration des gesamten Kreises in den HVV geben wird.

So hat es zumindest für mich nun doch den Anschein, dass hier eben nicht alles rund läuft und der Kreis Steinburg doch nicht so ohne Weiteres in den HVV implementiert werden soll. Im Gegenteil, es klingt vielmehr nach einem geordneten Rückzug. Der Schuldige ist dabei auch schon ausgemacht,

(Flemming Meyer)

nämlich der HVV selbst, denn dieser ist schließlich nur auf Stadttarife ausgerichtet. Mit anderen Worten: Das Land hat bisher nicht genug geboten, um den Kreis in den HVV einzukaufen.

Sei es drum! Sollte der versprochene Beitritt des Kreises Steinburg doch noch erkauf werden können, wird das natürlich zu Begehrlichkeiten bei anderen Kreisen im Land führen.

So verstehe ich auch den Antrag der SPD, mit dem ja weitere Möglichkeiten abgeklopft werden sollen. Welche Kreise und kreisfreien Städte damit gemeint sind, lässt der Antragsteller allerdings offen. Sicherlich sind damit aber nicht der Kreis Nordfriesland oder die Stadt Flensburg gemeint. Aber auch dort leben Leistungsträger der Gesellschaft.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die gibt es nämlich, lieber Kollege Arp, nicht nur in Steinburg, die gibt es auch oben bei uns.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das glaube ich! Ein paar Ordentliche wird es auch da geben!)

- Ja. - Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir uns mit der Aufnahme jedes weiteren Kreises und jeder kreisfreien Stadt in den HVV Schritt für Schritt von den Zielen entfernen, den ÖPNV landesweit besser zu machen und ihn attraktiver zu gestalten.

(Beifall SSW)

Wer das will, muss aber auch sagen, was anderswo gestrichen werden soll. - Jo tak.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Zuruf Volker Schnurbusch [AfD]: Doch, hier!)

Noch ein Wortbeitrag? Dann wollen wir doch gerne den Abgeordneten des Kreises Steinburg hören. - Bitte.

(Zurufe: Mehrere!)

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kollegen! Herr Minister Buchholz, wir tun in dieser Debatte ein Stück weit so, als bescherten wir dem Kreis Steinburg ohne irgendeine Gegenleistung etwas außergewöhnlich Gutes. Das ist bei Weitem nicht der

Fall. Ich will Ihnen sagen, warum ich das anders sehe.

Schauen Sie einmal zehn bis 15 Jahre zurück, und sehen Sie, was wir als Kreis Steinburg für den Wirtschaftsstandort Hamburg geleistet haben, im Bereich der Ausgleichsflächen entlang der Stör, für die Vertiefung des Hamburger Hafens, für die Elbvertiefung, für das Mühlenberger Loch, insgesamt um die 1.000 ha Moorgebiete renaturiert im Kreis Steinburg als Ausgleichsmaßnahmen für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Das ist ein großes Verdienst in der Zusammenarbeit, und wir wollen bei dieser guten Zusammenarbeit ein Stück weit davon profitieren, dass wir sowohl Leute aus Hamburg bei uns ansiedeln als auch Ausgleich schaffen für Hamburg, wir wollen als Metropolregion von deren Wirtschaftskraft ein Stück weit mit profitieren.

Wenn sich Leute bei uns ansiedeln und bei uns wohnen möchten, weil es in Hamburg nur noch teuren Wohnraum gibt, gibt es immer zwei spannende Fragen an den Bürgermeister oder Kommunalvertreter wie mich. Die erste Frage lautet: Habt ihr eine gute Infrastruktur, Breitband? - Das haben wir abgearbeitet, im Kreis Steinburg haben wir das flächendeckend bis in das letzte Dorf, bis zum letzten Hof über den Zweckverband organisiert.

Die zweite Frage lautet: Wie komme ich, wenn ich pendeln will, nach Hamburg, was gibt es vor Ort für Möglichkeiten? Da ist immer wieder die Frage spannend: Sind Sie Mitglied im HHV, habe ich ein Tarifsystem, kann ich ähnlich wie in Horst - Kreis Steinburg, da gibt es ein HVV-Ticket - ein Ticket lösen und all die Vorteile des HVV auf der Schiene auch im Kreis Steinburg in Anspruch nehmen, wenn ich mich dort ansiedle oder dort wohne? Diese Frage müssen wir verneinen.

Das fordern wir für die Zukunft. Das ist eine berechnete Forderung. Wir würden Hamburg ein Stück weit entlasten. Wir haben schon viel für Hamburg getan. Das sollte man nicht vergessen. Der Kreis selbst hat einen einstimmigen Beschluss dazu gefasst und ist gewillt, als Kommunalpolitik seinen Anteil dazu beizutragen.

Ich danke für die Unterstützung. Wir werden weiter darauf hinarbeiten, dass das möglichst schnell geschieht.

Kai Vogel, noch ein persönliches Wort an dich: Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass es dort Zweifel gibt. Wir sind ähnlich wie der Kreis Pinneberg eng verbunden mit der Metropolregion Hamburg. Wir wollen da weiter zusammenarbeiten. Ich freue

(Heiner Rickers)

mich, dass es heute einen Beschluss in diese Richtung gibt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Wir bleiben nach wie vor beim „Sie“ im Hohen Hause. - Gibt es weitere Abgeordnete aus dem Kreis Steinburg, die etwas sagen möchten? - Das ist nicht der Fall. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/580 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 B auf:

Bericht zum Planfeststellungsbeschluss zur Festen Fehmarnbelt-Querung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/623

Das Wort zur Begründung - sehe ich - wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herrn Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke herzlich für die Möglichkeit, hier zum Planfeststellungsverfahren Fehmarnbelt zu berichten. Meine Damen und Herren von der SPD, es wird Sie vielleicht wundern, dass ich das als positiven Tag feststellen kann. Denn das Belttunnel-Planverfahren ist endlich auf der Zielgeraden. Alle Unterlagen zu den 12.660 Einwendungen liegen vor. Die Planänderungsverfahren sind abgearbeitet. Der schwierigste Teil des Planfeststellungsverfahrens liegt hinter uns. Jetzt ist „nur“ noch die Beschluss-schreibung fällig. Das ist ein großer Erfolg. Ich finde es herausragend, dass wir bis zum heutigen Zeitpunkt so weit gekommen sind.

(Beifall FDP und CDU)

Als ich nämlich vor neun Monaten die Planungen zum Fehmarnbelt übernommen habe, war klar, dass ein sehr ambitionierter Zeitplan dahinterstand. Das ist von uns auch immer so gesagt worden. Im Übrigen habe ich heute der Zeitung entnommen, dass Herr Stegner dazu gesagt hat, CDU und FDP hätten beim Fehmarnbelt-Tunnel mit falschen Wahlversprechen gearbeitet, und das, obwohl sie hätten wissen können, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen keinen schnellen Zeitplan zuließen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, ich stelle fest: Der Zeitplan, der Sommer 2018 als Termin für den Planfeststellungsbeschluss beinhaltete, stammt nicht von den heutigen regierungstragenden Fraktionen, sondern dieser Zeitplan stammt von meinem Vorgänger, von Herrn Meyer.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Doppel-Null-Meyer!
- Weitere Zurufe)

Der hat den Zeitplan Sommer festgelegt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das habe ich nicht kritisiert!)

- Das kritisiere ich auch gar nicht. Nur wenn Sie sagen, dass das nicht einzuhalten sei, kritisieren Sie im Nachhinein Ihre eigene Landesregierung von damals.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich brauche das gar nicht, Herr Stegner. - Ich habe bei Übernahme vor neun Monaten gesagt: Das ist sehr ambitioniert, trotzdem übernehmen wir diese Zeitplanung, weil es um ein deutliches Signal in Richtung Dänemark geht und wir deutlich machen wollen: Wir wollen es wirklich vorantreiben, wir wollen die Hacken in den Teer hauen, um tatsächlich nach vorn zu kommen. Jawohl, wir halten an der sehr ambitionierten Zeitplanung fest, zumal wir dafür bekannt sind, dass wir sportliche Zeitpläne gut finden, weil sie Ansporn sind und dazu führen, dass man es tatsächlich macht.

Eines war für mich schon im Sommer letzten Jahres klar: Mit der Aufstellung, die ich vorgefunden habe, wäre dieser Zeitplan niemals zu realisieren gewesen. Deshalb ging es darum, frühzeitig dafür zu sorgen, dass es eine andere Aufstellung gibt, um die Abarbeitung des Zeitplans hinzubekommen. Deshalb haben wir das eigenständige Amt für Planfeststellung umorganisiert, neu aufgestellt und seit dem 1. Januar an das Ministerium angebunden. Wir haben personell insgesamt aufgestockt, und wir haben

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

seit dem 1. Januar 2018 eine neue, sehr kompetente Leiterin des Amtes für Planfeststellung Verkehr, Frau Völkl, an Bord, die ein stringentes Projektmanagement eingeführt hat. Bei Übernahme hatte dieses Amt für Planfeststellung keine Leitung!

Um das Planfeststellungsverfahren der festen Fehmarnbelt-Querung kümmert sich heute eine eigene Projektgruppe, die doppelt so stark ist wie noch vor neun Monaten. Es sind neun Personen unterwegs statt bisher vier.

(Beifall FDP und CDU)

Teilaufgaben des Amtes wurden nach außen verlagert, an externe Büros vergeben. Außerdem begleitet ein externer Planungsrechtsexperte die Koordination und Beschleunigung des Verfahrens, um das Verfahren richtig voranzubringen.

Mit all denen gelingt es nun tatsächlich leider nicht,

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

den Sommer des Jahres zu erreichen, sondern wir werden voraussichtlich drei Monate später sein. Dies nimmt der Herr Stegner zum Anlass, der interessierten Öffentlichkeit gestern Abend im „Schleswig-Holstein Magazin“ zu erklären, was Sommer in Schleswig-Holstein ist. Ich habe das interessiert zur Kenntnis genommen. Herr Stegner definiert Mai als Sommer.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war eine scherzhafte Bemerkung! - Weitere Zurufe)

- Das war eine scherzhafte Bemerkung, zu der ich nur sagen kann, dass die meteorologischen Grundkenntnisse lauten: Der Sommer beginnt nicht im Mai, sondern etwas später, und er endet meteorologisch am 21. September.

(Zurufe)

Übrigens endet die Sommerzeit erst Ende Oktober.

Lange Rede, kurzer Sinn: Dass man bei einem zehn Jahre währenden Projekt, das in diesem Hause von einer Vorgängerregierung x-mal verschoben worden ist, jetzt mit drei Monaten Verzögerung endlich in die Zielgerade kommt, halte ich für einen Erfolg dieser Landesregierung.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, wer angesichts dieser minimalen Zeitverzögerung einen Berichtsanhänger fordert, darf jetzt gern hören, woran es tatsächlich gelegen hat. Auch das ist wichtig darzustellen.

Wir haben ein zweites Planänderungsverfahren durchführen müssen, das darauf basiert, dass es ei-

ne geänderte Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Wasserrahmenrichtlinie gibt. Ich sage hier ganz deutlich, weil ich auch das in der Zeitung gelesen habe und die eine oder der andere Abgeordnete der SPD öffentlich verkündet, wer schuld daran sei oder wer das gesagt habe: Eine solche Veränderung der Rechtsprechung an einer wasserrechtlichen Rahmenrichtlinie kann weder eine Planfeststellungsbehörde, noch kann sie Femern A/S, noch kann sie der Minister oder eine dänische Regierung irgendwie erkennen.

Dass sie aufgenommen werden muss, dass sie zur Nachbearbeitung der Planunterlagen führt, dass sie ein zweites Planänderungsverfahren notwendig macht, das zu einer weiteren kleinen Beteiligung führt, die dann zur Folge hat, dass man, statt alle Unterlagen per Oktober zusammengefasst hat, diese erst Anfang März im Lande hat, das werfe ich nicht Femern A/S, nicht dem LBV, aber auch sonst niemandem vor. Das ist das, womit man rechnen muss, wenn man in solchen sehr komplexen Planverfahren unterwegs ist.

Dass man es dann aber bei dieser Verschiebung aufgrund dieser Komplexität schafft, drei Monate nach dem eigentlichen Termin den Planfeststellungsbeschluss tatsächlich hinzubekommen, scheint mir ein Erfolg zu sein. Lassen Sie mich auch das sagen, weil es auf der dänischen Seite eine Rolle spielt: Dass an diesen drei Monaten etwas so wichtig sein sollte, dass sich jetzt das gesamte Projekt dadurch in irgendeiner Form verändert, das glaube ich nicht. Dafür habe ich auch keinerlei Signale bekommen. Dankenswerterweise wird es auch nicht so sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wer mit dieser minimalen Zeitverschiebung von drei Monaten hier einen solchen Aufstand macht, der macht ein bisschen Sturm im Wasserglas. Herr Stegner, Sie haben Ihren Minister früher immer sagen hören, Gründlichkeit gehe ihm vor Schnelligkeit. Wir stehen für Gründlichkeit und Schnelligkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten 50 Sekunden überzogen. Diese Redezeit steht jetzt selbstverständlich zusätzlich allen Fraktionen zur Verfügung.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Herr Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner.

(Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Lars Harms [SSW])

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Buchholz, wir haben uns gestern schon richtig Sorgen um Sie gemacht. Normalerweise war Ihnen in den letzten Monaten doch wirklich kein Thema zu klein, dass Sie es nicht öffentlichkeitswirksam aufgeblasen hätten. Als erfahrener Dompteur machen Sie regelmäßig und zielsicher aus jeder Mücke einen Elefanten.

(Christopher Vogt [FDP]: Oh! - Kay Richert [FDP]: Der pure Neid! - Zuruf FDP: Sie sind doch nur neidisch!)

Es gibt keine Lindenpflanzung, die nicht auch ein schnittiges YouTube-Video am Wegesrand mit sich gebracht hätte.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Da muss man sich als fürsorgliche Sozialdemokratie schon Sorgen machen, dass wir über Verzögerungen beim Planfeststellungsverfahren bei der Fehmarnbelt-Querung nicht von Ihnen, sondern über drei Ecken erfahren. Herr Minister, das kennen wir sonst gar nicht von Ihnen. Ich habe dann auch noch gehört, es sei Ihnen noch nicht einmal recht gewesen. Aber keine Sorge, wir passen auf, dass das nicht durchrutscht, und wir helfen Ihnen natürlich gerne und haben deswegen postwendend diesen Dringlichkeitsantrag gestellt.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Ich muss sagen: Es wäre wirklich schade, wenn so wichtige Neuigkeiten in der Osterpause verhallen würden, wie Sie das ursprünglich geplant hatten - mit einer Presseverlautbarung am Gründonnerstag, dann kommt Karfreitag und so weiter.

(Beifall SPD)

So machen Sie das sonst gar nicht. Wir nehmen auch in Kauf, wenn uns die grünen Kollegen oder andere sagen, ach, das mit der Dringlichkeit sei doch irgendwie gar nicht so. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Die Opposition ist ja nun für vieles zuständig, aber nicht für planbare Abläufe in der Parlamentstagung zugunsten der Regierung. Das ist nicht unser primärer Auftrag. Den wollen wir auch nicht erfüllen.

(Beifall SPD)

Aber man hat gesehen, dass der Antrag gestern genau zur richtigen Zeit kam; denn kaum gab es den Antrag, schon lief die übliche Buchholz-Maschinerie wieder an: Pressemitteilung 15:10 Uhr, knappe zwei Stunden später das Facebook-Video und der obligatorische Blog-Beitrag auf der Seite Ihres Wirtschaftsministeriums.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Fazit: Wenn Buchholz persönlich für Beschleunigung sorgt, dauern die Dinge ein bisschen länger. Genau das ist das Fazit.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Man kann davon lernen!)

Wenn Buchholz persönlich beschleunigt, dauert es ein bisschen länger. Das ist die Konsequenz, die man aus dem Video ziehen konnte. Ich muss ehrlich sagen: Das ist schon eine spannende Sache, wenn man sich das bei Ihnen betrachtet.

Aber ich glaube, was die Übereinstimmung angeht, endet dann auch die Gemeinsamkeit bei der Dringlichkeit. Sie haben gestern und heute wieder von läppischen drei Monaten gesprochen. Sie begründen das auf Ihrer Seite ein bisschen verdruckt mit der Anzahl der Einwendungen. Da frage ich mich: War eigentlich dem Herrn Ministerpräsidenten die große Anzahl von 12.600 Einwendungen Ende September 2017 noch nicht bekannt, als er dem dänischen Verkehrsminister versicherte - ich zitiere den „Norddeutschen Rundfunk“ -, die Landesregierung werde Mitte 2018 einen Planfeststellungsbeschluss vorlegen? - Mitte 2018, nachdem die ganzen Einwendungen schon vorlagen. Sie haben sie wieder als Argument vorgetragen. Das passt nicht wirklich zusammen. Entweder reden Sie nicht miteinander, oder Herr Günther hat das nicht verstanden. Aber da ich ihn intellektuell sehr schätze, muss der Grund woanders liegen.

Zweitens frage ich mich, wie Sie aus der Mitte des Jahres 2018 - da brauchen wir gar keinen kalendari-schen Sommer - und dem Ende des Jahres drei Monate machen. Ich glaube, das Jahr hat zwölf Monate. Zwischen Mitte und Ende liegen mindestens sechs Monate. Wenn ich Ihnen helfen kann im Zahlenraum zwischen eins und zwölf - -

(Christopher Vogt [FDP]: Höchstens sechs!)

- Höchstens sechs, Herr Kollege Vogt, gut, dass Sie mitgedacht haben, aber jedenfalls nicht drei. So viel steht fest.

(Dr. Ralf Stegner)

(Christopher Vogt [FDP]: Irgendwo zwischen drei und sechs!)

Ich weiß, bei Kleinigkeiten sind Sie großzügig. Aber ich muss schon sagen, dass man das immerhin anders hätte betrachten können.

Drittens bin ich wirklich verwundert, wenn es so gute Nachrichten sind, wie Sie es gerade dargestellt haben, dass Sie eigentlich nicht von sich aus ein Interesse daran hatten, diese Nachrichten dem Landtag zu überbringen. Wo war eigentlich Ihr Dringlichkeitsantrag oder Ihr Wunsch, das hier im Landtag zu berichten, wenn es so eine tolle Sache ist, wie Sie das gerade hier dargestellt haben? Das finde ich sehr erstaunlich.

(Beifall SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Wir wollten das eigentlich bei Facebook machen!)

Aber was wir feststellen: Schuld ist immer jemand anderes, wenn die großspurigen Ankündigungen der Landesregierung nicht in die Tat umgesetzt werden können. Mal war es die Vorgängerregierung, mal waren es die Verbände, mal war es die Deutsche Bahn, dann sind es die Zwergschwäne, dann ist es die Anzahl der Einwendungen, dann sind es die dänischen Nachbarn, vielleicht war es auch Frau Redmann. Irgendjemand ist es immer gewesen.

(Zuruf)

Ich glaube, in Wirklichkeit ist es so, dass Sie nicht der geschickte Dompteur gewesen sind, Herr Minister Buchholz, sondern eher der sprichwörtliche Elefant im dänischen Porzellanladen. Das ist eher das, was man über Sie sagen kann.

Ich will es eigentlich gar nicht auf die Spitze treiben, aber wie hätte denn die Rhetorik geklungen, wenn wir noch an der Regierung wären und das mitgeteilt hätten? Vielleicht hätte die so geklungen - ich zitiere einmal -: Ich kann gar nicht glauben, dass der Verkehrsminister noch nicht einmal ein halbes Jahr überblicken kann. Ich erwarte vom Verkehrsminister, dass er verbindliche Termine für den Abschluss der Planfeststellungsverfahren festlegt. - So der Kollege Arp aus dem August 2015.

(Zurufe SPD: Hört, hört!)

Übrigens war beim Elbtunnel, bei dem auch so komplizierte Verfahren gelten, natürlich Herr Meyer schuld und nicht die komplizierten Rechtsverfahren. Was ist das eigentlich für eine Logik?

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn man sich das anschaut - ob es die Windkraftplanung ist, ob es andere Dinge sind -, dann muss man sagen: Die deutsche Politikwissenschaft verdankt Ihnen ein ganz neues Ratingsystem für politische Verantwortung, nicht AAA - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber mit dem allergrößten Vergnügen. Ich komme trotzdem darauf zurück, darauf können Sie sich verlassen. - Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Stegner, es war hochinteressant, was Sie gerade ausgeführt haben. Sie haben gerade gesagt, dass es in der Vergangenheit immer so war, dass Herr Meyer dafür nichts konnte. Jetzt frage ich mich: Warum ist bei der ersten Verzögerung bei Herrn Buchholz Herr Buchholz schuld? Das erschließt sich logisch irgendwie nicht.

(Zurufe SPD: Das hat er nicht gesagt!)

- Das habe ich gar nicht gesagt, Herr Kollege Vogt. Das ist eine beliebte Methode: Man behauptet Dinge, die nicht gesagt worden sind, und weist sie dann zurück.

Ich wollte nur sagen: Jemand, der vorher immer gesagt hat, ob es regnet oder schneit, schuld ist der Meyer, und jetzt auf die komplizierten Rechtssysteme verweist, ist nicht besonders glaubwürdig. Das habe ich hier festgestellt, das war alles, Herr Kollege Vogt.

(Beifall SPD und SSW)

Aber das passt sehr gut, wenn ich das sagen darf. Die deutsche Politikwissenschaft verdankt Ihnen ein ganz neues Ratingsystem für politische Verantwortung. Das ist nicht AAA, sondern der Goldstandard ist das „AABB-Rating“, „alle sind schuld außer Bernd Buchholz“. Das ist das neue Rating der Politik.

(Beifall SPD und SSW)

Alle anderen haben schuld. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ob das wirklich vor Weihnachten kommt, weiß ja auch kein Mensch. Wer weiß, was die Verzögerung für die Fördergelder bedeutet? Ich hoffe sehr, dass wir zu diesen wichtigen Fragen

(Dr. Ralf Stegner)

noch Antworten bekommen: Gibt es Konventionalstrafen? Können die Verträge eingehalten werden? Was passiert da eigentlich? - All das wissen wir nicht.

Ich ahne aber: Wenn es noch einmal eine klitzekleine Verzögerung gibt, werden Sie uns wieder erklären können: Das war das komplizierte Recht oder Femern A/S oder die Dänen. Einer war es gewiss nicht: Bernd Buchholz. - Es ist doch schön, dass wir das heute öffentlich debattieren konnten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, wenn es darum ginge, dass wir alle guten Nachrichten dieser Regierung hier im Landtag veröffentlichen würden, dann müssten wir doppelt so viele Plenartage haben - bei den vielen guten Nachrichten, die wir zu veröffentlichen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Aber die Sache ist ernst. Die Sache ist wirklich sehr ernst, und man sollte bei all dem, was wir hier machen, auch daran denken, wie das in Dänemark wirkt, Herr Dr. Stegner, auch das, was Sie hier sagen. Die Dänen haben volles Verständnis für unser kompliziertes Planungsrecht. Alle Parteien haben immer wieder gesagt, wir wollen daran etwas ändern. Wir werden uns das auch immer wieder vornehmen, aber wir sollten es auch wirklich einmal tun.

Unabhängig von Parteizugehörigkeit sehen wir, dass in Dänemark schon seit zwei Jahren nicht nur die Planfeststellung, sondern auch die Baureife da ist. Die haben die Maßnahmen ausgeschrieben, die haben sie endverhandelt. Die Baufirmen stehen parat. Das sind auch große Firmen, auch in Schleswig-Holstein. Die Firma Bögl in Rendsburg steht parat. Es hängt eine ganze Menge davon ab, auch eine Menge Arbeitsplätze. Deshalb ist es kein Grund für Freude, für Hohn oder irgendwelche anderen Dinge, wenn es sich jetzt um drei Monate verzögert.

Ich will Ihnen aber sagen: Da kommen Sie einfach nicht aus der Verantwortung, und das betrifft nicht

die ehemalige Regierung, sondern insbesondere Herrn Meyer. Herr Buchholz hat in seinem Bericht ganz deutlich gesagt: Seit er im Amt ist, hat er die Anzahl der Mitarbeiter in dieser Behörde verdoppelt. Die ehemalige Leiterin ist zu Ihrer Zeit aus persönlichen Gründen - wie auch immer - weggegangen; das hat gegenüber Dänemark schon ein schlechtes Signal gegeben. Nicht weiter aufzustocken und den Betrieb so laufen zu lassen wie bisher, ist aber Ihr Problem gewesen, für das Sie verantwortlich sind. Wir haben jetzt doppelt so viel Mitarbeiter; das hätte Herr „Doppel-Null-Meyer“ auch schon machen können. Das hat er nicht gemacht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Arp, wenn man das zusammenfasst, was Sie gerade gesagt haben, dann heißt das doch: Der Ankündigungsminister Buchholz verdoppelt das Personal und braucht trotzdem länger. Das ist doch das Einzige, was Sie sagen.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Nein, wenn Ihr Herr Meyer das gemacht hätte, wenn er das vor fünf Jahren gemacht hätte, hätten wir heute Baureife. Das ist die Konsequenz daraus. Das ist doch der Unterschied zwischen Ihrer und meiner Logik.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will Ihnen auch sagen - mit der Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus den „Baunachrichten Skandinavien“, einer Zeitschrift vom April 2017 -:

„Am 18. April reiste der Verkehrsminister Reinhard Meyer nach Kopenhagen, wo er beim Treffen mit seinem dänischen Kollegen versprach, das Planfeststellungsverfahren für die Feste Fehmarnbelt-Querung bis zum Sommer 2018 abgeschlossen zu haben.“

Darauf hat Bernd Buchholz eben hingewiesen.

(Hans-Jörn Arp)

„Das Angebot der dänischen Regierung, die schleswig-holsteinischen Behörden finanziell zu unterstützen, damit die Bearbeitung der Einspruchsverfahren gegen den Fehmarn-tunnel schneller vonstatten gehen könnte, lehnte er jedoch ab.“

(Tobias Koch [CDU]: Unglaublich!)

Das ist das Ergebnis Ihres Herrn Meyer. Hätte er das Angebot damals angenommen, hätten wir heute Baureife. Das dürfen Sie nicht vergessen.

Noch mal: Denken Sie, bei allem, was wir hier machen, mal daran, wie das in Dänemark wirkt. Von Ihrer Stellvertreterin, Frau Hagedorn, auf die Sie so stolz sind, habe ich noch nicht ein positives Wort gehört. Sie hat in aller Öffentlichkeit immer wieder erwähnt, dass sie sich mit aller Macht gegen den Bau der Fehmarnbelt-Querung stellt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da wäre es an Ihnen gewesen, in Ihrem Haus einmal klare Führungsstrukturen zu zeigen.

(Zurufe SPD: Oh!)

Stattdessen ducken Sie sich immer weg, wenn sie etwas dazu sagt. Sagen Sie doch einfach einmal: Das ist eine Einzelmeinung von ihr, aber nicht die Meinung der SPD. - Die SPD täte sich heute etwas Gutes damit, zu sagen, dass sie uneingeschränkt hinter dem Projekt steht. Das würde auch in Dänemark wirken.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Metzner.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Gern.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte!

Kerstin Metzner [SPD]: Ich habe mal eine Frage: Ich habe gerade Herrn Buchholz schon gehört, der sagte, dass die zweite Anhörung - das zweite Änderungsverfahren - erforderlich war, weil die Wasserrahmenrichtlinie überarbeitet wurde. Diese Anhörung ist Anfang Januar dieses Jahres initiiert worden. Die Anhörung ist jetzt abgeschlossen wor-

den, also die Unterlagen sind jetzt eingegangen.

Können Sie vielleicht mal den Bezug herstellen, was der Minister Meyer mit diesem geänderten Verfahren zu tun hat? Denn die Anhörung zum ersten Änderungsverfahren ist im April vorigen Jahres abgeschlossen gewesen. Welchen Zusammenhang stellen Sie zu dem Verkehrsminister der vergangenen Legislaturperiode her?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Das ist eine nette Frage. Es geht darum, dass es schon vor einem Jahr 12.500 Einsprüche gewesen sind. Diese 12.500 Einsprüche mussten abgearbeitet werden. Unter anderem gehört auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie dazu, aber das allein ist nicht der Grund der Verzögerung, sondern es sind die rund 12.000 Einsprüche, die nicht vernünftig und zeitnah beantwortet werden konnten, so wie Ihr Herr Meyer diesen Zeitplan aufgestellt hat - nicht wir.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist die Antwort? Teilen Sie die Auffassung, das, was er hier sagt, Herr Minister?)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Metzner?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Gern.

Kerstin Metzner [SPD]: Da ich mir das gestern noch einmal angeguckt habe: Die zweite Anhörung bezieht sich wirklich nur auf Änderungen. Es sind nicht diese rund 12.000 Einwendungen und Stellungnahmen herangezogen worden, sondern es ist ein ganz begrenzter Kreis, der jetzt noch einmal zur Stellungnahme aufgefordert wurde - ein sehr begrenzter Kreis, der von dieser Wasserrahmenrichtlinie betroffen ist.

Wenn man sich anschaut, in welcher Zeit die vorherigen Stellungnahmen und Einwendungen bearbeitet wurden, wie ist dann zu rechtfertigen, dass in einem sehr begrenzten Kreis von Betroffenen so eine lange Bearbeitungszeit - von einem Dreivierteljahr - erforderlich wird? Könnten Sie mir das erklären, wenn Sie jetzt immer noch diesen Bezug zur vorangegangenen Legislaturperiode herstellen?

(Hans-Jörn Arp)

(Bernd Heinemann [SPD]: Mit mehr Personal!)

- Ich weiß jetzt nicht, welche einzelnen Widersprüche noch zu bearbeiten sind. Ich weiß nur, dass die Anzahl der Mitarbeiter verdoppelt wurde.

(Lachen SPD)

Deshalb ist natürlich klar, dass es jetzt schneller geht als vordem. Oder wollen Sie mir erklären - dann bin ich vielleicht zu blöd -, dass die Hälfte der Mitarbeiter schneller arbeiten kann als die doppelte Anzahl der Mitarbeiter?

(Unruhe SPD - Zurufe)

Es liegt doch offensichtlich nicht am Ministerium. Es liegt doch offensichtlich daran, dass in der Vergangenheit nicht vernünftig und nicht effektiv genug gearbeitet wurde, um es schnell genug hinzukriegen.

(Sandra Redmann [SPD]: Sagen Sie doch, dass Sie keine Ahnung haben! - Weiterer Zuruf SPD)

Wir haben doch das Gleiche bei der A 20: Da wurde teilweise gar nicht mehr geplant.

(Zurufe SPD: Sagen Sie doch, Sie wissen es nicht, Herr Arp! Sagen Sie es doch! - Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Die Antwort gibt der Redner hier am Rednerpult, und nicht die anderen.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich heute trotzdem noch mal auf die Wichtigkeit der Fehmarnbelt-Querung hinweisen und darauf, dass es nicht allein um die drei Monate geht. Die werden wir bei dem Projekt überstehen; da mache ich mir überhaupt keine Sorgen. Die Firmen stehen bereit.

Wenn dann die Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig so schnell wie möglich verhandelt werden - darauf haben wir keinen Einfluss; hoffen wir mal, dass die Richter dort mal zu Potte kommen, falls die Kläger, womit leider zu rechnen ist, dort hingehen -, muss man trotz alledem sagen: Für Schleswig-Holstein, für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins, ist das ein großes Potenzial. Alle warten darauf, nicht nur die Firma Böge, sondern auch sehr viele Firmen in ganz Ostholstein. Meine Damen und Herren, ich weiß, dass die lieber heute

als morgen loslegen würden. Sie erhoffen sich eine Menge Wertschöpfung.

Es wird die größte Wasserbaustelle in Europa werden - wahrscheinlich weltweit - mit mehr als 7.000 Beschäftigten sowohl auf dänischer als auch auf deutscher Seite. Es wird natürlich Europa zusammenführen, auch das muss man mal positiv sehen: Malmö-Kopenhagen mit Hamburg und Lübeck.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Die Nordregion wird entstehen.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Fehmarnbelt-Querung ist für das transeuropäische Netz von großer Bedeutung. Der 18 km lange Wassertunnel ist der längste Wassertunnel der Welt. Er ist 365 Tage befahrbar, schnell, wetterfest, hat keine Wartezeiten, und man braucht auch keine Buchungen. Die Strecke zwischen Hamburg und Kopenhagen wird auch unter drei Stunden benötigen. - Das Thema HanseBelt, das in der Region von großer Bedeutung ist, hat dann auch für uns ungeheure positive Auswirkungen. Man fährt nicht mehr 45 Min mit der Fähre, sondern man ist in 10 Min durch den Tunnel. Die Investitionen von rund 7 Milliarden €

(Sandra Redmann [SPD]: Wahrscheinlich ins Wasser gefallen!

werden auch bei uns Steuereinnahmen generieren, und es werden am Tag nicht 5.000 Fahrzeuge fahren, sondern 10.000 Fahrzeuge und 65 Güterzüge. Das heißt: Verkehre, Wertschöpfung. Menschen und Regionen, die heute noch getrennt sind, werden miteinander verbunden. - Wer weiß? Die umsatzstärkste und wirtschaftsstärkste Region war einmal der Öresund. Allein der Bau der Große-Belt-Querung dort hat Regionen zusammengeführt und Kulturen zueinander gebracht.

Meine Damen und Herren und Herr Dr. Stegner, mit Ihrem Antrag machen Sie aus einer Mücke einen Elefanten. Sie hätten es positiv sehen und sagen müssen: Wir freuen uns auf das Jahresende, dass dann endlich die Planfeststellung fertig wäre. Das wäre eine Aufgabe von staatstragender Bedeutung. Sie, die Sie auch gerne noch staatstragende Partei sein wollen, haben sich davon verabschiedet. Nicht mal eine starke Opposition sind Sie noch.

(Beate Raudies [SPD]: Pure Verzweiflung! Pure Verzweiflung!)

(Hans-Jörn Arp)

Also von daher, meine Damen und Herren, lassen Sie uns zu dem ernstesten Thema zurückkommen und es auch ernst nehmen. Ich erinnere noch einmal daran: Alles, was wir machen, wird in Dänemark genau beobachtet. Wir freuen uns auf die Dänen. Wir entschuldigen uns dafür, dass es mit unserem Baurecht hier bei uns so lange dauert. Das können wir hier im Landeshaus leider nicht ändern, aber wir sagen den Dänen zu - -

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Ja, lieber Lars Harms, wenn wir es ändern können, dann werden wir es machen. Machen wir es gemeinsam.

(Lars Harms [SSW]: Ich habe gestern gerade einen Antrag eingebracht!)

- Sehr schön. Dann werden wir es auch machen. Alles, was wir von den Dänen in dieser Sache lernen können, werden wir gern übernehmen. Aber sagen wir den Dänen auch: Machen Sie sich keine Sorgen, wir als CDU stehen uneingeschränkt, von Anfang an zu dem Projekt und die meisten hier im Haus auch. - Das wäre das Signal, das heute von hier aus gehen sollte. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Führen wir hier eine Fachdebatte,

(Zuruf: Ja, das hat sich jeder hier gefragt!)

oder ist es im Grunde die Frage einer Attacke? - Herr Dr. Stegner, Sie sind nicht so häufig hier im Hause in Verkehrsdebatten aufgetreten, also gehe ich mal davon aus: Es geht eher um die Abteilung Attacke. Deshalb will ich gern noch mal aus der Fachlichkeit heraus sagen, wie sich das aus meiner Sicht und der Sicht meiner Fraktion darstellt.

Wir Grünen waren und sind bisher immer sehr vorsichtig und auch zurückhaltend gewesen, wenn es darum ging - gerade bei Großprojekten -, über Planfeststellungsbeschlüsse feste Zusagen zu machen. Denn wir wissen: Das ist in Deutschland komplex und kompliziert, und alle diejenigen, die mit Terminen arbeiten, leben zumindest in der Gefahr, dass

sie durch unvorhersehbare Änderungen auf der europäischen Ebene - Rechtskonstellationen, die wir überhaupt gar nicht kennen können, bevor diese Zusagen gemacht werden - am Ende doch beim Zeitplan nachbessern müssen. Das war bei Stuttgart 21 so, das war beim Berliner Flughafen so, das ist nun mal die Ausgangslage hier in Deutschland.

Wenn man jetzt Herrn Minister Buchholz, wie Sie das machen, Herr Dr. Stegner, das Ganze vorwirft, muss ich an der Stelle über das Thema Fairness reden.

(Zuruf)

Es ist nicht Herr Minister Dr. Buchholz, der dafür verantwortlich ist, dass die Gesellschaft Femern A/S die Unterlagen, die für Oktober 2017 zugesagt waren, erst im März 2018 geliefert hat. Wenn man sich diesen Zeitraum ansieht, dann sind das genau sechs Monate. Das heißt, die Nichteinreichung oder die unsachgemäße Einreichung der Unterlagen hat natürlich zu einer Verzögerung geführt.

Wenn man jetzt Ursache und Wirkung nicht verwechselt, dann muss man sagen -: Herr Dr. Stegner, Sie haben gesagt, Sie wussten das gar nicht, schauen Sie -: Seit etwa 14 Tagen gibt es in Dänemark eine lebendige Debatte über Whistleblower und über Anträge und Unterlagen aus dem Aufsichtsrat von Femern A/S von einer dänischen Rechtsanwältin, wobei Sie in der dänischen Presse sehr genau nachlesen können, dass auch und gerade in der dänischen Politik etwas Blauäugigkeit, Sorglosigkeit, vor allem aber fehlende Transparenz in dieser Frage der Fehmarnbelt-Querung zu beobachten war. In einem demokratischen Land geht das Bürgerinnen und Bürgern natürlich auf den Keks, und diese sagen: Wir erwarten, dass unsere Regierung uns reinen Wein einschenkt.

(Zurufe SPD)

Zu dem Stichwort: Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Die Ursache war, dass die Femern-A/S-Gesellschaft diese Unterlagen nicht rechtzeitig eingebracht hat. Wir reden über ein Planfeststellungsverfahren.

(Zurufe SPD)

- Regen Sie sich mal nicht auf.

Das sind alles komplexe juristische Fragen. Es geht um Tierschutz. Dieser ist uns Grünen immer wichtig gewesen. Wir haben gerade im Zusammenhang mit dem Aspekt Schweinswalschutz deutlich gemacht, wie komplex diese Debatte auch im Fehmarnbelt ist. Es geht um Gewässerschutz, es geht

(Dr. Andreas Tietze)

um Sedimentverdichtung, und es geht um komplexe europäische Richtlinien.

Also, meine Damen und Herren, ich will noch einmal sagen: Bei diesem Verfahren ist es von keiner Seite in irgendeiner Weise verlässlich, Planfeststellungsbeschlüsse zuzusagen. Man bemüht sich. Herr Minister, ich finde die Aussage richtig: Gründlichkeit und Schnelligkeit. Sie haben das gesagt. Das ist eine neue Konstruktion jetzt auch im Ministerium selbst. Der Minister hat es ausgeführt, die Planfeststellungsbehörde ist neu aufgestellt worden. Insofern ist das alles im Verfahren.

Ich darf auch auf etwas Besonderes und Neues hinweisen: Sie haben sich juristische Unterstützung von außen geholt. Professor Nebendahl, den ich persönlich sehr schätze, überwacht diesen Prozess der Planfeststellungsbehörde. Das heißt, hier gibt es noch einmal ein Monitoring, und ich finde, hier haben Sie alles richtig gemacht.

Ich will noch einmal benennen, was in Dänemark im Moment eigentlich passiert und was ich auch sehr bedenklich finde. Sie wissen, dass ich bei diesem Projekt immer skeptisch war und auch noch skeptisch bin. Wir haben einen Koalitionsvertrag, zu dem stehen wir. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Dann hört man aber, wie diese Erwartungen in Dänemark tatsächlich schönerechnet werden. Man stellt fest, dass einfach einmal eine Bilanz geschönt wird: Es wird gesagt, durch die Verzögerung kommen drei Jahre später irgendwie 250.000 Fahrzeuge mehr daher, die man einfach benennt. Man sagt, diese 250.000 Fahrzeuge würden ungefähr 1 Milliarde € an Umsatz neu schaffen. Man weiß aber überhaupt nicht, ob diese 250.000 Fahrzeuge in der Tat auch neue Nutzer sind. Wir reden vom Jahr 2027.

Dann stellt man fest, dass die eigentlichen Zahlen bei der Storebælt-Brücke zurückgehen. Also auch in Dänemark gibt es rückläufige Benutzerzahlen durch Fahrzeuge bei bestehenden Bauwerken. Da fragt sich der dänische Bürger natürlich: Was passiert da eigentlich? Ihr habt uns immer steigende Verkehrszahlen vorausgesagt, aber sie treten gar nicht ein. Das ist übrigens eine alte Forderung der Grünen: Macht euch endlich einmal ehrlich, gebt endlich einmal die Prognosen heraus, damit es hier eine verlässliche Debatte geben kann!

Auch das geschieht jetzt in Dänemark. In Dänemark nimmt die Debatte Fahrt auf. Deshalb ist das vom Zeitpunkt her sehr kritisch. Wir müssen hier sehr sensibel sein, damit wir nicht unnötigerweise internationale Konflikte hervorrufen, denn es ist tat-

sächlich so: Es gibt einen Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark. Der ist die Grundlage für dieses ganze Fehmarnbelt-Projekt, und ich denke, wir sollten hier die Kirche im Dorf lassen und uns nicht in außenpolitischen Fragen eine Kompetenz zu eigen machen, die wir gar nicht haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute das Thema Fehmarnbelt-Querung betrachten, dann sage ich ganz klar: Wenn jetzt mehr Transparenz auch von dänischer Seite kommt, dann ist diese umso wichtiger, wenn es tatsächlich zu einer Verwirklichung des Projekts kommt. Es muss endlich alles auf den Tisch. Auch die Konditionen, die für 2019 durch die dänische Regierung zugesagt worden sind, waren für mich schon damals, als diese im politischen Raum bekannt wurden, blauäugig. Diese Konditionen sind mit 750 Millionen Kronen abgesichert worden. Hier gibt es also eine Absicherung.

Ich habe an dieser Stelle keine Häme und auch kein Mitleid, ich sage aber auch: Wir stehen hier nicht auf der Bremse. Wir gehen davon aus, dass die Fehmarnbelt-Querung die Zeit braucht, die sie braucht, und ich sage Ihnen: Selbst wenn der Planfeststellungsbeschluss am Ende dieses Jahres kommt, dann ist die Tasse Tee noch nicht getrunken. Man wird in Leipzig auch über die diversen Fragen des Umweltschutzes reden.

Ich sage auch immer: Die dänische Regierung hat ja die Wahl gehabt, auch einen Bohrtunnel anzudenken. Das hat sie nicht getan. Sie hat sich auf den komplexen Vorgang eines Absenktunnels konzentriert, und der Absenktunnel hat eben Umwelteinwirkungen, die genau untersucht werden müssen. Deshalb dauert es länger, wenn man sich für eine solche Baumethode entscheidet. Das war aber auch allen Beteiligten vorher bekannt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogel?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Sie haben eben die Aussage getroffen, dass, bedingt dadurch, dass man mit dem Königreich zusammenarbeitet, sehr sensibel mit den Aussagen umgegangen werden soll. Wie beurteilen Sie in dem Zusammen-

(Dr. Andreas Tietze)

hang Ihre Aussage, dass die Schuld an der Verzögerung jetzt Femern A/S trage?

- Das ist nicht meine Aussage. Ich habe in den letzten 14 Tagen in dänischen Zeitungen gelesen, dass diese Debatte jetzt aufkommt und dass die dänische Bevölkerung nachfragt: Was weiß Femern A/S? Welche Unterlagen hat Femern A/S eingebracht? Wie ist man dort mit Kritikerinnen und Kritikern umgegangen, die in diesem Prozess vor zwei oder drei Jahren auch öffentlich in diesen Rahmen eingebracht worden sind?

Die dänische Bevölkerung fragt sich zu Recht: Was weiß man bei Femern A/S, was wir nicht wissen? Was ist uns verschwiegen worden? Im Übrigen sind auch die Kollegen im Folketing aufgeschreckt. Wir haben selbst hier mit ihnen gesprochen. Es ist so, dass die Parlamentarier jetzt auch fragen: Was hat das Parlament gewusst? Hier gibt es also eine parlamentarische Debatte, übrigens auch in Richtung des dänischen Ministers, der in der dänischen Presse mehrfach gefragt worden ist, was er dem Parlament berichtet habe.

Das sind normale Prozesse in Demokratien, die bei solchen Projekten aufkommen. Wir hätten wahrscheinlich einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, wie wir es bei Stuttgart 21 oder bei anderen Fragen gemacht haben. Wir hätten das ausführlich aufgearbeitet. Da ist das dänische Parlament noch nicht so weit. Dass aber ein Parlament hier keine volle Information und Transparenz hat, das kann ich nicht nachvollziehen. Hier muss sich Femern A/S vor dem dänischen Parlament rechtfertigen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Dem war intellektuell schwer zu folgen, weil das sehr viele Sätze waren. Insofern eine ganz kurze Frage: Sie sehen also die Schuld bei Femern A/S?

- Ich habe darauf hingewiesen, warum dieser Planfeststellungsbeschluss so, wie er jetzt kommt, verzögert worden ist. Dabei habe ich darauf hingewiesen, dass Femern A/S die Unterlagen verspätet eingereicht hat. Insofern können Sie daraus Ihre Schlüsse ziehen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich gestern den Antrag der SPD-Fraktion vorgelegt bekam, habe ich mich gefragt: Warum macht die SPD denn das? Was ist denn der Skandal? Warum ist dieser Berichts Antrag eigentlich dringlich?

(Zurufe Birgit Herdejürgen [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

Der Zeitplan - Ihr Zeitplan - für das Planfeststellungsverfahren war von Beginn an eng, das haben wir mehrfach gehört. Er war so eng, dass Sie selbst nicht an diesen Zeitplan geglaubt haben. Ihr Minister Meyer hat 2016 dazu gesagt, Zeitpläne seien immer ambitioniert und Best-Case-Betrachtungen. Das haben wir hier schon mehrfach gehört. Es heißt dann: Gut, ein Planfeststellungsverfahren läuft eben.

Wir sehen das anders. Die Pläne des Ministers Bernd Buchholz richten sich nämlich nach dem Machbaren. Sie sind an der Realität orientiert, und nur so beweisen wir Zuverlässigkeit gegenüber unseren dänischen Partnern.

Die Arbeiten an diesem Projekt gingen - gelinde gesagt - nicht besonders rapide voran, bevor wir das Ministerium übernommen haben. Der dänische Verkehrsminister Olesen sagte Anfang 2017 einmal sinngemäß, das Kieler Ministerium, damals Ihr Ministerium, müsse zum Jagen getragen werden. Wahrscheinlich haben Sie jetzt in der Opposition gehofft, es ginge unter einem FDP-Minister so weiter.

Seit etwa neun Monaten sind wir am Ruder. Seitdem wurden ein Amt für Planfeststellung Verkehr aufgestellt, eine Projektgruppe Feste Fehmarnbelt-Querung eingerichtet, die Kapazitäten verdoppelt, externe Unterstützung hinzugezogen sowie ein stringentes Projektcontrolling eingeführt, das es vorher anscheinend so nicht gab. Ich sage Ihnen: So wird das gemacht. So wird alles getan, um das Projekt voran- und zum Abschluss zu bringen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

(Kay Richert)

Dringlich wäre Ihr Einsatz in der letzten Legislaturperiode gewesen, nicht heute. Auch wenn ich nicht erkennen kann, womit Sie sich hier positiv in Szene setzen wollen: Uns soll das natürlich recht sein, denn schließlich ist das mal wieder eines der Projekte, bei denen wir Liegengelassenes aufsammeln und Projekte endlich entschlossen voranbringen.

Das Planungsverfahren geht jetzt seinen Gang. Das seit zehn Jahren laufende Verfahren kommt in diesem Jahr endlich zum Abschluss. Rechtliche und ökologische Parameter werden beachtet. Die Sorgen und Einwendungen der Bürger werden berücksichtigt. Dieses hochkomplexe Projekt wird gründlich und so schnell wie möglich zum Abschluss gebracht. Rechtssicher und zuverlässig.

Mit der Festen Fehmarnbelt-Querung realisieren wir eines der größten transeuropäischen Verkehrsprojekte. Wir schließen eine Lücke im transeuropäischen Verkehrsnetz. Wir ermöglichen und vereinfachen grenzüberschreitende Kooperationen. Die nordeuropäische Integration wird vertieft, Norden und Süden wachsen enger zusammen. Der transeuropäische Handel wird gestärkt. Wir wollen das Projekt. Das sieht man auch an unserem Handeln.

Vielen Dank, Ihnen Herr Minister und Ihrem Team, für das zügige Arbeiten.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe noch verbliebene Gäste! Das Infrastrukturprojekt Feste Fehmarnbelt-Querung ist nicht nur für den wunderschönen Kreis Ostholstein, sondern auch für ganz Schleswig-Holstein, für Deutschland und für Europa von so großer Bedeutung, dass wir uns der Debatte hier nicht verschließen wollen, obwohl auch wir die Dringlichkeit des Antrages bezweifeln.

In der Sache selbst hat Herr Minister Dr. Buchholz bereits erklärt - vielen Dank für den Bericht, Herr Minister -, dass nach Abschluss des zweiten großen Planänderungsverfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss bis zum Jahresende zu rechnen sein wird. Dies, meine Damen und Herren, von der SPD-Fraktion, ist doch ein Zeitplan, der für Sie nicht überraschend sein kann; denn der damalige SPD-Minister Meyer - das haben wir heute schon

gehört - hatte ja einst die Prognose ausgegeben, dass der Beschluss Mitte 2018 vorliegen kann. Die Jamaika-Koalition dagegen hat sich in dieser Sache bisher aus gutem Grund sehr zurückgehalten. Dies ist für uns auch nachvollziehbar in Anbetracht der mehr als 12.000 inhaltlichen Einwendungen, die ja auch bereits zu einigen Planänderungen geführt haben. Hier geht es ganz automatisch um Sorgfalt vor Schnelligkeit in Anbetracht der Tatsache, dass die Gegner der Querung in jedem Fall gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen werden, sobald dieser vorliegt.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass das Verbandsklagerecht in Deutschland einer dringenden Reform bedarf.

(Beifall AfD)

Versäumnisse der Landesregierung können wir als AfD-Fraktion hier und heute beim besten Willen nicht erkennen. Es wäre daher verfehlt, aus dem aktuellen Stand des Verfahrens voreilig Rückschlüsse zu ziehen, liebe SPD. Wir haben gerade gehört, die ersten Studien sind schon vor einem knappen Vierteljahrhundert in Auftrag gegeben worden, und das Projekt beschäftigt uns seit mehr als einem Jahrzehnt. Deshalb kommt es auf drei Monate nun wirklich nicht mehr an, wenn es dann Planungssicherheit gibt.

Wir müssen uns fragen: Ist es heute etwa die Aufgabe der Landesregierung oder dieses Parlaments, durch losgetretene Debatten in unserem Nachbarland denjenigen eine Steilvorlage zu liefern, die die Feste Fehmarnbelt-Querung auch bei uns unbedingt verhindern wollen? Frau Hagedorn von der SPD wurde eben schon genannt. Auch die Grünen stehen dem Projekt sehr kritisch gegenüber; aber das ist ja innerhalb der Jamaika-Koalition friedlich besprochen und beigelegt worden.

Ergeben sich aus den aktuellen Debatten in Dänemark um die dortige Planungsgesellschaft und den Transportminister jetzt plötzlich Konsequenzen für das hier in Schleswig-Holstein durchzuführende Planfeststellungsverfahren? Wir meinen: nein. Genauigkeit und Sorgfalt bei einem Planfeststellungsverfahren und eine zuverlässige Kooperation mit unseren dänischen Nachbarn sind jetzt das Gebot der Stunde und nicht Aufregung und Scheindebatten.

In diesem Sinne wünschen wir dem wichtigen Projekt viel Erfolg und dem Verfahren ein zügiges Vorankommen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einer der letzten Verkehrsdebatten vor knapp sieben Monaten - Sie können sich daran vielleicht noch erinnern - hatte ich hier gesagt, es wird so sein, dass auch der kommende Wirtschafts- und Verkehrsminister irgendwann in der Situation sein wird, dass Planungsgeschichten einfach nicht so funktionieren, wie man es einmal vorgesehen hatte. Ich hatte des Weiteren gesagt, ich würde ihm dieses auch nicht zum Vorwurf machen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das tun Sie aber!)

- Ja, lieber Hans-Jörn Arp. - Innerhalb der letzten neun Monate mussten wir allerdings feststellen, dass es bei der A 20 doch nicht so läuft, wie es laufen sollte. Da kann schon mal ein Adlerhorst dazwischen kommen, da kann vielleicht auch mal ein anderes Viech durch die Gegend krabbeln, und schon hat man ein Problem an der Backe.

Wir merken, dass das Hin- und Herschieben von Personal innerhalb des Hauses auch nicht immer ganz glücklich ist. Das führte dazu, dass man bewusst gesagt hat: „Wir stellen die Planung bei der B 5 ein.“ Am 1. April 2018 sollen die Planungen aber - hoffentlich - wieder aufgenommen werden. Dies würde mich als Nordfrieze schon sehr freuen. Hoffentlich ist das nicht wieder ein Aprilscherz, hoffentlich passiert es wirklich.

Jetzt, bei der Festen Fehmarnbelt-Querung, merken wir, dass es hier in der Tat ein kompliziertes Planänderungsverfahren gibt. Das ist ja auch eine wasserrechtliche Geschichte. Wir wissen auch, dass die Verbände immer gut mit guten Anwälten bestückt sind. Diese kennen wir auch alle, und einen davon kennen wir besonders gut. Der macht seine Arbeit besonders gut, und den schätze ich auch sehr. Aber dann weiß man schon: Das kann auch noch ein bisschen länger dauern.

Die Schlussfolgerung daraus ist, dass auch der derzeitige Wirtschaftsminister eben nicht über Wasser laufen kann, sondern dass er den gleichen Bedingungen unterliegt wie jeder andere Wirtschaftsminister vor ihm auch. Wie gesagt, ich werfe es ihm nicht vor. Aber ich bitte dann auch darum, vonseiten der Koalitionsfraktionen dann auch nicht immer zu sagen, alles das, was vorher war, sei Käse gewesen. Vielmehr hat jeder seinen Beitrag dazu

geleistet, dass wir in den vergangenen zehn Jahren überhaupt so weit gekommen sind, dass die Feste Fehmarnbelt-Querung jetzt auch bald umgesetzt werden kann. Das ist ja schließlich auch das Ziel jeglicher Planung gewesen.

Der Kollege Arp hat eben gesagt: „Wir können bei der Planung ja gar nichts machen.“ Insoweit muss ich ihn korrigieren; denn zumindest Ihre Koalition versucht es zumindest mit dem neuen Landesplanungsgesetz, über das wir gestern beraten haben. Ich glaube allerdings, dass wir das ganze Projekt tatsächlich noch einmal werden überarbeiten müssen, auch vor den Erfahrungen, die wir nun bei der Festen Fehmarnbelt-Querung machen. Denn darin sind so viele unbestimmte Rechtsbegriffe enthalten, dass Klagemöglichkeiten Tür und Tor geöffnet werden. Insoweit müssen wir in den Beratungen wirklich noch einmal sehr schlau agieren.

(Beifall SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Kommen wir aber nun zur Festen Fehmarnbelt-Querung zurück. Zehn Jahre hat es nun seit der Beschlussfassung gedauert. Zu diesem Beschluss stehen auch wir; denn es ist ein Vertrag zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland. Wenn man dann einen Vertrag dazu schließt, dann hat man sich an einen solchen Vertrag zu halten, auch dann, wenn wir vorher sehr kritisch waren.

(Beifall SSW und vereinzelt CDU)

Ich meine, dass die unterschiedlichen Wirtschaftsminister, gleich welcher Couleur, durchaus vernünftig gearbeitet und auch ordentlich Gas gegeben haben.

Auch ich und wir als Küstenkoalition fanden und finden es in Ordnung, dass wir uns seinerzeit das maximale Ziel gesetzt haben, Mitte dieses Jahres mit einem Planfeststellungsbeschluss aufwarten zu können. Das ist nun nicht ganz geglückt. Wir liegen nun ein halbes oder ein viertel Jahr in der Zeitplanung zurück. Aber sei es drum.

Allerdings - auch das ist ja immer in der Diskussion und ist auch gerade in der dänischen Diskussion, in der dieses Thema eine hohe Relevanz hat - wird jetzt gesagt: Auf dänischer Seite müssen sämtliche Verträge neu verhandelt werden, weil man dort denkt, dass man bis 2019 doch nicht fertig sein wird. So lange nämlich laufen die Verträge mit den Konsortien, die diese Feste Fehmarnbelt-Querung bauen sollen.

Ganz klar: Dem ist nicht so. Denn wenn man sich das in Ruhe anschaut, dann kann man sagen, wenn wir den Beschluss Mitte 2018 gehabt hätten, dann

(Lars Harms)

wären natürlich Klagen gekommen. Die Verfahren vor dem Leipziger Gericht, wie wir sie kennen, dauern bekanntlich roundabout zwei Jahre, mindestens, vielleicht sogar noch ein bisschen länger. Das heißt, dass wir dann schon in der ursprünglich bereits sehr ambitionierten Planung in der Mitte von 2020, also weit über den für 2019 angepeilten Baubeginn hinaus sein werden. Das ist einfach so.

Das heißt, auch die dänische Seite weiß natürlich schon lange, dass man insoweit noch nacharbeiten muss. Es gibt ja auch Klauseln in den Verträgen, dass man noch nacharbeiten kann. Das wird nun nicht gleich dazu führen, dass die Gesamtkosten exorbitant in die Höhe schnellen. Vielmehr wird man sich auch mit den Konsortien vernünftig einigen können. Ich glaube, das wird dann auch auf dänischer Seite nicht das Problem sein.

Wenn wir jetzt - das ist am Ende der Diskussion zumindest noch mein konstruktives Anliegen - aber schon wissen, dass wir zu einer endgültigen Beschlussfassung beziehungsweise zu einer Ausformulierung des Beschlusses erst gegen Ende des Jahres kommen werden, dann sollten wir die Gelegenheit nutzen, auch noch ein anderes Problem, das nach wie vor virulent ist und das auch bei Ihnen im Hause, Herr Minister, bearbeitet wird, ernsthaft anzugehen. Das betrifft den diskriminierungsfreien Zugang zu dieser Strecke auch für die Firma Scandlines. Die haben gesagt, sie wollten weiter fahren. Ich finde, auch aus liberaler Sicht müsste es eigentlich ganz klar sein, dass man einem jetzt schon bestehenden Konkurrenten die Möglichkeit eröffnet, genauso gut an den Verkehrsfluss heranzukommen wie die Querung selber.

Ich finde, auch das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Wer sich die Pläne anschaut und sieht, wie die Streckenführung sein wird, und dass damit dann Scandlines raus ist, aber nicht etwa deswegen, weil Scandlines nichts kann, sondern deswegen, weil der Hafen von Scandlines nicht angebunden ist.

Ich weiß, dass da Gespräche geführt werden, und vor dem Hintergrund ganz klar die Aufforderung, diese Zeit, die wir jetzt haben - die wollten wir vielleicht nicht, aber jetzt haben wir sie -, zu nutzen, um wenigstens Scandlines die gleichen Bedingungen zu geben wie allen anderen auch. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe, ehrlich gesagt, die Aufregung nicht so ganz.

(Zurufe CDU und FDP)

Es ist ein Dringlichkeitsantrag gestellt, einen Bericht vom Wirtschaftsminister zu erhalten. Dagegen ist erst einmal nichts einzuwenden, würde ich sagen. Ich darf einmal den Kollegen Arp auf seiner Homepage zitieren, der gesagt hat, jede noch so kleine Verzögerung beim Thema FFBQ gefährdet die Kosten und den Zeitplan.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Da hat er recht!)

Lieber Herr Arp, das sehen wir genauso. Dann wird man doch als SPD-Fraktion einmal nachfragen dürfen, was denn da los ist.

(Beifall SPD)

Ist es korrekt, Herr Minister, dass seit Ende Februar/Ende März die dänische Presse auch in Ihrem Hause nachfragt, was denn mit dem Zeitplan ist, wie es mit dem Feststellungsbeschluss aussieht?

(Zurufe FDP)

Wenn ich richtig informiert bin, ist Ihre Antwort aus dem Hause, dass es mit der dänischen Seite ein Treffen gibt oder gab, muss ich in diesem Falle jetzt sagen -, am 20. März 2018 und dass man nach diesem Treffen eine öffentliche Stellungnahme abgeben wird. So die Antwort des Wirtschaftsministeriums, zumindest in der E-Mail an die dänische Presse.

(Zuruf CDU: Oh!)

Dann kommt der 22. März 2018, und wir stellen einen Antrag. Nachdem wir erfahren haben, dass es ein öffentliches Statement geben sollte, stellen wir einen Dringlichkeitsantrag.

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Liebe Grüne, ich bin eben gefragt worden, wo die Dringlichkeit liegt. Die Dringlichkeit liegt darin, dass das Wirtschaftsministerium am 20. März ein Treffen hatte und man erwarten konnte, dass es am 21. März ein Statement gibt. Nachdem das nicht so war, können wir doch wohl einen Dringlichkeitsantrag stellen

(Sandra Redmann)

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Selbstverständlich!)

und fragen, was denn in dem Bereich los ist.

(Beifall SPD)

Das finde ich nicht ungewöhnlich. Die Dänen zumindest, wenn man sich einmal die Presselandschaft, die Stellungnahme des dänischen Verkehrsministeriums und die Stellungnahme von Femern A/S ansieht, sprechen eine andere Sprache. Ich frage, Herr Minister: Wem geben Sie denn nun recht, Herrn Arp oder Herrn Tietze? Herr Arp hat sich hier eben öffentlich im Hohen Hause beim dänischen Staat für die Fehlplanung entschuldigt, die das Land Schleswig-Holstein betreibt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Das waren Ihre Worte und zitiert an den 12.600 Einwendungen. Teilen Sie diese Auffassung, Herr Buchholz, dass diese Einwendungen an der Verspätung schuld sind? Das würde mich interessieren. Oder teilen Sie die Auffassung des Diplomaten Herrn Tietze,

(Zuruf FDP)

der eben noch deutlich gesagt hat, wir wollen ganz vornehm mit dem dänischen Partner umgehen, aber dann Femern A/S den Vorwurf macht? Das teile ich im Übrigen. Nichtsdestotrotz: Welche Auffassung hat denn das Wirtschaftsministerium dazu?

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, leider ist nun Ihre Zeit abgelaufen.

Sandra Redmann [SPD]:

Das ist richtig doof, weil ich gern noch ein paar mehr Fragen gestellt hätte. Aber das ist kein Problem. Ich werde diese Fragen schriftlich an das Ministerium richten können und dann eine Antwort bekommen. Auf jeden Fall, glaube ich, ist eindeutig nachgewiesen, warum wir einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums kann man lesen, dass dort mit Verzögerungen von zwei Jahren gerechnet wird, was die Klagedauer angeht, die das zur Folge hätte. Dann frage ich mich natürlich, wenn die Bauverträge in Dänemark bis einschließlich 2019 gelten, wieso dann der Wirtschaftsminister hier von einer läppischen Verzögerung redet; denn wenn ich das richtig zusammenzähle, sind wir dann jenseits der Vertragsdauer dieser Verträge. Dann hat das ja wohl erhebliche Konsequenzen. Oder täusche ich mich da? Das wäre eine Frage, die ich hätte.

Das Zweite ist: Wenn der Kollege Tietze sagt, Femern A/S sei schuld, und Sie sagen, das Gegenteil sei der Fall, wäre es ganz schön, uns ein wenig zu helfen. Der Kollege Arp hat gesagt, man höre uns in Dänemark genau zu. Eben wurde gesagt, es werde im dänischen Parlament vielleicht einen PUA geben. Ich finde, in der Frage, wie wir das beantworten, waren wir in Diplomatie nicht zu übertreffen.

Vielleicht noch ein Wort zur Kollegin Bettina Hagedorn. Ich habe mich gewundert, dass sie nicht gesagt haben, sie sei selber vielleicht auch noch daran schuld, dass es länger gedauert hat. Aber ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei uns gibt es eine Mehrheitsmeinung, die hier auch vertreten wird. Aber ich respektiere und akzeptiere, dass es Minderheitenmeinungen in der Region gibt. Die können ihre Meinung bei uns auch sagen. Das unterscheidet uns möglicherweise von anderen Parteien.

Ein Letztes: Der Kollege Arp hatte nun wirklich einen rabenschwarzen Tag, und das kommt ja manchmal vor. Es ist in Ordnung. Man konnte merken, Sie konnten die Fragen weder beantworten, noch sind Sie konsistent in Ihrer Argumentation. Aber eines ist deutlich geworden: Sie haben uns hier wortreich erklärt, dass sich die Anstrengungen verdoppelt haben, aber dass das Wirtschaftsministerium das Ziel aus den Augen verloren hat. Das ist sozusagen das, was dabei herausgekommen ist: Mehr Leute, ganz andere Verfahren, aber es dauert länger. Das ist die Quintessenz, und da können Sie hier so viel herumreden, wie Sie wollen. Die Öffentlichkeit bekommt doch eines mit: Der Dringlichkeitsantrag war nicht nur begründet, sondern er war wirklich überfällig, weil Sie sonst nämlich diese Debatte hier nicht geführt, sondern wir irgendwann zwischen Gründonnerstag und Ostermontag eine kleine Pressemitteilung bekommen hätten. Das, finde ich, hat dieses Parlament nicht verdient,

(Dr. Ralf Stegner)

sondern es hat verdient, dass man über solche Dinge redet.

Herr Minister, vielleicht wäre es schön, wenn Sie in den Ankündigungen ein bisschen weniger schneidig wären. Dann ist es leichter, zu erfüllen, was man sich vorgenommen hat. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Minister Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr geehrter Herr Stegner! Ich möchte gern noch ein, zwei Fragen beantworten, wobei Sie mir eine Vorbemerkung gestatten. Ich verstehe Ihren Wunsch nach der Retourkutsche. In der letzten Legislaturperiode hat man meinem Vorgänger immer einen eingeschickt. Deshalb kann ich das verstehen. Das ist in Ordnung, und das ertrage ich auch. Aber Sie müssen in der Sache fair bleiben und sagen, wie sich das zu den anderen Dingen verhält.

Wir haben aufgestockt, was wir übrigens, um das gleich klarzustellen, nicht für das gesamte Amt für Planfeststellung geschafft haben. Wir konnten nicht haufenweise Leute einstellen, sondern wir mussten in der Projektgruppe die vorhandenen Menschen beim Thema Fehmarnbelt verdoppeln, was übrigens dazu führt, dass wir an anderen Stellen Kapazitäten wegnehmen mussten. Wir haben die Arbeitskraft auf dem Fehmarnbelt-Verfahren verdoppelt. Das nur klarstellend. Wenn wir das nicht getan hätten - dies ist in der Vergangenheit nicht erfolgt -, hätte selbstverständlich die Bearbeitung dieser Dinge länger gedauert. Wenn wir nicht dafür gesorgt hätten, dass die Leitung der Behörde besetzt wird, und zwar fachkompetent, hätte das sicherlich zu einer Verzögerung des Verfahrens geführt. Dass wir in der Tat jetzt mit einer leichten Verzögerung unterwegs sind - ob diese drei Monate oder sechs Monate beträgt, darüber müssen wir uns jetzt nicht weiter streiten -, ist der Tatsache geschuldet, dass dieses Verfahren rasend komplex ist, ein Zustand, den ich meinem Vorgänger genauso zubillige wie mir und allen Beteiligten auch.

Sie insinuiieren hier, dass durch diese Verzögerung etwas entstehen könnte, was quasi zu Nachverhandlungen oder zu Preisthemen auf dänischer Seite führen könnte. Das hat Kollege Harms hier sehr richtig ausgeführt. Das ist erkennbar nicht der Fall; denn wenn die Planungen, die die Planfeststellung

im Sommer des Jahres 2018 zur Folge gehabt hätten, zu Gerichtsverfahren führen, die dann zwei Jahre Minimum dauern, kommen Sie automatisch in das Jahr 2020 und damit zu einem Zeitpunkt, an dem sicher ist, dass die Vertragspartner der abgeschlossenen Verträge auf dänischer Seite nicht mit einem Baubeginn zu dem darin vorgesehenen Zeitpunkt rechnen konnten. Das stand also auf dänischer Seite seit über einem Jahr fest, insgesamt seit eineinhalb Jahren.

Deshalb lassen Sie uns freundlicher Weise an der Stelle nicht die Mär aufkommen lassen, dass sich durch diese Zeitverzögerung auf unserer Seite irgendetwas an Konsortialverträgen geändert hat. Das ist nicht der Fall, und das wird auch nicht der Fall sein.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Das Zweite ist: Sie haben die Frage gestellt: Was ist denn nun? Ist das so, wie Herr Tietze sagt, nach dem Motto, wer ist denn schuld daran? Ich glaube, ehrlich gesagt, dass dieses Hohe Haus gut daran tut, dieses Blame-Game-Thema hin und her nicht zu betreiben.

(Zurufe SPD)

Ich habe dargestellt, woher die Verzögerung kommt. Lassen Sie mich noch eines sagen: 12.660 Einwendungen auf deutscher Seite sind sehr viel. Sie zeigen auch etwas im Verhältnis zu den 43 Einwendungen auf dänischer Seite. Wir haben es in Deutschland schon mit einer besonderen Art des Umgangs mit solchen Themen zu tun. Bei der Elbvertiefung in Hamburg gab es 6.600 Einwendungen. 12.600 ist also schon eine große Zahl. Aber solche Einwendungen gehören zum Rechtsstaat und sind das Recht jedes Bürgers, der sie erhebt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind sie sorgfältig und anständig abzuarbeiten. Wenn man dabei feststellt, dass sich zwischendurch auch noch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu einer dieser Einwendungen verändert hat, dann muss das dazu führen, dass die Vorhabenträger - gegebenenfalls auch zu einer einzigen Einwendung oder zu einem einzigen Sachverhalt - aufgefordert werden, zum Beispiel ein neues Gutachten vorzulegen. Das kann Zeit in Anspruch nehmen. Denn es muss uns darum gehen, es rechtssicher hinzubekommen und es vernünftig zu machen.

So machen wir das, so haben wir es auf die Reise geschickt, und so wird es am Ende des Jahres auch dastehen. - Ich danke Ihnen herzlich.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall CDU, FDP, AfD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Der Herr Minister hatte eine Redezeit von viereinhalb Minuten, die nun wiederum allen Fraktionen zur Verfügung stehen. - Als nächster Redner spricht der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bewusst sehr lange abgewartet, um nicht nur zu hören, wie es um den Planfeststellungsbeschluss steht, sondern auch um zu hören, wie es um den direkten Einfluss des Ministers auf zentrale Infrastrukturprojekte steht. Ich muss ganz ehrlich sagen, aufgrund dessen, was ich jetzt bis zum Ende gehört habe, habe ich mittlerweile durchaus einen anderen Eindruck von Ihnen, als Sie zumindest nach außen immer suggerieren.

Seit 291 Tagen sind Sie im Amt. Wenn ich mir anschau, was in diesen 291 Tagen an Ankündigungen, an Zurückrudern, an „Verantwortung an andere abgeben“ stattgefunden hat, scheint das die neue Politik zu sein.

(Zuruf CDU: Ha, ha!)

Gehen wir einmal die entscheidenden Projekte durch. Nehmen wir zum Beispiel die A 20.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Zum Thema sprechen!)

Der Herr Ministerpräsident ist ja erfreulicherweise noch da. Die Ansage lautete ursprünglich: Innerhalb dieser Legislaturperiode werden wir die A 20 fertig bauen. Relativ früh hat Bernd Buchholz zu dem Projekt gesagt, die A 20 sei nun Chefsache.

(Zurufe FDP)

Mittlerweile wurde das Projekt an die DEGES weitergegeben.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Thema!)

Aktueller Planungsstand: null.

(Beifall SPD - Jörg Nobis [AfD]: Zur Sache!)

- Es geht hier um Infrastrukturprojekte, Herr Nobis. B 5. Buchholz dazu selbst: Never ending Story B 5. Die Planer der A 20 sollen hier übernehmen. Die Kleine Anfrage von Lars Harms ist ja eben benannt worden. - Ach ja, bei der B 5 war ja noch etwas.

Stimmt! Sie soll ja zur Infrastrukturgesellschaft des Bundes übergehen. Planungsstand: Ankündigung.

Die Probleme auf der Strecke der Marschbahn haben wir hier vielfach diskutiert. Herr Buchholz sieht die Schuld immer bei anderen, hier bei der DB, und nie bei sich selbst.

Und nun zur festen Fehmarnbelt-Querung.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Endlich!)

Treffen im Geheimen. Wenn Treffen im Geheimen stattfinden - das muss man einmal sagen -, zeugt das ja von einer gewissen Brisanz. Aber es war, glaube ich, sehr naiv, davon auszugehen, dass diese im Verborgenen stattfinden könnten. Das lief nach dem Motto: Ich will ein Problem verschweigen, und nun habe ich ein richtig großes Problem.

Ich habe mir gestern diesen hektischen Aktionismus angeschaut, beginnend beim Ministerpräsidenten über den Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium bis zum Wirtschaftsminister. Man hatte nicht den Eindruck, als ob das nichts war - wie es hier kleingeredet worden ist - sondern dass wir in ein Wespennest gestochen hatten. Aufgescheuchte Wespen - dass wissen Sie selbst - können Sie gar nicht mehr richtig einfangen.

Was macht der Minister? - Ansagen, beugen. Man kann das Ganze ja kleinreden. Mitte des Jahres wird schnell zum Sommer, Sommer wird zu Ende September, und schnell noch ein: „Na ja, wir haben sowieso keine schuld!“, und die nächste Bombe ist gezündet.

Ich bin sehr erstaunt, dass Sie auch eben keine Aussage hierzu getroffen haben. Was heißt: „Uns trifft keine schuld“? - Dann trifft die schuld die anderen und damit Femern A/S. Deshalb habe ich vorhin noch einmal bewusst nachgefragt. Femern A/S - das wissen Sie genau, Herr Kollege Tietze und Herr Minister - ist ein staatliches Infrastrukturunternehmen, und damit ist der dänische Transportminister Olesen direkt verantwortlich.

Wenn man sich die Presselage heute anschaut, so heißt es wahrlich nicht, man sollte nicht darüber sprechen. Denn es wird klar: Unser Ankündigungsminister „Schnelle Zunge“ Buchholz hat mit seinem „Die sind aber schuld!“ gleich für internationale Verstimmung gesorgt. Sollte der dänische Transport- und Verkehrsminister Olesen wegen unserer Debatte und der Aussage „Die sind schuld, nicht uns trifft die Schuld; unabhängig davon, ob es 12.500 Einwendungen gegeben hat oder nicht, Femern A/S ist schuld“ - das ist gestern Ihre Aussage gewesen - zurücktreten, sollte also auf europäischer

(Kai Vogel)

Ebene ein anderer Minister wegen dieser Aussage zurücktreten - hui! Das Ganze hat eine sehr viel größere Relevanz,

(Thomas Hölck [SPD]: Gleiches Recht für alle!)

wenn mit einem Mal Sie als Minister auf Bundesebene auch diskutiert werden, weil dann sicherlich auf anderer Ebene nachgefragt wird. Viel Spaß, Herr Günther, wenn Sie das dann auf Bundesebene erklären!

Kommen wir zu dem Resultat: Bei Minister Buchholz 291 Tage nichts als Ankündigungen, null Baufortschritt, und jetzt gibt er alle Verantwortung ab. Was hat er nach 291 Tagen erreicht? Eine massive Verstimmung unseres Nachbarlandes Dänemark. Das ist unsere Bilanz nach fast einem Jahr: Versetzung ausgeschlossen! - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Botschafter des Königreichs Dänemark, Herrn Friis Arne Petersen, und den Herrn Generalkonsul Kim Andersen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete der SPD! Liebe Gäste! Zunächst ist es schön, dass Sie jetzt da sind. Dann können wir Ihnen nämlich sagen: Wir machen verantwortungsvolle Politik hier in Schleswig-Holstein, und wir stehen hinter der Festen Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

Wie Sie wissen, wie wir alle in diesem Haus wissen, läuft die Planung für die Feste Fehmarnbelt-Querung inzwischen über zehn Jahre. Das sind, wenn man nur zehn Jahre nimmt, 3.650 Tage.

Jetzt haben wir einen Dringlichkeitsantrag der SPD auf der Tagesordnung. Da kann man darüber streiten, ob es um eine 90-tägige Verlängerung oder um 180 Tage geht. Wenn man sich die 3.650 Tage ansieht, die das Projekt schon dauert, ist zu fragen, ob man hier so einen Popanz aufbauen muss und ob

das, was Sie hier tun, wirklich verantwortungsvoll ist.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Lukas Kilian [CDU]:

Liebed gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Kilian, Sie sind jetzt der dritte oder vierte Redner, der sagt, dass ein Berichts Antrag, bei dem der Minister die Gelegenheit hat, zur Sache zu reden, ein Popanz sei. Das verrät viel über die Art und Weise, wie Herr Buchholz hier auftritt. Wenn Sie das so fürchten, dass Sie es für einen Popanz halten, dann spricht das Bände. Das muss ich Ihnen schon sagen.

- Herr Dr. Stegner, Zuhören ist eine Stärke. Ich habe etwas anderes gesagt. Ich habe gesagt, das, was Sie hier aufführen, ist ein Popanz.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Antrag ist kein Popanz. Ihr Antrag wurde recht kühl und nüchtern beantwortet. Das ist eine relativ unspektakuläre Geschichte. Ich frage mich ganz nebenbei auch, wo der Kollege Vogel gestern Hektik gesehen hat. Aber wir wissen: Der Ruhepol gerät bei Sozialdemokraten häufig ein bisschen schneller in Wallung. Wenn sich der eine oder andere ein bisschen bewegt, scheint das schon Hektik zu sein.

(Lachen SPD)

Das, was wir als Popanz bezeichnen, ist das, was Sie hier in der Debatte machen, dass Sie auf die Dänen zeigen, dass Sie auf unser Ministerium zeigen und dass Sie aus einer Kleinigkeit - aus 90 bis 180 Tagen - versuchen, einen Skandal in der Planung der Fehmarnbelt-Querung zu machen. Das ist der Popanz, nicht der Berichts Antrag.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kilian, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Lukas Kilian [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kilian, erstens muss ich Ihnen sagen, dass mehrere Leute gesagt haben, der Dringlichkeitsantrag sei überflüssig. Ich frage mich - vielleicht können Sie mir das erläutern -, warum eigentlich Herr Buchholz das Parlament nicht von sich aus informiert hat.

Zweitens. Herr Botschafter, ich freue mich, dass Sie da sind. Aber da Sie vorhin nicht haben zuhören können, will ich Folgendes sagen:

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat nichts versäumt!)

Hier hat kein Sozialdemokrat Verantwortung nach Dänemark verschoben, sondern wir haben gefragt, was denn nun gilt, dass, wie hier gesagt worden ist, Femern A/S schuld ist, oder ob das Gegenteil der Fall ist. Darauf bleibt die Koalition bisher die Antwort schuldig. Vielleicht gibt sie ja Herr Kilian. - Das ist der Sachverhalt gewesen.

- Herr Dr. Stegner, ich kann Ihnen sagen, insgesamt ist es ein großes Planungsverfahren. Es gibt bei einem solchen Planungsverfahren - der Minister hat das eben gerade auch gesagt - eine Vielzahl möglicher Gründe für Verzögerungen. Wenn man sich am Ende hinstellt und sagt - gerade in einem internationalen Projekt -: „Da war es aber der, und da war es der, und hier war es der“, dann gefährdet man im Zweifel die internationale Zusammenarbeit deutlich mehr als so, wie es hier gerade passiert.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf SPD: Das haben wir nicht gesagt! - Unruhe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Darüber sollten wir uns mal in Ruhe unterhalten!)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat der Redner hier vorne. - Vielen Dank.

Die Frage scheint beantwortet zu sein. - Sie dürfen, wenn Sie mögen, in Ihrer Rede fortfahren, Herr Abgeordneter.

Lukas Kilian [CDU]:

Ja. - Worum geht es denn in Wirklichkeit? In Wirklichkeit muss der Fehmarnbelt-Tunnel jetzt dafür

herhalten, dass die Social-Media-Abteilung der SPD-Landtagsfraktion versucht, mit möglichst lustigen, mittelmäßigen bis schlechten Grafiken auf Facebook den Minister in irgendeiner Weise als lahme Ente darzustellen. Er wird dort in einer Grafik auf einer Schildkröte platziert, und er wird als verantwortlich für die Verzögerung bei Planungsverfahren dargestellt. Der Abgeordnete Vogel stellt sich hier hin und berichtet davon, dass der Planungsstand bei der A 20 gleich null sei, bei der Marschbahn gleich null sei. Da muss ich ehrlich sagen - Herr Vogel, es tut mir furchtbar leid -: Offensichtlich ist Ihr Kenntnisstand gleich null.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

Denn wir haben über alle anderen Verfahren hier schon sehr deutlich gesprochen und wissen ganz genau, dass da Erhebliches passiert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD - Zuruf: Genau!)

Es geht offensichtlich also nur darum, irgendeinen billigen Angriff auf einen sehr dynamischen Wirtschaftsminister zu fahren, der deutlich mehr erreicht hat als sein Vorgänger,

(Zuruf: Ja, genau!)

der, wie ich es mehrfach gesagt habe, Schlafwagenschaffner war.

Ich sage Ihnen noch etwas: Reden Sie einmal mit den Leuten in der Region! Dieser Minister ist in der Region, und er löst in der Region Probleme, deren Lösung jahrelang aufgeschoben wurde.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Lachen SPD)

Der Abgeordnete Knöfler sitzt gerade hinter mir als Schriftführer. Der könnte Ihnen einiges darüber erzählen; er erlebt das. Und Sie wollen hier einen billigen Angriff reiten und greifen sich dabei ein Projekt heraus, bei dem es möglicherweise sogar zu internationalen Verwicklungen kommen kann.

(Lachen SPD)

Das muss es aber nicht. Wir haben zum Glück den Besuch hier im Saal. Wir sagen sehr deutlich: Wir stehen hinter dem Projekt. Wir verfolgen das Projekt weiter, konstruktiv, inhaltlich und mit voller Mannstärke. Der Minister hat schon gesagt:

(Zuruf SPD: Das mit der vollen Mannstärke stimmt aber wirklich nicht!)

(Lukas Kilian)

Die Planungskapazitäten wurden frühzeitig aufgestockt. Ich kann Ihnen sagen: Innerhalb kürzester Zeit wird dann auch die Planung abgeschlossen sein und der Planfeststellungsbeschluss stehen. Das ist eine gute Nachricht für Schleswig-Holstein. Ihre Häme über eine Verspätung von 90 bis 180 Tagen sollten Sie einmal überdenken. Denn insgesamt wollen wir in Schleswig-Holstein, dass es vorangeht, und das darf man eigentlich auch als Oppositionspartei wollen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort aufgrund der zusätzlich zur Verfügung stehenden Redezeit durch die Rede des Herrn Minister hat jetzt die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! liebe Kolleginnen und Kollegen! Komisch, Herr Kilian, dass das nach Ihrer Darstellung so lächerlich ist und dass es angeblich keinen Menschen interessiert. Dass wir hier einen Popanz aufbauen und eventuell sogar noch diplomatische Krisen auslösen würden oder Sonstiges, zeigt doch nur, dass auch Ihr Kenntnisstand nicht gerade der Beste zu sein scheint.

Ich habe hier ein Statement des dänischen Verkehrsministeriums. Das dänische Verkehrsministerium sieht es offenbar nicht als Popanz an, was sich hier abspielt. Ich zitiere: Das deutsche Planfeststellungsverfahren wird nun gegen Ende des Jahres erwartet. Wir analysieren derzeit die Situation und haben daher keinen Kommentar zum Statement aus Schleswig-Holstein.

(Lukas Kilian [CDU]: Oh, das ist aber - -!)

In Kooperation mit den Unterstützerparteien - -

(Unruhe)

- Darf ich das vorlesen, oder darf ich es nicht vorlesen? -

(Zurufe von der CDU)

in Kooperation mit den Unterstützerparteien des Projektes werden wir nach Ostern überlegen - ich zitiere -, ob die neue Verzögerung möglicherweise Konsequenzen für die weiteren Projektaktivitäten haben wird.

Also, als Popanz würde ich das nicht bezeichnen.

(Beifall SPD - Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Es stellt sich ja auch die Frage - -

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

- Ich habe Sie auch ausreden lassen. Ich habe hier niemanden irgendwie persönlich angegriffen.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat hier die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Die Frage stellt sich ja auch: Wenn das angeblich ein Popanz ist, warum haben Sie sich dann nach dem Treffen mit den dänischen Vertretern, wie Herr Stegner eben schon gefragt hatte, nicht an die Öffentlichkeit gewandt? Warum haben Sie der Öffentlichkeit gegenüber nicht gesagt: „Mensch, wir haben hier ein lächerliches Problem von 30 Tagen oder von 90 Tagen; na ja, das ist nicht weiter wild; das bekommen wir ohne Weiteres hin“? Denn wenn ich jetzt ein Statement von Femern A/S aufgreife - ich glaube, jeder hier kennt meine Einstellung zur Festen Fehmarnbelt-Querung -, so sagt Femern A/S: Wir weisen die Schuld für die Verspätung von uns. Wir haben uns an den Zeitplan gehalten, der mit der deutschen Planfeststellungsbehörde abgesprochen war, und haben alle Materialien innerhalb der abgesprochenen Fristen in der nachgefragten Qualität geliefert.

Vor drei Wochen noch hatten die Unterstützerparteien bauvorbereitende Maßnahmen abgesehen. Da hieß es noch, dass die Beltquerung in Deutschland gute Fortschritte mache und der Planfeststellungsbeschluss im Sommer 2018 erwartet werde.

(Beifall SPD)

So hieß es noch vor drei Wochen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wessen Kenntnisstand jetzt bei null ist, das frage ich mich hier wirklich.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt werden ja immer nur Presseartikel zitiert.

(Dr. Andreas Tietze)

(Ralf Stegner SPD: Das Ist Ihnen wohl unangenehm!)

Ich wollte noch einmal klarstellen: In meiner Rede, Herr Dr. Stegner und Frau Redmann, habe ich die Zeitung „Copenhagen Post“ vom 22. März 2018 zitiert.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe einen Bericht zitiert, wonach Femern A/S Dokumente zu spät geliefert hat. Für eine Planfeststellung im Sommer 2018 hätten Sie diese im Herbst 2017 einreichen müssen. Ich habe auf eine Debatte in der dänischen Presse hingewiesen. Das war das, was ich in meiner Rede gesagt habe. Das wollte ich noch einmal deutlich machen.

Übrigens, wenn Sie die Debatte in Dänemark verfolgen: Wirtschaftsprofessor Per Nicolaj Bukh von der Universität Aalborg sagt zum Beispiel: Wenn etwas so oft verschoben wird, sollte man überlegen, ob man wirklich noch daran glaubt. Es sollte eine externe Bewertung des Projektes stattfinden, um dies herauszufinden, und so weiter und so weiter. - Sie sehen, es gibt eine lebendige, eine lebhaft Debatte in Dänemark.

(Zuruf SPD: Wofür steht denn die Koalition?)

- Was ist falsch daran, wenn es diese lebendige und lebhaft Debatte gibt?

(Zurufe SPD: Nein! Nichts!)

Sie haben hier Unterstellungen gemacht, ich hätte hier aus regierungsamtlichen Unterlagen zitiert. Ich wollte nur sagen: Auf diese Debatte habe ich mich bezogen, und ich wollte die Quelle noch einmal nennen, damit das hier richtiggestellt wird.

(Sandra Redmann [SPD]: Wir wollen auch eine lebendige Debatte!)

Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen weitere Wortmeldungen vor. Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

(Martin Habersaat [SPD]: Wir wüssten auch nicht, was wir mit unserem Wochenende sonst anfangen sollen!)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal die Gelegenheit nutzen, etwas zu der Debatte zu sagen. Ich glaube, der Antrag, der gestellt worden ist, war genau der richtige Antrag. Immer dann, wenn sich Bedingungen ändern, dann muss man auch darüber reden können.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ich glaube, darin können wir alle einig sein. Das ist, glaube ich, nicht der Akt.

Das andere ist: Ich finde, aus dieser Debatte darf nicht herauskommen, dass dieses Projekt in irgendeiner Art und Weise in Zweifel gezogen wird -

(Beifall)

auch nicht mit Zitaten, von wem auch immer. Vielmehr geht es darum: Es gibt eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark, diese Querung zu bauen, und damit wird sie gebaut, und wir haben das zu unterstützen, so gut wir können. Auch für die Menschen in der Region muss dies so schadlos erfolgen, wie es irgendwie machbar ist. Das ist völlig klar; gar keine Frage.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Dritter Punkt: Ich glaube, dass es vor diesem Hintergrund, wenn man darüber redet, nicht wirklich gut kommt, wenn man dem einen oder dem anderen, egal auf welcher Seite der Grenze, Vorwürfe macht. Wenn man ehrlich darauf schaut, dann ist es so, dass wir relativ gut im Zeitplan waren - was übrigens auch ein Verdienst der ehemaligen Küstenkoalition war -,

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

und dass wir dann aufgrund einer Gesetzesänderung im Rahmen des Planänderungsverfahrens auf einmal eine neue Herausforderung hatten. Dieser Herausforderung muss man professionell begegnen; da kann man nicht einfach sagen: Da gehen wir einfach mal drüber hinweg und hoffen, dass das irgendwie geht. Denn solche Nummern haben wir

(Lars Harms)

in der Vergangenheit öfter gemacht, mit wechselnden Verkehrsministern und deren wechselndem Parteibuch. Das hat nie richtig gut geklappt.

Insofern ist es in Ordnung, dass man abwartet, dass man sich Expertise, auch vom Bauträger, auch von Femern A/S, holt und dass das dann möglicherweise auch über die Fristen hinausgeht, die man eigentlich ursprünglich geplant hatte.

Deswegen würde ich weder Femern A/S noch irgendeinem anderen Beteiligten jemals einen Vorwurf daraus machen, sondern das ist eben so. Da kann man sich nicht in irgendeiner Weise dahingehend äußern, dass man sagt: Das ist alles Käse; das ist jetzt schuld von Femern A/S. Das glaube ich nicht; sie haben innerhalb ihrer Möglichkeiten genauso professionell darauf geantwortet, wie jeder andere es getan hätte, und zwar auch unter jedem Minister, egal ob auf dänischer oder auf deutscher Seite. Das wäre immer das Gleiche gewesen.

Vor diesem Hintergrund glaube ich: Wenn wir politisch darüber diskutieren, wer schuld hat - wenn man das denn wollte -, dann müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen. Schuld ist nämlich das deutsche Planungsrecht; etwas Komplizierteres als unser eigenes Planungsrecht gibt es nicht.

Das ist in allen Ländern auf diesem Planeten ein bisschen einfacher gestrickt als das, das wir haben. Das ist eher die Herausforderung. Die werden wir kurzfristig sicherlich nicht lösen können, aber das ist eine Aufgabe, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben, die aber auch wir als Land Schleswig-Holstein mit unseren Möglichkeiten haben, dass wir das Planungsrecht etwas vernünftiger gestalten.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Letzter Punkt - Wiederholung ist ja ein pädagogisches Prinzip -: Für uns ist es ganz wichtig, weil wir dieses Problem regelmäßig sehen und dieses Problem seit Jahren virulent ist, einen bestehenden Anbieter, nämlich Scandlines, durch Baumaßnahmen nicht schlechterzustellen, als es unbedingt notwendig ist. Wenn man die Beltquerung baut - das ist okay -, muss man auch denjenigen, die dort mit Schiffen fahren und die das durchaus auf ökologische Art und Weise machen, die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum Markt geben. Das bedeutet, dass die Zuwegung für Scandlines vernünftig organisiert werden muss.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau die Zeit, diese Gespräche zu führen, haben wir jetzt drolligerweise durch die leichte Verzögerung. Wenn am Ende herauskommt, dass wir ein Verfahren sauber abgearbeitet haben, dass wir relativ zeitgemäß zum Ende gekommen sind und dass auch der zweite Anbieter einen fairen Zugang zum Markt hat, ist eine runde Sache daraus geworden.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es beeindruckend. Weite Teile der Debatte und mehrere Beiträge der SPD waren dadurch geprägt, dass Sie noch einmal gesagt haben, dass es richtig war, dass der Antrag dringlich ist. Ja, darüber haben wir schon Donnerstag abgestimmt. Wir haben der Dringlichkeit zugestimmt. Wenn das schon etwas ist, wofür Sie sich feiern, dass Sie einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben, finde ich das relativ dünn.

Kollege Vogel, wir kennen uns schon ein paar Jahre und haben viele verkehrspolitische Debatten geführt, aber es hat mich wirklich geärgert, dass Sie auf der einen Seite sagen, das sei ein unheimlich wichtiges Thema, und es sei wichtig, dass wir darüber sprechen - das finde ich auch -, auf der anderen Seite Ihr Redebeitrag aber nichts anderes war als ein persönlicher Angriff auf den Minister. Sie haben über ganz andere Themen gesprochen: B 5, A 20, Marschbahn. Dass Sie sich das trauen, ist wirklich irre.

(Beifall FDP und CDU)

Und dann die begleitenden peinlichen Facebook-Posts der SPD-Landtagsfraktion. Herr Stegner, ich dachte, Sie wären bei der Nutzung sozialer Medien etwas weiter. Da müssen Sie in der eigenen Fraktion vielleicht einmal nacharbeiten. Wenn Sie einmal nicht in Berlin sind, sollten Sie der eigenen Fraktion einmal sagen, wie man das in den sozialen Medien richtig macht.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Vogt, wir sind sehr dankbar, dass Sie der Dringlichkeit des Antrags gestern zugestimmt haben. Umso mehr bin ich befremdet, dass so viele aus den Koalitionsfraktionen das in ihren Redebeiträgen zum Thema gemacht haben, dass wir das hier auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Unruhe)

Wenn man bei jedem Punkt selbst kübelweise Kritik über Minister Meyer ausgeschüttet hat, ob er nun etwas dafür konnte oder nicht, und hier empfindlich reagiert, dass sich auch der neue Minister, der nicht erst 100 Tage, sondern schon ein Dreivierteljahr im Amt ist, der Kritik stellen muss, zumal er ja immer sagt, dass er nichts damit zu tun habe, finde ich das ein bisschen mit zweierlei Maß gemessen, Herr Kollege. Man kann vom Fraktionsvorsitzenden einer regierungstragenden Fraktion verlangen, dass Sie ein bisschen mehr Souveränität mitbringen und sich hier nicht aufführen, als ob Sie keine Kritik vertragen könnten, zumal Sie damit extrem freigebig waren. Vom Kollegen Arp gibt es kiloweise Presseerklärungen, der immer wieder erklärt hat, dass an jedem Unbill dieser Welt Minister Meyer schuld gehabt habe.

(Vereinzelter Beifall SPD - Unruhe)

- Herr Dr. Stegner, ich weiß nicht, ob wir beide über das Thema Empfindlichkeit reden sollten. Sie scheinen mir deutlich empfindlicher zu sein, als ich es bin. Wenn Sie sich an den letzten fünf Jahren Oppositionsarbeit von Hans-Jörn Arp abarbeiten, frage ich mich, warum Ihr Kollege Vogel all die Begriffe von Herrn Arp - „Ankündigungsminister“ und so weiter - übernimmt. Wenn Sie das bei Herrn Arp so furchtbar fanden, frage ich mich, warum Sie das jetzt wiederholen. Das finde ich ein bisschen merkwürdig.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Herr Kollege Stegner, dass Sie so empfindlich sind, ist mir die letzten Jahre entgangen. Ich nehme das zur Kenntnis und werde in Zukunft pfleglicher mit Ihnen umgehen. - Aber wir sollten jetzt zum Thema zurückkommen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, bevor wir das machen, frage ich Sie, ob Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner gestatten.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Damit das hier nicht falsch stehenbleibt: Ich bin überhaupt nicht empfindlich. Ich habe meinen Beitrag eher humorvoll gestaltet, aber Sie verstehen ja offenkundig nicht einmal Humor.

(Zurufe)

- Herr Stegner, ich glaube, auch mit dieser Feststellung stehen Sie relativ allein da - aber sei es drum. - Ich möchte gern zum Thema zurückkommen. Wir haben den dänischen Botschafter und den Herrn Konsul hier. Wir sollten ein bisschen ernsthafter über dieses wichtige Projekt sprechen.

Herr Dr. Stegner, auch wenn ich Humor habe, sollte man zum Thema zurückkommen. Es geht um ein extrem großartiges und wichtiges Projekt. Das sehen viele anders, Frau Redmann, das kann man auch anders sehen. Ich finde, das ist ein gutes Projekt. Das Signal, das heute von diesem Haus ausgehen sollte, ist, dass wir mit großer Mehrheit hinter diesem Projekt stehen. Das sollte das Signal an Kopenhagen sein.

(Beifall FDP und CDU)

Ich finde es deutlich besser, wenn wir zwischen unseren Ländern Straßen, Schienen, Tunnel und Brücken bauen, als dass wir Zäune bauen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Stegner, wir unterstützen das Projekt, und vielleicht tun wir auch mehr als andere in der Vergangenheit für das Projekt - das ist heute deutlich geworden -: mehr Planer, obwohl wir Probleme haben, mehr Planer zu bekommen. Das haben wir jetzt konzentriert, damit das Projekt schneller vorangeht. Die Verzögerungen ärgert uns alle, die wir das Projekt befürworten. Es ist aber deutlich geworden, dass die neue Landesregierung mehr getan hat als die Landesregierung in der Vergangenheit. Das kann man vielleicht auch einmal anerkennen.

Ich möchte abschließend zwei Sachen sagen; Lars Harms hat es auch angesprochen. Bei Verzögerungen streiten wir uns immer darüber, wer die Schuld hat. Wir haben ein grundsätzliches Problem, das

(Christopher Vogt)

wir wirklich anpacken müssen. Das ist auch mein Appell an Sie, Herr Dr. Stegner - Sie haben ja sehr viel Einfluss in Berlin - und auch an die Landesregierung, dass man in Berlin darauf drängt, dass wir unser deutsches Planungsrecht endlich reformieren.

(Beifall FDP und CDU)

Mit Blick auf die Grünen sage ich: Das muss nicht einhergehen mit dem Abbau beim Tierschutz, bei Umweltauflagen, bei der Beteiligung betroffener Anwohner und so weiter. Es gibt ja genug Vorschläge der Bodewig-Kommission, wie man es besser machen kann. Unser Land sollte das im eigenen Interesse machen. Sonst fallen wir immer weiter zurück und bringen die Verkehrsprojekte nicht voran. Die Welt und Europa warten nicht auf uns. Dass wir bei Verkehrsprojekten vor uns hinvegetieren, ist wirklich ein Problem, um das wir uns ernsthaft kümmern müssen. Wir haben sehr viel Rechtsprechung, wir haben ein sehr kompliziertes Planungsrecht, das müssen wir anpacken.

Ich möchte ein letztes Thema ansprechen, das Sie zweimal thematisiert haben, Herr Harms: die Anbindung von Scandlines. Auch das ist ein Punkt, den wir aufgegriffen haben, bei dem wir zu einer fairen Lösung kommen werden. Es gebietet sich auch, dass wir fairen Wettbewerb machen, wenn wir ein solches Projekt umsetzen. Auch das werden wir vernünftig hinkriegen. Auch das sollte das Signal der heutigen Debatte sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/623 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat und der Tagesordnungspunkt damit erledigt ist.

Exzellenz, Herr Generalkonsul, wir danken Ihnen für Ihre Anwesenheit bei diesem für unsere beiden Länder sehr wichtigen Projekt. - Herzlichen Dank noch einmal!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Bewerbung immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe „deutsch-dänisches Grenzland“ unterstützen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/569 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich schlage vor, den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Antrag Drucksache 19/569 (neu) einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes

Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/473

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Punkt sollen zu Protokoll gegeben werden.

Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/473, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/602

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/602. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Ich sehe, dass

(Präsident Klaus Schlie)

das nicht der Fall ist. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/602 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch hier ist das einstimmig so bestätigt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Beginn der nächsten Tagung des Landtags ist am Mittwoch, dem 25. April 2018, um 10 Uhr. Ich schließe

die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. - Vielen Dank.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:40 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Bewerbung immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe „deutsch-dänisches Grenzland“ unterstützen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/569 (neu)

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes (IKE) von 2003 ist die Bundesrepublik Deutschland 2012 beigetreten. Mit dem IKE-Übereinkommen wird den vielfältigen gelebten Traditionen der Zivilgesellschaft internationale Aufmerksamkeit geschenkt. Die UNESCO stellt damit von menschlichem Wissen und Können getragene kulturelle Ausdrucksformen in den Mittelpunkt internationaler Kooperationen. Überlieferte Traditionen und Alltagskulturen sollen als Teil des Erbes der Menschheit erhalten und gefördert werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt und unterstützt die Bewerbung „Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten im deutsch-dänischen Grenzland“ für das Immaterielle UNESCO-Weltkulturerbe durch den Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) und Sydslesvigsk Forening (SSF).

Die deutsch-dänische Grenzregion ist ein Modell erfolgreicher Minderheitenpolitik, die von den Bonn-/Kopenhagener Erklärungen ausging, sich von einem Miteinander zu einem Füreinander entwickelte und beispielhaft einen Raum kultureller Vielfalt schafft. Die deutschen und dänischen Minderheiten im Grenzland und ihre Angehörigen prägen die Identität der Region und sind Brückenbauer einer grenzüberschreitenden Kooperation in vielen Bereichen.

Die Anerkennung als immaterielles Weltkulturerbe wäre - auch mit Blick auf das 100-jährige Jubiläum der 1920 erfolgten friedlichen Grenzziehung und der Entstehung der dänischen Minderheit in Deutschland und der deutschen Minderheit in Dänemark - ein Auftrag für die weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion.

Ich freue mich sehr darüber, dass inzwischen die Fraktionen von SSW und SPD dem Antrag beige-

treten sind und wir deshalb heute mit der in diesem Hause in diesem Thema breitestmöglichen Zustimmung unseren Vorschlag gemeinsam auf den Weg bringen können. Einmal mehr unterstreichen wir damit die große Gemeinsamkeit in diesem Hause bei der Unterstützung unserer Minderheiten.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Die deutsch-dänische Zusammenarbeit ist ein Musterbeispiel dafür, wie Probleme grenzübergreifend gelöst werden können. Der Schutz lebendiger Kulturformen durch die UNESCO war ursprünglich eine Antwort auf den materiellen Kulturerbebegriff, der sich vor allem an repräsentativen Bauwerken in Europa festmachte. Erst später wurde das Konzept eines Immateriellen Kulturerbes auf die zahlreichen ethnischen Kulturen Europas bezogen. Deutschland hat das Übereinkommen mit der UNESCO 2013 unterzeichnet. Unser Land ist bisher durch zwei so verschiedene Dinge wie die Genossenschaftsidee und den Orgelbau vertreten.

Das bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes ist hingegen mit derzeit 68 Projekten wesentlich länger. Wir finden darin so sympathische Dinge wie das Singen deutscher Arbeiterlieder, das Niederdeutsche Theater und das Biikebrennen. Aber auch der für uns hier vielleicht eher seltsam anmutende rheinische Karneval und der Rattenfänger von Hameln wurden aufgenommen.

Die Idee, das Zusammenleben im deutsch-dänischen Grenzland auf die Liste der UNESCO als Immaterielles Weltkulturerbe zu setzen, ist bereits 2016 entstanden und auf den Weg gebracht worden. Ethnische Konflikte flammen weltweit immer wieder auf. In Europa sind heute dank der europäischen Integrationsleistung die meisten dieser Konfrontationen friedlich überwunden, aber einige sind nach wie vor virulent, und manche melden sich auch wieder zurück - man denke nur an Katalonien. Gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Konflikte ist es nach unserer Überzeugung sehr sinnvoll, das, was wir im deutsch-dänischen Grenzbereich erreicht haben und was auch längst politisch vollkommen unstrittig geworden ist, als Kulturerbe weltweit zur Diskussion zu stellen.

Das deutsch-dänische Grenzland ist ein besonderes und positives Beispiel, wie ein lang andauernder Grenzkonflikt friedlich beigelegt werden konnte

(Dr. Heiner Dunckel)

und wie zugleich die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze weder vertrieben noch assimiliert wurden, sondern ihre Eigenständigkeit bewahren können. Wir haben das Glück, dass unser Grenzland gestärkt aus dem ehemaligen Konflikt hervorgegangen ist. Die Minderheiten unseres Grenzlandes haben darüber hinaus und vereint Brücken gebaut und Wege geebnet. Sie haben das Leben im Grenzland geprägt.

Als ehemaliger Rektor der Flensburger Universität und Förderer der deutsch-dänischen Studiengänge und der Hochschulkooperation der Grenzregion weiß ich auch, dass diese grenzüberschreitende Kooperation das alltägliche Leben nicht nur an den Hochschulen prägt und verändert hat. Den Minderheiten haben wir, Deutsche und Dänen, es zu verdanken, dass in unseren Ländern einen Reichtum an Sprachen und Kulturen gibt.

Diese Vielfaltigkeit ist keine Selbstverständlichkeit und vom Gegeneinander über das Miteinander zum Füreinander gewachsen ist. Deshalb war es uns Sozialdemokraten auch wichtig, auf verschiedenen Veranstaltungen in den letzten Wochen Unterschriften für die Bürgerinitiative Minority SafePack und damit für die Stärkung der Minderheitenrechte zu sammeln. Wir wissen in unserer Grenzregion um die Bedeutung der Minderheiten und stehen deshalb auch für die Unterstützung aller Minderheiten in Europa.

Wir können heute nicht voraussagen, ob die UNESCO diesem Vorschlag Folge leisten wird. Aber selbst wenn die Initiative des Bundes Deutscher Nordschleswiger und der Sydslesvigske Forening keinen Erfolg haben sollte, wird dieser Antrag einen Beitrag dazu leisten, das Modell „dänisch-deutsche Grenzlandbeziehungen“ in Europa besser bekannt zu machen und zu verankern. Es ist ein sehr gutes Zeichen, wenn die demokratischen Parteien in diesem Parlament gemeinsam ein klares Zeichen der Unterstützung setzen. Wir wünschen dem Antrag auf jeden Fall viel Erfolg!

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Bei dem Begriff „Kulturerbe“ denken die meisten sicherlich erst einmal an historische Bauwerke wie den Kölner Dom. Die Auszeichnung „Immaterielles Kulturerbe“ ist dagegen weniger bekannt. Dabei gibt es eine lange Liste mit bereits anerkannten Kulturgütern, wie unter anderem das Hebammenwesen, Skatspielen, den Rheinischen Karneval, das Biikebrennen, der Poetry Slam und

den innerstädtischen Erwerbsgartenbau in Bamberg gleichermaßen passend ist.

„Wissen - Können - Weitergeben“, so lautet das Motto des UNESCO Weltkulturerbes.

Der Bund Deutscher Nordschleswiger und der Südschleswigsche Verein haben sich jetzt gemeinsam mit dem Minderheitenmodell in unserem Grenzland beworben.

Dabei geht es konkret um einen Eintrag in das Register Guter Praxisbeispiele der Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes.

Wir begrüßen und unterstützen diese Bewerbung. Es würde mich sehr freuen, wenn das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten im deutsch-dänischen Grenzland in dieser Form Anerkennung und international Aufmerksamkeit bekäme.

Die Art und Weise, wie dieses Zusammenleben auch institutionell im politischen System verankert ist, könnte ein Modell sein auch für andere Grenzregionen in Europa. Wir in der deutsch-dänischen Grenzregion wissen, dass es gemeinsam, miteinander, besser geht als gegeneinander, dass kulturelle Vielfalt nichts Trennendes ist, sondern einen gemeinsamen Reichtum darstellt.

Konkurrenz, Wettstreit um kulturelle Dominanz, brauchen wir nicht. Unser Grenzland ist anders. Es ist eine bunte Antwort auf den grassierenden Nationalismus. Wir können damit leben, und leben damit sehr gut in unserer Grenzregion, in der es Menschen gibt, die sich nicht eindeutig in einer abgegrenzten nationalen Identität verorten, sondern von sich sagen, ich bin dänisch und deutsch, oder einfach Südschleswiger.

Wir möchten diese Erfahrung weitergeben - nicht als starre Haltung, als Traditionspflege, sondern dynamisch, lebendig, in der Hoffnung, dass sich daraus eine virulente Kraft entwickelt, die über die Region hinauswirkt.

Das Besondere an dieser Bewerbung ist, dass es eine doppelte Bewerbung ist, einmal auf dänischer Seite, einmal auf deutscher Seite, weil es nun einmal so ist, dass das Bewerbungsverfahren in nationalen Grenzen organisiert ist.

Während nach unseren Informationen auf dänischer Seite das Aufnahmeverfahren unbürokratisch ist, steht auf deutscher Seite ein mehrstufiges Verfahren bevor. Unser Antrag dient dafür als Rückendeckung für das weitere Verfahren.

(Rasmus Andresen)

Es gibt für die diesjährige Runde zur Anerkennung als Immaterielles Kulturerbe noch zwei weitere Bewerbungen aus Schleswig-Holstein.

Das Schöne ist, dass, wie ich gehört habe - die Ministerin wird dazu sicher noch berichten -, alle drei als Vorschlag an die Kultusministerkonferenz weitergegeben werden sollen.

Ich denke aber, es ist gerechtfertigt, angesichts der Bedeutung, die dieses Beispiel gelebter Praxis eines förderlichen kulturellen Miteinanders für die Identität Schleswig-Holsteins als Ganzes hat, dass wir uns hier im Landtag auch damit beschäftigen. Ich würde mich freuen, wenn wir diesen Antrag hier heute gemeinsam beschließen könnten.

Unser Ziel sollte sein, zum 100-jährigen Jubiläum der Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark die Anerkennung unser Minderheitenmodells als Immaterielles UNESCO Weltkulturerbe feiern zu können.

Wir bedanken uns bei SPD und SSW dafür, dass Sie die Initiative aus der Opposition heraus unterstützen. Ich freue mich auf die weitere Beratung.

Kay Richert [FDP]:

Herr Präsident! Unser Grenzland im Norden ist ein tolles Land! Das liegt zum einen an unseren langen Stränden, stillen Förden, grünen Hügeln und dem blauen Meer. Das liegt an den weiten Horizonten, dem Wechsel von Ebbe und Flut und dem frischen Wind. Aber liebenswert wird dieses tolle Land erst durch seinen ganz besonderen Schlag Menschen.

Die Geschichte des Landesteils Schleswig ist kompliziert, wechselhaft und konfliktreich. Hier, in dem Land zwischen Deutschland und Dänemark, prallten die Interessen der Mächtigen im Laufe der Jahrhunderte mehrfach unversöhnlich aufeinander. Das kennen wir aus historischen Geschichten, davon zeugen noch heute viele Denkmäler und Kriegsgräber oder historische Bauwerke wie Wehrkirchen oder das Dannewerk.

Als 1920 endgültig die Teilung Schlesiws in eine nördliche, dänische, und eine südliche, deutsche, Hälfte vollzogen wurde, wurden die lange schwebenden Grenzstreitigkeiten zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark zwar beseitigt - spannungsfrei blieb das Verhältnis zwischen beiden Ländern entlang der neuen Grenze dadurch aber nicht. Die Minderheiten, die im jeweiligen Staat lebten, besaßen noch lange nicht den Schutz und die Sicherheiten, über die sie heute verfügen, und waren häufig Zielscheibe von Nationalismus.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gab es ernsthafte Bemühungen, die deutsche und die dänische Minderheit offiziell anzuerkennen und besonders zu schützen. Ausgangspunkt waren die Bonn-/Kopenhagener Erklärungen, die 1955 von der deutschen und der dänischen Regierung verabschiedet wurden. Beide Regierungserklärungen waren zwar nicht rechtsverbindlich, doch wurden die darin festgehaltenen Prinzipien rasch umgesetzt. Die Gleichbehandlung wirklich aller Staatsbürger und das Recht zum freien Bekenntnis zur Volkszugehörigkeit sind mittlerweile Selbstverständlichkeiten in Schleswig-Holstein.

Später wurden die Rechte der Minderheiten tiefer verankert. So in der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten, oder in der Charta zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen. In Schleswig-Holstein haben wir außerdem ausdrücklich in der Landesverfassung den Schutz von nationalen Minderheiten und Volksgruppen zu einer Aufgabe des Landes gemacht.

Diese Abkommen und Gesetze bilden nur den politischen und rechtlichen Rahmen des vielfältigen und vielgestaltigen Zusammenlebens der Minder- und Mehrheiten dies- und jenseits der deutsch-dänischen Grenze. Im Laufe der Jahrzehnte ist aus dem Gegeneinander ein Miteinander geworden, das charakteristisch für das Grenzland geworden ist.

Der gegenseitige Austausch findet auf vielen Ebenen statt, politisch, wirtschaftlich, kulturell und privat. Das Miteinander schafft Offenheit und Bereitschaft, das Schöne und Bereichernde anderer Kulturen anzuerkennen und sich daran zu erfreuen. Nationalismus und Gegeneinander sind offenbar überwunden.

Dass sich das deutsch-dänische Grenzland um die Aufnahme in die Liste des Immateriellen Kulturerbes (IKE) bemüht, scheint angesichts solcher Erfolge richtig. In diese Liste werden Kulturformen aufgenommen, die von menschlichem Wissen und Können getragen sind und Kontinuität und Identität vermitteln. Das deutsch-dänische Grenzland stiftet Identität(en): Eine deutsch-dänische, eine dänisch-deutsche, und zugleich eine europäische. Wer als Däne in Schleswig-Holstein, oder als Deutscher in Dänemark lebt, erkennt, dass er unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit vor allem auch Europäer ist.

Die Aufnahme des Grenzlandes in die IKE-Liste wäre vor allem wegen der größeren Aufmerksamkeit, die es dadurch erfahren würde, ein Erfolg. Das Grenzland soll in das Register Guter Praxisbeispiele

(Kay Richert)

le aufgenommen werden, sodass dessen Model- und Vorbildcharakter weithin sichtbar wird. Andere Grenzregionen - ich denke etwa an die zahlreichen auf dem Balkan - nehmen sich vielleicht das deutsch-dänische Modell zum Vorbild und sehen einen Ausweg aus nicht enden wollenden nationalen und ethnischen Konflikten, in denen am Ende niemand gewinnen kann.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion unterstützt mit voller Überzeugung den Antrag der Regierungsfractionen für die Bewerbung „Weltkulturerbe deutsch-dänisches Grenzland“, und wir hoffen wie alle übrigen Fraktionen, dass am Schluss dieses Bewerbungsverfahrens die erfolgreiche Aufnahme in das internationale Verzeichnis der UNESCO stehen wird.

Grenzregion mit Modellcharakter: Die deutsch-dänische Grenzregion kann in der Tat für sich einen Modellcharakter beanspruchen: Seit den Volksabstimmungen des Jahres 1920 gibt es nationale Minderheiten beiderseits der damals neu festgelegten deutsch-dänischen Grenze, die ihre kulturellen und historischen Traditionen auf vielfältige Weise pflegen, besonders auch in eigenen Schulen und Kindergärten.

Die Bonn-/Kopenhagener Erklärungen des Jahres 1955 sind oft als Vorbild für die friedliche Lösung von Minderheitenproblemen hervorgehoben worden. Dabei ist jedoch zu ergänzen, dass dies eine gleichgewichtige Lage der Minderheiten beiderseits der Grenze und eine politisch konstruktive Zusammenarbeit der benachbarten Staaten voraussetzt. Dies ist bei Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland seit langem der Fall, aber dies dürfen wir nicht als selbstverständlich betrachten, wie ein gleichzeitiger Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis zeigt, das derzeit von erneuten Forderungen nach Reparationszahlungen beeinträchtigt wird.

Der geschichtliche Kontext ist einzubeziehen: Die deutsch-dänische Grenzregion kann nach unserer Auffassung gerade dann Modellcharakter für sich beanspruchen, wenn auf dem Weg zum 100. Jahrestag der Volksabstimmungen in Schleswig von 1920 der gesamte historische Kontext in die Betrachtungen einbezogen wird. Deshalb sollte nicht verschwiegen werden, dass es im deutsch-dänischen Verhältnis über mehrere Generationen - über den Krieg hinaus - auch Konflikte und Verwerfungen gegeben hat. Nach der Niederlage Deutschlands im

Ersten Weltkrieg, an dem Dänemark nicht teilgenommen hatte, wurde im Versailler Vertrag eine Volksabstimmung für die nördlichen Bereiche Schlesiens vorgesehen. Dabei erfolgte die Festlegung von Abstimmungszonen und -modalitäten nach den Interessen Dänemarks, was gerade im nördlichen Abstimmungsgebiet die Nichtberücksichtigung regionaler deutscher Mehrheiten - zum Beispiel in den Städten Apenrade, Sonderburg und Tondern - zur Folge hatte.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb das deutsch-dänische Verhältnis lange Zeit spannungsgeladen, und dies gerade in einer Zeit, in der die Aufnahme von zahlreichen heimatvertriebenen Deutschen eine beispiellose sozial- und wirtschaftspolitische Herausforderung für das kriegszerstörte Deutschland darstellte.

Wer erinnert sich heute noch daran, dass der schleswig-holsteinische Landtag im Jahr 1951 aufgrund einer Initiative des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Lübke die Sperrklausel bei Landtagswahlen zulasten des SSW auf 7,5 % hochsetzte, was kurze Zeit später vom Bundesverfassungsgericht für unwirksam erklärt wurde? Dies war damals eine unmittelbare Reaktion auf fortbestehende Benachteiligungen der deutschen Minderheit nördlich der Grenze, zum Beispiel das Verbot weiterführender Schulen und die fehlende Anerkennung von Schulabschlüssen.

Doch mein Besuch beim Bund der Deutschen in Nordschleswig, den ich vor Kurzem in Apenrade unternommen habe, zeigt, dass sich das Verhältnis in der heutigen Generation deutlich entspannt hat. Es geht sogar so weit, dass sich viele der Deutschen dort auch als Dänen fühlen, weil sie bestens integriert sind.

Wir können daher viel von unseren Nachbarn lernen, sei es in der pragmatischen Parteipolitik, sei es in der Flüchtlingsfrage, sei es in der Grenzsicherung.

Fazit: Heute liegen die Konflikte lange hinter uns. Gerade deshalb aber haben wir den Auftrag, das heute friedliche Miteinander im deutsch-dänischen Grenzland nicht als selbstverständlich anzusehen, sondern es im Sinne einer wirklichen Gleichberechtigung immer wieder praktisch neu auszugestalten. Die beiderseitige Pflege des immateriellen kulturellen Erbes wird dabei ein wichtiger Bestandteil sein. Von daher wünschen wir der Bewerbung bei der UNESCO viel Erfolg!

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Begriff „Immaterielles Kulturerbe“ ist auf den ersten Blick vielleicht ein wenig sperrig. Ich fürchte, dass viele Menschen sich darunter wenig vorstellen können. Aber wenn man ihn näher beschreibt, wird deutlich, wie wichtig unser immaterielles, unser geistiges Kulturerbe ist. Es geht um unsere Heimat, und es geht zugleich um Europa und die Welt.

Es geht um das Kleine im Großen und zugleich um das große Ganze: Es geht um Wissen, Können und Weitergeben - das ist der Dreiklang, mit dem die deutsche UNESCO-Kommission wirbt. Es geht um Tanz, Theater, Musik, mündliche Überlieferungen, Naturheilkunde und Handwerkstechniken, um Traditionen, die ohne die UNESCO vielleicht bald vergessen wären und ohne die unsere Kultur, die Menschheit insgesamt, ärmer wäre.

Weltweit haben knapp 170 Vertragsstaaten die UNESCO-Konvention von 2003 ratifiziert, das ist ein großer Erfolg. Deutschland ist 2012 beigetreten. Schleswig-Holstein ist in der dritten Bewerbungsrunde für das Immaterielle Kulturerbe in Deutschland mit insgesamt drei Bewerbungen dabei. Neben der Bewerbung, die sie heute aus dem Landtag heraus aktiv unterstützen, hat unser IKE-Beirat die Anträge zur Tradition der „Helgoländer Dampferbörte“ und zur „Alte Kremper Stadtgilde von 1541“ als aussichtsreich für eine Anmeldung bei der KMK empfohlen. Die Landesregierung ist diesem Votum am Dienstag gern gefolgt.

Im Herbst entscheidet ein unabhängiges Expertenkomitee, das Bundesregierung und KMK gemeinsam eingesetzt haben, über die Aufnahme unserer Anträge in das bundesweite Verzeichnis. Erst wenn wir diese Hürde genommen haben, gibt es eine Chance für die Anmeldung bei der UNESCO in Paris - für die „Representative List of the Intangible Cultural Heritage of Humanity“. Ein längerer Weg liegt also noch vor uns allen und vor allem den schleswig-holsteinischen Antragstellern.

Gern möchte ich Ihnen zur Einordnung des Themas noch Folgendes berichten: Die Kultusministerkonferenz hat sich vergangene Woche mehrheitlich für die Nominierung des Hebammenwesens für die „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit“ ausgesprochen. Hebammen tragen ein jahrtausendealtes Wissen weiter, sie unterstützen die Geburt und begleiten in den ersten Wochen und Monaten danach. Ein unschätzbarer

Wert für unsere Gesellschaft und für die Sicherheit und Begleitung von Müttern und Säuglingen vor, während und nach der Geburt.

Davor hatte Deutschland den Orgelbau- und Orgelwerk und das Genossenschaftswesen erfolgreich in Paris nominiert; das Deutsche Theaterwesen ist noch in der internationalen Warteschleife.

Ich möchte mit diesen Beispielen zeigen: Die Latte liegt hoch. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir sie insbesondere mit der Bewerbung des deutsch-dänischen Grenzlandes als gutes Praxisbeispiel für das Immaterielle Kulturerbe überspringen könnten. Denn es geht bei dieser Bewerbung um „Großes“: Um Frieden, um gelingende Minderheitenpolitik, um Europa.

Ich freue mich über die Bewerbung durch den Bund Deutscher Nordschleswiger und Sydslesvigsk Forening und über den Landtagsantrag zur Unterstützung.

Das Wesen von Grenzen ist das Trennende. Das deutsch-dänische Grenzland hingegen verbindet. Es verbindet in vorbildlicher Weise dänische und deutsche Kultur. Vor allem verbindet es Menschen, Deutsche und Dänen, die sich der jeweiligen Minderheit und auch der Mehrheitsbevölkerung angehörig fühlen. Wir haben aus unserer bewegten Geschichte gelernt, durchaus auch in Demut.

Denn nicht immer lebten Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung im deutsch-dänischen Grenzland friedlich zusammen. Nach langen, schmerzhaften Jahren des „Gegeneinander“ ist in den letzten Jahrzehnten ein gelingendes „Miteinander“ entstanden. Die Aktivitäten der Minderheiten sind vielfältig sichtbar und werden als Mehrwert für die ganze Region anerkannt. Ich nenne nur die jeweiligen und gemeinsamen Schulen, die Kindertageseinrichtungen, Büchereien, Tageszeitungen, sozialen und kirchlichen Einrichtungen, das Gesundheitswesen, die Vereine und Verbände. Sie alle spielen eine herausragende Rolle - als Vermittler von Sprache, Kultur und einer nationalen und zugleich grenzüberschreitenden, europäischen Identität.

Wir erleben im deutsch-dänischen Grenzland, dass wir uns viel zu sagen haben, dass wir ein gutes, tragfähiges soziales und kulturelles Netz haben. Und wir lernen voneinander! Zusammen sind wir „Der Echte Norden“. Bis heute muss ich schmunzeln, wenn ich am Grenzübergang den „Echten Norden“ verlasse, um in Wahrheit in den „noch echteren Norden“, nach Dänemark, zu fahren. Die Dänen haben den Humor und das Selbstbewusstsein, uns den inzwischen recht populären Slogan

(Ministerin Karin Prien)

nachzusehen und zu gönnen. Das Grenzland verbindet.

Die Menschen im „deutsch-dänischen“ oder auch „dänisch-deutschen“ Grenzland sind Brückenbauerinnen und Brückenbauer. Das Grenzland ist ein vorbildlicher Raum kultureller Vielfalt, ein Raum grenzüberschreitender Kooperationen, ein Raum, in dem die jeweiligen nationalen Eigenheiten des anderen geschätzt, geachtet und sogar geliebt werden. Man könnte etwas idealisierend behaupten: Das deutsch-dänische Grenzland vereint von beiden Ländern das Beste. Es steht für Weltoffenheit, Toleranz, Nähe, Geborgenheit, es ist hyggelig, gemütlich. Ein Stück Heimat. Für Deutsche und für Dänen. Und es ist fortschrittlich. Es ist nicht „retro“, sondern es ist „Zukunft“. Ein wichtiger Wirtschaftsraum. Kulturraum. Raum für Wissenschaft und Forschung mit grenzüberschreitender Strahlkraft in den baltischen, in den ganzen europäischen Raum.

Das „deutsch-dänische Grenzland“ findet schon jetzt europaweit Beachtung als Beispiel gelingender Minderheitenpolitik. Hier werden die Stärken der beiden Minderheiten für die Mehrheit sichtbar, erlebbar und ich finde: unverzichtbar. Das ist ein starkes Zeichen auch für den Zusammenhalt in Europa - gegen alle neuen nationalistischen Tendenzen. Wir brauchen das „Europa der Regionen“, denn es ist gelebte und lebendige europäische Kultur.

Deshalb drücke ich dem Antrag die Daumen und werde für diesen werben. Ich hoffe sehr, dass wir nicht nur die Bewerbung für das bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes (IKE) erfolgreich meistern werden, sondern dass uns das unabhängige Expertenkomitee auch für eine anschließende UNESCO-Nominierung empfiehlt. Ihre Unterstützung aus dem Parlament ist ein deutliches Signal. - Vielen Dank.

Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes

Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/473

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Die Flüchtlings- und Integrationspolitik ist und bleibt ein wichtiges Thema in unserem Land. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die seit 2013 diesen umfangreichen, ressortübergreifenden Bericht erstellen. Das ist eine aufwendige Arbeitsleistung, die neben all den anderen tagesaktuellen Aufgaben erbracht werden muss. Vielen Dank dafür!

Diese halbjährliche Berichterstattung war wichtig für uns als Parlament, aber auch für die Bevölkerung. Denn bei allem Respekt vor Medienberichterstattung und politischer Ausrichtung, wir als gewählte Volksvertreter müssen sehr darauf achten, nicht der Gefahr zu unterliegen, vorrangig Schauplatz symbolischer Politik zu sein. Daten und Fakten schützen vor Vorurteilen.

Der Höhepunkt der Zuwanderung, gefolgt von den Vorkommnissen um die Kölner Sylvesternacht 2015, stellte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der politisch Verantwortlichen wohl auf die härteste Probe.

Schlimm genug, dass augenscheinlich der Eindruck entstanden war, die Staatsorgane hätten zeitweilig die Kontrolle über die Ereignisse verloren. Noch gravierender war das Versäumnis, die Öffentlichkeit rückhaltlos und umgehend zu informieren. Damit, meine Damen und Herren, ist ein kaum wieder gut zu machender Vertrauensverlust entstanden, der bis heute gravierenden Einfluss auf das entstandene allgemeine Sicherheitsempfinden sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat. Diese tiefe Verunsicherung macht empfänglich für scheinbar einfache Erklärungen.

Meine Damen und Herren, der Flüchtlingsbericht 2017 der Landesregierung zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir alle zusammen - die Landesregierung, das Parlament und die Kommunen. Der diesjährige Bericht belegt, dass die Zuwanderung von Menschen, die auf der Flucht sind, weiter abnimmt. Der Minister hat die Zahlen zusammengefasst. Die Bilanz zeigt beeindruckend, was wir alle gemeinsam bewältigt haben.

Niemand hätte diese Lage in dem Ausmaß ernsthaft vorhersagen können. Mein Dank richtet sich deshalb heute auch an das damalige Innenministerium,

(Barbara Ostmeier)

die kommunalen Landesverbände, aber vor allem die unermüdliche Einsatzbereitschaft in den Kommunen vor Ort, die zeitweise Aufgaben bewältigen mussten, die eigentlich in der Verantwortung des Landes gelegen hätten.

Bereits am 9. November 2016 hat Schleswig-Holstein gemeinsam mit den vielen Partnern und Akteuren auf einer weiteren Flüchtlingskonferenz eine Bilanz zur Umsetzung der Zielvereinbarungen seit dem Flüchtlingspakt gezogen und das von vornherein befristete Projekt zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen weitestgehend abgeschlossen,

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört auch, dass der Druck in den Kommunen vor Ort und beim Ehrenamt nach wie vor hoch ist. Nach wie vor kommen Asylsuchende bei uns an. Willkommenskultur ist wichtig, aber das ist nicht der Alltag! Wir müssen den Fokus nun konsequent auf die Integration vor Ort legen. In Gesprächen erfahre ich, dass die Bereitschaft zu helfen nach wie vor groß ist, aber dass sich durchaus auch Erschöpfung zeigt. Landesweit ist der Wunsch zu hören, dass der Staat wieder Verantwortung übernehmen muss und dass es Regeln geben muss, die vor allem auch eingehalten werden. Insofern danke ich Innenminister Grote für die Ankündigung der Landesregierung, hauptamtliche Strukturen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements in der Flüchtlingshilfe zu schaffen.

Die Weiterentwicklung der Landesunterkünfte zu Landeskompetenzzentren wird ebenfalls eine Entlastung für die Kommunen bringen. Die aktuelle ressortübergreifende Erarbeitung eines Integrations- und Teilhabegesetzes wird zukünftig den Rahmen bilden, um Ausländer besser zu integrieren. Die Schaffung einer Abschiebehafteinrichtung und die Verabschiedung eines Abschiebehaftvollzugsgesetzes wird dort klare Regeln aufstellen, wo jede Unterstützung für eine freiwillige Rückkehr vollziehbar ausreisepflichtiger Menschen fehlschlägt.

Insbesondere in den Handlungsfeldern Wohnen, frühkindliche Bildung sowie Arbeit und Ausbildung wirft der Bericht aus meiner Sicht aber durchaus Fragen auf und zeigt Baustellen, an die wir dringend ran müssen. Im Innen- und Rechtsausschuss werden wir uns damit sicher weiter beschäftigen.

Die Jamaika-Regierung hat den weiteren Handlungsbedarf erkannt, und ich bin mir sicher, dass wir auch unter der Leitung von Innenminister Grote den überwiegend konstruktiven politischen Dialog

der integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fortsetzen können. - Ich danke Ihnen.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Minister Grote und seinem Haus für diesen Bericht. Ich halte heute meine erste Rede zu diesem Bericht und ich möchte die Gelegenheit nutzen, zwei Dinge zu tun: Erstens, um Bilanz zu ziehen. Wo stehen wir und was haben wir bereits erreicht? Zweitens, um nach vorne zu blicken. Wo wollen wir in den kommenden Jahren hin?

Der Bericht macht deutlich: Wir haben im Bereich Integration schon viel erreicht. Mit den Flüchtlingspakten I und II hat die Vorgängerregierung die entscheidenden Weichen gestellt, um zügig auf die Herausforderung des Jahres 2015 zu reagieren. Das ist gut gelungen.

Die meisten Erstaufnahmeeinrichtungen konnten wieder geschlossen beziehungsweise werden als Reserve für den Notfall vorgehalten. Die Antragstellungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gehen zurück und die Flüchtlingspakete zeigen die richtige Richtung für den Weg der Integration in Schleswig-Holstein auf. Das liegt aber nicht daran, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit weniger geworden sind, sondern daran, dass durch bundespolitische Deals mit der Türkei und anderen Staaten weniger Menschen den Weg nach Europa schaffen.

Die Flüchtlingspakete sind für uns weiter Richtschnur, wie wir die Integration gestalten wollen, und haben an Aktualität nichts verloren. Es gilt jetzt, sich auf die Kernthemen zu konzentrieren und unsere ganze Kraft in drei Aufgaben zu investieren: Sprachförderung stärken, wo wir nur können, Wohnraum schaffen, wo wir ihn brauchen - und zwar für alle -, und die Qualifizierung voranbringen.

An dieser Stelle bin ich richtig stolz auf den ersten gemeinsam beschlossenen Haushalt dieser Koalition, die einen richtigen Schwerpunkt in der Förderung des Spracherwerbs gesetzt hat. 3,4 Millionen € für Sprachförderung, die nicht nur in der Breite ansetzt und den ankommenden Geflüchteten einen ersten Orientierungskurs gibt, sondern auch eine Sprachförderung bis B1 ermöglichen soll. Das ist ein richtig guter Fortschritt in dem bislang schon äußerst erfolgreichen Programm STAFF.SH (Startpaket für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein).

(Aminata Touré)

Ich freue mich sehr, dass auch diese Koalition die Zeichen der Zeit erkennt und den sozialen Wohnungsbau weiterführt und ausbaut. In 2017 wurden 1.200 Wohneinheiten geschaffen, ein Anstieg um 40 %. Das ist super. Auch die Summe der vergebenen Darlehen in Höhe von 175,6 Millionen € und damit eine Verdopplung im Vergleich zu 2016 ist genau der richtige Ansatz. Das Zuschussprogramm läuft äußerst erfolgreich, und ich finde es gut, dass Minister Grote wiederholt angekündigt hat, dieses überaus erfolgreiche Programm fortzuführen und, wo nötig, aufzustocken.

Wichtig ist dabei, dass Wohnraum für alle gefördert wird, denn gerade jetzt, wenn wir diese Mammutaufgabe Integration angehen, geht es darum, dass niemand gegeneinander ausgespielt wird. Zweitens ist wichtig, dass auch der Bund das seinige dazutut. Ob die im Koalitionsvertrag dafür vorgesehen Mittel reichen werden, werden wir sehen. Auch, dass die Fördermöglichkeiten für genossenschaftliche Wohnprojekte erweitert wurden und Städte wie Kiel und Lübeck progressive Projekte erproben, sind ermutigende Schritte und weisen in die richtige Richtung.

Wir haben im Koalitionsvertrag deutlich gemacht, dass wir die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten als Schwerpunkt unserer Arbeit setzen wollen. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich die beste Möglichkeit haben, Menschen hier ankommen zu lassen.

Wir haben uns als Jamaika-Koalition vorgenommen, ein Integrationsgesetz auf den Weg zu bringen

und im Rahmen dessen die kommenden Integrationsprozesse zu definieren, zu formulieren und zu konkretisieren. Das wollen wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Geflüchteten, Verbänden und allen Interessierten gestalten.

Das wird unsere Aufgabe in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren sein. Ich wünsche mir dabei eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und möchte hiermit alle ermuntern, das zu tun. - Vielen Dank.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke dem Innenminister für seinen umfassenden, gründlichen und aufschlussreichen Bericht.

Viele der Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise in den letzten Jahren gestellt haben, bleiben bestehen. Das Ziel des Flüchtlingspakts, geeignete Strukturen aufzubauen und zu etablieren, um den Bedarfen der besonderen Situation angemessen begegnen zu können, ist aus unserer Sicht aber erreicht.

Aus diesem Grund sehen wir den Anlass für die Berichtspflichten der Landesregierung entfallen und regen an, diese abzulösen. - Vielen Dank.